

Institut Arbeit
und Gesellschaft



Projekt

Gelebte Parteien-Mitgliedschaft –
DIE LINKE als kollektiver Akteur

Abschlussbericht

Ingo Matuschek, Frank Kleemann, Uwe Krähnke

Inhalt

1	Einleitung	4
2	Analyseperspektive und methodisches Vorgehen	7
3	Gelebte Parteienmitgliedschaft – Rahmenbedingungen	11
3.1	Entwicklungslinien der LINKEN bis 2011	11
3.1.1	Parteienentwicklung in Westdeutschland.....	11
3.1.2	Parteienentwicklung in Ostdeutschland	13
3.1.3	Fazit	15
3.2	Strukturen und Bedingungen der Parteiarbeit – die LINKE aus Sicht der Landesgeschäftsführungen.....	15
3.2.1	Strukturbedingungen der politischen Arbeit der Partei.....	16
3.2.2	Fusionsprozess und politisch-thematische Ausdifferenzierung.....	27
4	Gelebte Parteienmitgliedschaft – Fallbeispiele	32
4.1	Fall I: Personalschwacher West-Kreisverband in ländlicher Region.....	33
4.2	Fall II: Professionell agierender Stadtverband in industriell geprägter Großstadt Westdeutschlands	35
4.3	Fall III: Lokal agierender Kreisverband in einer westdeutschen Mittelstadt.....	38
4.4	Fall IV: Personelles Oligopol im Kreisverband eines westdeutschen Regionalzentrums.....	41
4.5	Fall V: Mitgliederschwacher Stadtverband einer ostdeutschen Kreisstadt in ländlicher Region	43
4.6	Fall VI: Überalterte, professionell arbeitende Basisorganisation in ostdeutscher Großstadt.....	46
4.7	Fall VII : Zusammenschluss von jüngeren Parteimitgliedern in einer ostdeutschen Großstadt.....	49
4.8	Zwischenfazit: Zur Varianz des Parteilebens der LINKEN	52
5	Gelebte Parteienmitgliedschaft – zentrale Befunde	57
5.1	Institutionelle Strukturen für die Parteiarbeit an der Basis	57
5.1.1	Parteienfinanzierung und Beitragsdisziplin	59
5.1.2	Personalstrukturen	60
5.1.3	Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen.....	62

5.1.4	Stadt-Land-Gefälle in der Mitgliedschaft und abgehängte Basisgruppen	63
5.1.5	Parteinachwuchs und Mitgliederbindung	64
5.1.6	Altersspreizung in der Mitgliedschaft	67
5.1.7	Bedingungen der Themensetzung für die politische Arbeit.....	70
5.2	Perspektiven der Mitglieder auf politische Arbeit	71
5.2.1	Anreize und Motive für die politische Arbeit	71
5.2.2	Parteiverständnis.....	75
5.2.3	Programmatische vs. pragmatisch-prozessuale Ausrichtung von politischer Arbeit.....	80
5.2.4	Subjektive Bedeutung der eigenen Aktivität in der Partei	81
5.3	Die Praxis der Parteiarbeit an der Basis	83
5.3.1	Arbeits- und Organisationsstile und Entscheidungsprozesse in der Gruppe	83
5.3.2	Der Umgang mit strömungspolitischen Differenzen.....	87
5.3.3	Verhältnis zwischen Mandatsträgern und Basis	91
5.3.4	Offenheit für Nichtmitglieder und lokale Verankerung der Basisgruppen	93
5.3.5	Partei vor Ort als sozialer Zusammenhang.....	95
6	Resümee: DIE LINKE als kollektiver Akteur.....	98
6.1	DIE LINKE – ein politisches Milieu der Linken.....	98
6.2	DIE LINKE – eine politische Organisation der Linken.....	101
6.3	DIE LINKE – ein dynamisches politisches Arrangement der pluralen Linken	105
	Zitierte Literatur.....	109

1 Einleitung

Politische Parteien sind ein zentraler Untersuchungsgegenstand der Sozialwissenschaften, wenn es um das politische System und die politische Kultur in westlichen Gesellschaften geht. In der Forschungsliteratur gibt es eine Reihe makroanalytischer Studien, die sich mit der Funktionsbestimmung der Partei beschäftigen (u.a. Stammer 1965; Lenk 1982; Alemann 2000; Wiesendahl 1998; Kreckel 2004). Eine Vielzahl von Studien untersucht die einzelnen Parteien in Deutschland hinsichtlich ihrer jeweiligen historischen Entwicklung (aktuell z.B. Schmid/ Zolleis 2005) und vergleicht die Parteien hinsichtlich ihrer Mitgliederstruktur (z.B. Biehl 2006; Klein/Spier 2011), ihrer Wahlkämpfe und -erfolge, programmatischen Ausrichtung und medialen Präsenz (z.B. Korte 2009; Falter/ Schoen 2005). Jede dieser Studien betont die zentrale Bedeutung der Parteien für die bundesrepublikanische Demokratie. Dennoch wird in den letzten Jahrzehnten verstärkt auf Legitimationsprobleme der Parteien verwiesen. In diesem Zusammenhang ist häufig von „Politikerverdrossenheit“ und in gleichem Atemzug von „Parteienverdrossenheit“ die Rede. Die Größenordnungen der Ein- und Austritte sowie die Zunahme von Protest- und Wechselwählern scheinen eine abnehmende Bindungskraft der Parteien zu belegen. Andererseits erleben jüngst die PIRATEN eine ähnliche Welle von Neueintritten in kurzer Zeit, wie sie DIE LINKE vor einiger Zeit erfuhr. Ob Politikerverdrossenheit sich auf die Berufsgruppe der Politiker in der Parteiendemokratie schlechthin bezieht oder nur auf die gegenwärtig agierende politische Kohorte, und ob Parteienverdrossenheit die politischen Institution generell verdammt oder aber die aktuelle Performanz und Problemlösungskapazität der traditionellen Mitgliederparteien kritisiert, ist so klar nicht.

Zu diesen Problemen des Loyalitätsverlustes gegenüber den Parteien gesellt sich noch das der dominanten Perspektive der öffentlichen Wahrnehmung der Parteien: Zumeist wird deren Politik top-down ausschließlich entlang der Aussagen ihres Führungspersonals zur Kenntnis genommen. Bereits die Mitglieder der erweiterten Vorstände spielen in der medialen Berichterstattung oftmals eine nur untergeordnete Rolle. Konflikte in Parteien werden häufig Personen zugeschrieben oder identifizierbaren „Flügeln“ bzw. „Strömungen“, weniger aber divergierenden Interessen unterschiedlicher *Akteursebenen* innerhalb der Parteien. Das Parteien eigene, komplexe Innenleben auf den unteren Gliederungsebenen und an der Basis wird in den Medien kaum erfasst. Entgegen des medial vermittelten Bildes sind aber nicht allein die bundes- oder landespolitisch relevanten Protagonisten politikprägend, sondern auch die nachgelagerten Gliederungen in der Region und vor Ort. Auf diesen Ebenen stellen sich andere politische Probleme, sind andere Handlungsressourcen vorhanden und bekommen programmatische Ziele der Partei als Gesamtorganisation einen anderen Stellenwert.

Diese Ebene der Parteibasis und ihrer politischen Praxen der alltäglichen Parteiarbeit bilden den Untersuchungsschwerpunkt des vorliegenden Forschungsberichts – in bewusster Abkehr von der Perspektive auf Parteiprominenz, -eliten, Abgeordnete oder Parteiprogramme. Ziel ist es, einen spezifischen Ausschnitt des Parteilebens zu beleuchten, der häufig im Dunkeln bleibt.

Präsentiert werden die Befunde der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Auftrag gegebenen Untersuchung „Gelebte Parteienmitgliedschaft – DIE LINKE als kollektiver Akteur“. Die Untersuchung knüpft in ihrer Analyseperspektive an die ebenfalls vom Institut Arbeit und Gesellschaft für die Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführte Milieu-Studie „Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus“ an (Matuschek et al. 2011; s.a. Matuschek et al. 2008; Matuschek/Kleemann 2009). Während dort außerhalb von Parteien bzw. an deren Rändern politisch und/oder sozial aktive „linksaffine“ Personen im Mittelpunkt des Interesses standen, konzentriert sich die aktuelle Untersuchung auf aktive Parteimitglieder und die politische Praxis an der Basis der LINKEN.

Die vorliegende Studie fokussiert das Parteileben der LINKEN auf der kommunalen bzw. regionalen Ebene der Parteigliederungen. Bei den untersuchten Einheiten handelt es sich zum einen um Basisorganisationen, Stadtteilgruppen, Orts- und Stadt- sowie Kreisverbände, die in manchen ländlichen Gebieten Westdeutschlands mit drei Dutzend Mitgliedern und einer Handvoll Aktiver die kleinste wirklich handlungsfähige Einheit darstellen. Neben den Gebietsgliederungen, die organisatorisch und personell das „Rückgrat“ der Partei ausmachen, wurden in der Studie zum anderen auch lokal bzw. regional verankerte Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise erfasst. Diesem empirischen Kern der Studie gingen ergänzende Erhebungen auf der Ebene der Bundes- bzw.- Landesgeschäftsführungen voraus.

Gegenstand der Untersuchung ist die Partei DIE LINKE als politischer Erfahrungs- und Handlungsraum und als Organisationsform für Menschen, die sich dezidiert links im politischen Spektrum verorten. Im Zentrum der Untersuchung steht die *gelebte* Mitgliedschaft: Das Augenmerk liegt auf dem gemeinsamen alltagspolitischen Handeln aktiver Parteimitglieder, ihren politischen Selbstverständnissen und Motivationen sowie der Art ihrer Zusammenarbeit und ihres sozialen Miteinanders. Zudem werden die lokale Verankerung der Gruppen und der darin Aktiven außerhalb der Partei, ihre Einbindung in die Partei und der Bezug zu den ‚höheren‘ Ebenen der Partei analysiert.

Der Bericht ist wie folgt gegliedert:

In Kapitel 2 wird kurz das methodische Vorgehen dargestellt. Kapitel 3 skizziert – als Hintergrund für die nachfolgende Analyse der politischen Praxen an der Basis – zentrale Entwicklungslinien der LINKEN und präsentiert Befunde zu den Arbeitsstrukturen der Partei insgesamt, wie sie sich auf Grundlage der Interviews mit der Bundes- und den Landesgeschäftsführungen sowie ergänzender Dokumentanalysen darstellen. In Kapitel 4 werden zur Veranschaulichung für unterschiedliche Konstellationen der konkreten politischen Praxis an der Basis der LINKEN typische Fallbeispiele präsentiert. Hierbei handelt es sich aus Datenschutzgründen wohlge-merkt nicht um real untersuchte Gruppen, sondern um von den Autoren des Berichts konstruierte Fälle, die in Anlehnung an die empirisch untersuchten Fälle synthetisiert wurden. In Kapitel 5 werden dann in verdichteter, von den Einzelfällen abstrahierender Form die zentralen Befunde zu den politischen Praxen an der Basis der Partei präsentiert. Die Darstellung umfasst die institutionellen Rahmenbedingungen der Parteiarbeit an der Basis (5.1), die Perspektiven der Mitglieder auf parteipolitische Aktivität (5.2) und die Praxis der politischen Arbeit vor Ort

(5.3). Im abschließenden Kapitel 6 werden die zentralen Befunde noch einmal pointiert zusammengefasst und Schlussfolgerungen gezogen.

2 Analyseperspektive und methodisches Vorgehen

Die Entwicklung der LINKEN und ihrer Vorgängerinnen ist von einer hohen Dynamik geprägt. Das markieren bereits die Namenswechsel der letzten Jahrzehnte – von der SED zur PDS und (vorübergehend) zur Linkspartei.PDS, von „Initiative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ und „Wahlalternative“ zu WASG e.V. und „Partei Arbeit und soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative (WASG)“, über WASG und Linkspartei.PDS zur LINKEN. Sie manifestiert sich auch im Auf und Ab der gesellschaftlichen Wirkung. Die PDS war 1989/90 aus der staatstragenden Partei der DDR hervorgegangen, fasste aber als bundesweite Partei in Westdeutschland nie wirklich Fuß und wurde dort – auch innerhalb der Linken – weiterhin als SED-Nachfolgerin angefeindet. Mit dem Erfolg des Wahlbündnisses von PDS und WASG bei den Bundestagswahlen 2005 hat sich die Partei innerhalb des deutschen Parteiensystems etabliert und beeinflusst nicht erst seitdem die gesellschaftspolitische Agenda mit. Seit der Übernahme von Regierungsverantwortung in Berlin im Jahr 2001 ist sie in mehreren Bundesländern auch zur gestaltenden politischen Kraft im politischen System geworden. Die nachlassenden Wahlerfolge der letzten beiden Jahre auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene dämpfen allerdings die positive Entwicklung ebenso wie der demographisch bedingte Mitgliederrückgang in Ostdeutschland und das medienöffentlich vermittelte Bild einer durch Flügel- und persönlicher Machtkämpfe zerstrittenen Partei. Vor dem Hintergrund der dynamischen Parteientwicklung wird in der vorliegenden Studie untersucht, wie die Parteiarbeit an der Basis aussieht und was die Mitglieder in den unteren Parteigliederungen bewegt.

DIE LINKE ist eine Mitgliederpartei. Wie für alle großen politischen Parteien stellen die Parteimitglieder auch für die LINKE eine zentrale Ressource dar und die Basiseinheiten, in denen sie organisiert sind, bilden gewissermaßen das Rückgrat der Partei. Die Mitglieder sind für die Partei zum einen eine wichtige finanzielle Ressource. Mit ihren Beiträgen und Spenden finanzieren sie die Parteiarbeit zu ca. 40 Prozent des Gesamtbudgets. Zum anderen braucht DIE LINKE wie jede politische Partei eine gewisse personelle Basis, um Ämter und Mandate besetzen zu können und Wähler zu mobilisieren.

Geht es in den Sozialwissenschaften um Parteienmitgliedschaft respektive politische Partizipation in Parteien, lautet die zentrale Fragestellung, was Menschen motiviert, sich am politischen Geschehen als Parteimitglied zu beteiligen. Hierbei dominieren als theoretische Modelle der sozialstrukturelle, der sozialpsychologische und der Rational-Choice-Ansatz. Sozialstrukturelle Modelle leiten das parteipolitische Engagement aus individuellen Ressourcen bzw. Kompetenzen ab (Analyse-, Kommunikations- und Organisationsfähigkeit etc.). Aus der Annahme, dass diese Dispositionen sozial verankert seien, wird begründet, dass aktives Parteiengagement bei Personen mit hoher Bildung und leitender beruflicher Stellung wahrscheinlicher ist als bei Personen mit einfacher Bildung und einer geringeren anspruchsvollen beruflichen Tätigkeit. Beim sozialpsychologischen Ansatz wird auf die Einstellungen und Haltungen des Einzelnen rekur-

riert. Hierbei werden gesellschaftliche Cleavages (Kapital vs. Arbeit; Staat vs. Kirche; etc.) als zentrale soziokulturelle Orientierungs- und Identifikationsmöglichkeiten für Akteure angesehen, da durch sie die politische Kultur der Gesellschaft strukturiert sei. Rational-Choice-Ansätze begründen wiederum die Teilhabe am politischen Leben mit der Kosten-Nutzen-Abwägung des Individuums.

Es gehört zur Methodologie all dieser „Theoriebrillen“, dass die Komplexität und Vielschichtigkeit der Parteienmitgliedschaft auf überschaubare Merkmale reduziert wird. Die Theoriemodelle werden auf der methodologischen Grundlage quantitativer Repräsentativbefragungen mittels Selbstauskünften der Parteimitglieder überprüft, die aber keine tiefen Einblicke in ihr Engagement, ihre Erfahrungswelten und das gemeinsame Handeln liefern (vgl. Niedermayer 2001: 304). Parteipolitische Aktivitäten auf landes- und kommunalpolitischer Ebene sind in solchen Studien systematisch unterbelichtet (Hartleb 2008: 800).

Der Anspruch der Studie „Gelebte Parteienmitgliedschaft“ ist es, die für Parteimitglieder der LINKE relevanten politische Orientierungen, Deutungen gesellschaftlicher Prozesse, Motivationen der Parteimitglieder sowie politische Praxen der Parteiarbeit in den konkreten sozialen Bezugsgruppen systematisch zu rekonstruieren. Hierbei schließen wir an die lebensweltliche Alltagsperspektive der Vorgängerstudie über die Linksaffinen (Matuschek et al. 2011; s.o. Kap. 1) an. Dabei werden eigene normative Prämissen und eigene Positionen für die wissenschaftliche Analyse suspendiert (vgl. Siri 2012). Zugleich wird mit der politologischen Tradition gebrochen, Parteien als rationale Entitäten zu begreifen, deren Mitglieder sich gemeinsamen Zielen verschrieben haben und als Kollektiv agieren. Zwar ist mit Biehl (2006) davon auszugehen, dass Herkunftsmilieu und Parteibindung nach wie vor hoch korrelieren. Dennoch bilden religiöse Orientierung und Einbindung in soziale Netzwerke einen Nährboden für parteibezogenes Engagement, selbst wenn Beruf und Bildung an differenzierenden Einfluss verlieren. Zugleich sind harmonistische Perspektiven auf Parteien fehl am Platze, wie es schon die Präsenz von Flügeln, Fraktionen und Strömungen innerhalb jeder Partei nahelegt. Insofern ist bei der Frage nach der gelebten Parteien-Mitgliedschaft einerseits den organisationalen und andererseits den individuellen Aspekten darin nachzugehen. Das bedeutet keineswegs, einem politischen Individualismus das Wort zu reden, betont aber die Wirkmächtigkeit der Mitglieder im gegebenen institutionellen Rahmen (vgl. dazu Trotha 2006, 2010). Dem so umrissenen Spannungsfeld geht die vorliegende Studie in milieutheoretischer sowie alltags- und organisationssoziologischer Perspektive nach.

Als empirischer Zugang wurde ein qualitatives Design konzipiert, das mit den Instrumentarien der Gruppendiskussion, des Experteninterviews und der Medienanalyse operiert. Initial wurden im Frühjahr 2011 zwanzig Experteninterviews mit Hauptamtlichen (insbes. Landesgeschäftsführer/innen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle) durchgeführt. Diese Experteninterviews brachten Einblicke in regionale Besonderheiten, innerparteiliche Konstellationen und Problemlagen und das personalpolitische Tableau in den Kreisverbänden sowie Hinweise auf Kontexte, die nach Kriterien des theoretical sampling (Glaser/ Strauss 1967) für eine Gruppendiskussion fruchtbar erschienen. Auf dieser Grundlage wurde ein randomisiertes Screening

von Kreisverbänden durchgeführt, um zu einer Auswahl anzusprechender Basiseinheiten für die angestrebten Gruppenbefragungen zu gelangen. Mit anfänglicher Unterstützung durch die Parteizentrale in Berlin und die Landesgeschäftsstellen wurde ein intensives und auf den Abbau von Vorbehalten orientiertes Kontaktmanagement mit den anvisierten Basisgruppen betrieben. In der schriftlich oder telefonisch erfolgenden initialen Kontaktierung von Ansprechpartnern vor Ort wurden das Vorhaben dargestellt und die Erwartungen der Forschenden an die Teilnehmenden erläutert. Ein wichtiger Bestandteil war die Zusicherung von Anonymität. Die weitere Rekrutierung der TeilnehmerInnen an der Gruppendiskussion erfolgte in der Regel vermittelt über den jeweiligen Ansprechpartner. Die Reaktionen der Angesprochenen auf das Interviewanliegen reichten von genereller Ablehnung über anfängliche Zurückhaltung bis hin zur spontanen Bereitschaft. Der Abstimmungsprozess zog sich im Einzelfall von wenigen Wochen bis zu mehreren Monaten hin und war zum Teil durch politische Ereignisse wie Kommunal- oder Landtagswahlen tangiert.

Insgesamt wurden schrittweise 33 Gruppendiskussionen mit gemeinsam aktiven Mitgliedern der LINKEN durchgeführt. Die Datenerhebung erfolgte im Zeitraum von April 2011 bis Februar 2012. 10 Gruppendiskussionen fanden in Ost- und 20 in Westdeutschland statt; drei weitere wurden mit überregionalen Arbeitskreisen bzw. –gruppen geführt. Von den 33 Gruppendiskussionen, die auf die gemeinsame Praxis der Befragten fokussierten, wurden 23 in Basisorganisationen, Stadtteilgruppen, Ortsverbänden, Stadt- und Kreisverbänden durchgeführt. (In größeren Stadt- und Kreisverbänden berichteten einzelne Teilnehmer der Gruppendiskussionen zudem auch über weitere Kontexte innerhalb des Verbands, an denen sie außerdem je einzeln beteiligt waren.) Die 10 übrigen Interviews umfassten gemeinsam in lokalen bzw. regionalen Netzwerken, Arbeitsgruppen oder Arbeitskreisen sowie lokalen solid- und SDS-Gruppen Aktive. Die Gruppeninterviews setzten zunächst bei der Genese der Gruppe und an einem für die jeweilige Gruppe besonders relevanten Arbeitsschwerpunkt an. Zumeist ergab sich in den Vorgesprächen bereits ein Hinweis für die Interviewer auf für die Gruppe besonders relevante Themen, die ausführliche Erzählungen der Gruppe generieren würden. Die Dauer der Gruppeninterviews lag zwischen zwei und dreieinhalb Stunden.

Das Datenmaterial wurde transkribiert und nach Verfahren der Rekonstruktiven Sozialforschung (Bohnsack 2008) und der Grounded Theory (Glaser/ Strauss 1998; Kelle 1994) ausgewertet. Jedes Interview wurde zunächst für sich analysiert, um dem Sinnhorizont der Interviewten einen möglichst breiten Raum zu gewähren. Darauf folgend wurde nach dem Prinzip minimaler und maximaler Kontrastierung abstrakten Gemeinsamkeiten bzw. sichtbar werdenden Unterschieden nachgegangen (vgl. Kleemann/Krähnke/Matuschek 2009). Die Experteninterviews wurden mit den auf Leitfadeninterviews spezifizierten Verfahrensweisen der dokumentarischen Methode ausgewertet (Nohl 2006). Insgesamt war auf diesem Weg der Interpretationshorizont der Analyse selbst Gegenstand der Auswertung – dies dient im methodologischen Sinne als Garant dafür, keine den interviewten Protagonisten äußerlichen Perspektiven an das Material anzulegen und damit gleichsam ein implizites Erfolgskriterium politischer Arbeit vorzugeben. In mehreren Runden wurden Zwischenergebnisse im Gesprächskreis Parteien

und Soziale Bewegungen und im Wissenschaftlichen Beirat der Rosa-Luxemburg-Stiftung präsentiert und sich in den anschließenden Diskussionen ergebende Anregungen wurden für die weitere Bearbeitung des Projekts aufgenommen. Die empirischen Ergebnisse wurden im Spiegelbild der vorliegenden Forschungsliteratur zur Parteimitgliedschaft qualifiziert, um die Besonderheit des Materials in einem breiteren Kontext zu reflektieren.

3 Gelebte Parteienmitgliedschaft – Rahmenbedingungen

Politische Praxis vor Ort vollzieht sich auf der Grundlage der gewachsenen Strukturen und organisationalen Bedingungen der Partei. Aus diesem Grund werden in diesem Kapitel zunächst zentrale Entwicklungslinien der LINKEN kurz skizziert und die verdichteten Befunde der Interviews mit der Bundes- und den Landesgeschäftsführungen und ergänzender Dokumentanalysen zu den Arbeitsstrukturen der Partei insgesamt präsentiert.

3.1 Entwicklungslinien der LINKEN bis 2011

In der Gesamtsicht ist die Entwicklung der LINKEN seit ihrer Gründung 2007 von einer außerordentlich dynamischen Entwicklung gekennzeichnet: Das erfolgreich umgesetzte Projekt einer gesamtdeutschen linken Partei bewirkte 2007 eine Aufbruchsstimmung, die zu zahlreichen Wahlerfolgen in den Bundes- und Landtagswahlkämpfen bis 2009 führte. Nach dieser Phase konsolidierte sich die Partei – bei veritabler interner Dynamik, was Neuzugänge und Austritte sowie personengebundene Konflikte in einigen Bundesländern anbelangt. Parteiinterne Arbeitsstrukturen wurden gefestigt bzw. neu aufgebaut, und die aus den Wahlerfolgen resultierenden Parlaments- und Ratsmandate absorbierten viele bislang in der Partei aktive Mitglieder. Insbesondere in personell schwach besetzten Basisgliederungen führte das zumindest vorübergehend zu einer deutlichen Reduzierung der Parteiaktivitäten. Zugleich begann ab 2010 die Wählerakzeptanz – nicht zuletzt in Folge einer vermeintlichen Re-Orientierung anderer Parteien auf linke Werte und Politikansätze – allmählich zu sinken. Dieser Trend wirkt sich negativ auf die Aufbruchsstimmung in der Partei aus, ohne aber die bislang schon Aktiven zu entmutigen.

Zwei differenziertere Betrachtungen dieser Gesamtsicht sind allerdings erforderlich. Die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland verläuft unterschiedlich, und die Geschichte der LINKEN beginnt nicht erst mit der Fusion von PDS und WASG im Jahr 2007.

3.1.1 Parteientwicklung in Westdeutschland

In den westdeutschen Bundesländern konnte sich die PDS in den 1990er Jahren nur schwer etablieren. Sie wurde in dieser Zeit von Linksaffinen vor allem als SED-Nachfolgepartei wahrgenommen und mit dem Staatssozialismus in der DDR in Verbindung gebracht. Angesichts ihres Einsetzens für die Interessen der Ostdeutschen, begegneten selbst überzeugte Linke im Westen der PDS mit einem Gefühl der kulturellen Fremdheit (Meuche-Mäker 2005: 70 ff.). Dementsprechend kam die PDS bei Bundestagswahlen bis 2002 nie über 1,2 Prozent. Auch auf Landes- und Kommunalebene gehörte sie zu den Kleinparteien.

Erst mit der Gründung der WASG im Jahr 2004 entsteht unter linken Protagonisten eine allgemeine Aufbruchsstimmung für eine neue linke Politik. Das Wahlbündnis mit der PDS zur Bundestagswahl 2005 (mit 4,9 Prozent Wählerstimmen in den West-Bundesländern) und die Par-

teifusion zwei Jahre später stehen in einem Zusammenhang mit der allgemeinen politischen Stimmungslage dieser Zeit: die wachsende Unzufriedenheit mit dem neoliberal ausgerichteten Regierungskurs der damaligen SPD (und den GRÜNEN).

Diese von einer Aufbruchsstimmung getragenen Formierungsphase beschreibt ein Parteimitglied mit WASG-Vergangenheit aus einer westdeutschen Kleinstadt: „Wir haben keine sozialistische Tradition, sondern sind zusammengewürfelt von Leuten, die irgendwo mitgemischt haben und erkannt haben, dass Sozialdemokratie keine Sozialdemokratie ist, und Grüne keine Grundüberzeugung und jetzt haben wir uns in dem Sammelbecken Linke getroffen“.

Innerparteilich wird die Fusion zur einschneidenden Zäsur der westdeutschen Linken und setzt eine weitere Dynamik in Gang. Trotz der anhaltenden Wahlerfolge 2005-2007 finden die beiden Quellparteien lokal und regional nicht ohne Probleme zusammen. Der Fusionsprozess verläuft oft konfliktuell, chaotisch und ist durch Konkurrenz und Machtkämpfe zwischen ambitionierten Parteimitgliedern gekennzeichnet, flankiert von einer grundlegenden Neukonstitution von Parteistrukturen. In dieser Phase beschäftigen sich die westdeutschen LINKEN vorrangig mit sich selbst und es gelingt den Akteuren nur selten, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. Aufgerieben in internen Streitigkeiten und Machtkämpfen bleibt die eigentliche politische Ausrichtung oftmals unklar.

Hier zeigt sich ein bis heute fortwährendes Grundproblem: Als Gemeinschaftsprojekt zunächst ohne fundamentale Schließungen hat sich die Linke im Westen als Sammlungsbewegung gesellschaftskritischer Kräfte insbesondere aus SPD, Grünen und Gewerkschaften, aber auch aus den Neuen Sozialen Bewegungen, linksextremen Splittergruppen und regionalen Wählerbündnissen konstituiert. Existierende unterschwellige Aversions- und Distinktionsbemühungen und persönliche Anfeindungen untereinander werden häufig nicht offen thematisiert, geschweige denn Lösungen für die daraus resultierenden Spannungen gesucht.

Ein Stadtrat der LINKEN beschreibt den „schlingernden“ Verlauf des Fusionsprozesses vor Ort und die allmähliche Konsolidierung des Stadtverbandes der LINKEN als sozialer Zusammenhang unterschiedlicher linker Akteursgruppen wie folgt:

„Ja, ich bin ja noch für eine Wählergemeinschaft [in den Rat der Stadt] reingewählt worden; PDS, WASG und DKP. Die PDS war fast esoterisch, also die waren schon sehr abgehoben und wollten eigentlich gar nicht so richtig fusionieren in X-Stadt, also nicht so richtig, also man musste da schon richtig Druck ausüben und ich hab dann schon ein paar Mal gesagt "Das war's". Letztendlich hat die Integration gut funktioniert, denk ich, also wobei es sich gezeigt hat, dass die DKP rausgefallen ist, über die Jahre, schon relativ schnell nicht mehr an einer Zusammenarbeit interessiert war und dass eben noch so punktuell stattfindet, also so im Bereich Antifa vor allem, oder Friedensgeschichten oder so. Und aus der WASG sind hauptsächlich, also ein paar, ein paar weniger von denen, die von Hartz4 gelebt haben, haben sich dann sehr profiliert, haben es also quasi geschafft, ein gewisses Ansehen zu erringen in der Partei, aber hauptsächlich sind irgendwie die wichtig geworden, die früher Sozialdemokraten waren und vielleicht heute Gewerkschaftsmitglieder, oder Gewerkschafts-Entscheidungssträger, in der Hauptsache ist das so.“

Den Fusionsprozess vor Ort auszuweiten und andere linke Kräfte mit ins Boot zu holen, ist aus unterschiedlichen Gründen gescheitert und war zudem auf einen zum Teil langwierigen Integrationsprozess angewiesen: Parteiarbeit musste erst gelernt werden. Es bestehen in den westdeutschen Parteiorganisationen manifeste Abgrenzungen gegenüber SPD und Grünen, aber auch gegenüber linken Splitterparteien wie MLPD, DKP oder SAV als Wahlkonkurrenten fort, die einen erheblichen Teil der politischen Identität der Partei auszumachen und aus dem (Monopol-)Anspruch, ‚Die Linke‘ zu sein herrühren. Hier beanspruchen die Interviewten, jeweils die richtige linke Politik zwischen den reformistischen Parteien und den altkommunistischen Strukturen zu vertreten. Entsprechende Auseinandersetzungen, in denen Frontbildungen, Durchsetzungskämpfe, emotional aufgeheizte Stimmung dominieren und sachlich-inhaltlich fundierte Debatten ins Hintertreffen geraten, prägen bis heute Diskussionen in innerparteilichen Basisorganisationen und Mitgliederversammlungen stärker, als dies in Ostdeutschland der Fall ist.

3.1.2 Parteientwicklung in Ostdeutschland

Demgegenüber ist die zentrale Zäsur der Partei in den ostdeutschen Ländern im Übergang der ehemals 2 Millionen Mitglieder starken SED zur PDS 1989/90 zu sehen, und die Neuformierung und Konsolidierung der Parteistrukturen findet über einen längeren Zeitraum hinweg bereits in den 1990er Jahren statt. Die überzeugten SED-Genossen erlebten die „Wende“ nach eigenem Bekunden als „Schock“. Die „heiße Phase“ der Partei umwandlung 1989/90 in den unteren Parteigliederungen ist geprägt von Konfusion, Massenaustritten und Führungslosigkeit. Die SED-Betriebsorganisationen wurden aufgelöst zugunsten wohngebietsbezogener PDS-Basisorganisationen. Die Neugründungen wurden in den befragten Gruppen ohne oder mit nur mangelhafter Anleitung und Planung der übergeordneten Parteileitung vollzogen. Die PDS-Mitglieder der Basis waren oftmals auf sich allein gestellt und mussten sich selbst untereinander finden und organisieren. „Wir haben uns getroffen, erst mal beschnuppert, wer denn da noch in der Partei ist“, konstatiert ein älterer Genosse aus Ost-Berlin diese Umbruchphase. Geprägt war diese Phase zudem von neuartigen Erfahrungen: In den Basisorganisationen musste der Wahlkampf „vor Ort“ in Konkurrenz zu anderen Partei organisiert werden und als bekennendes PDS-Mitglied sah man sich plötzlich offenen Anfeindungen in der Öffentlichkeit ausgesetzt. Viele der älteren GenossInnen fühlten sich – so die immer wieder verwendete Metapher – als „Fähnlein der sieben Aufrechten“. Es waren vor allem Parteiaktive aus der zweiten und dritten Reihe der früheren SED-Bezirksebene, die hier „Aufbauarbeit“ leisteten.

Bei der ersten freien Volkskammerwahl in der DDR am 18. März 1990 erreichte die PDS 16,4 Prozent, und es gelang der Partei im Verlaufe der nächsten Jahre, sich als eine Volkspartei mit regionalem Charakter in den neuen Bundesländern zu etablieren. Hier lagen die Bundestagswahlergebnisse ab Mitte der 1990er Jahre meist über 20 Prozent. Um die Jahrtausendwende wurde die PDS in Ostdeutschland teilweise zweitstärkste Partei. Bei den Landtagswahlen war die PDS im Osten mit ca. 10 bis 15 Prozent ebenfalls erfolgreich. Die Partei übernahm mehrfach Regierungsverantwortung. Bereits 1998 kam es in Mecklenburg-Vorpommern zur ersten

rot-roten Regierungskoalition (bis 2006). Eine weitere Koalition mit der SPD gab es 2002 bis 2011 in Berlin und seit 2009 in Brandenburg.

Der innerparteiliche Fusionsprozess 2007 zur LINKEN vollzog sich angesichts der deutlich geringeren Präsenz der WASG in den Ost-Bundesländern eher als eine Integration der (relativ wenigen, aber politisch aktiven) WASG-Mitglieder in die zu diesem Zeitpunkt bereits etablierten Parteistrukturen. In den meisten Basiseinheiten dominierten die in der SED politisch sozialisierten Genossen. In solch homogenen Gruppen hatten WASG-Mitglieder den Status des Fremden und Probleme, sich zu integrieren. Analog der kulturellen Fremdheit westdeutscher Linker gegenüber der PDS gab es auch bei den ostdeutschen Linken erhebliche Vorbehalte gegenüber den WASG-Mitgliedern. Solche Vorbehalte waren insbesondere dort ausgeprägt, wo zuvor die WASG und die PDS im Landes- und Kommunalwahlkampf gegeneinander angetreten sind.

Symptomatisch dafür sind die im Rückblick auf den anstehenden Fusionsprozess erinnerten – gleichermaßen Aversion, Unkenntnis und Unsicherheit ausdrückende – Befürchtungen von Mitgliedern einer Ost-Berliner Basisorganisation gegenüber den West-Berliner WASG-Mitgliedern, die in den Formulierungen „*jetzt kommt dieser Bazillus hier her*“ und „*die werden uns übertische ziehen*“ zum Ausdruck kommen.

Aber auch in anderen ostdeutschen Bundesländern gab es eine diffuse Angst gegenüber den westdeutschen Linken. Während man das Selbstbild pflegt, dass es im Osten seit Mitte der 1990er Jahre kontinuierlich gewachsene Parteistrukturen gebe, ist das Fremdbild der WASG durch ein großes Durcheinander und Gerangel um die Mandatsplätze geprägt. Angesichts der starken Vorbehalte wären eigentlich Konfrontationen zwischen den fusionierten Quellparteien erwartbar. Allerdings blieben diese aus. Die Parteifusion verlief in den ostdeutschen Basiseinheiten relativ reibungslos. Hierfür dürften zwei Aspekte eine Rolle spielen. Zum einen waren die fusionswilligen WASG-Mitglieder in Ostdeutschland eine deutliche Minderheit und vielfach wurde die Fusion an der Basis von den PDS-Mitgliedern strategisch vorbereitet. Häufig wurde die Argumentationslinie gefahren, dass man nun *eine* gemeinsame Partei sei; damit ließen sich Versuche erfolgreich unterbinden, eine paritätische Funktions- und Mandatsbesetzung zwischen WASG und PDS vorzunehmen. Zum anderen zogen sich Kritiker der Parteifusion aus der WASG zurück und formierten sich als Splitterorganisationen jenseits der Partei. In der Regel sind also nur integrationswillige WASG-Mitglieder in Ostdeutschland dauerhaft in den Basiseinheiten der LINKEN aktiv geworden. Goutiert wird von SED sozialisierten „Alteingesessenen“, wenn die assimilierten jüngeren Mitglieder sich an der Parteibasis engagierten, und „*noch etwas wollen, die Parteihre wieder hoch halten*“. Solche konkreten Erfahrungen von ambitionierten und aktiven WASG-Mitgliedern halfen, die starken Vorbehalte abzubauen und die kulturellen Passungsprobleme zu minimieren.

Insgesamt wirkte sich auch im Osten der aus der Fusion resultierende „Rückenwind“ für die LINKE positiv auf die Wahlergebnisse unmittelbar nach 2007 aus. Die Aufbruchsstimmung bewirkte den Beitritt vieler junger Mitglieder, die neuen Elan in die Partei brachten.

3.1.3 Fazit

Die Etablierung der LINKEN als gesamtdeutsche Partei gestaltet sich bezüglich der Entwicklung der Mitgliederstruktur uneinheitlich: Während die ostdeutschen Landesverbände trotz Neuzugängen aufgrund ihrer demographischen Überalterung kontinuierlich schrumpfen, folgt in den westdeutschen Bundesländern auf ein sprunghaftes Wachstum durch Parteieintritte bis 2009, eine Periode des gedämpften Mitgliederwachstums; allerdings auf der Grundlage moderat hoher Ein- wie (Wieder-)Austritte. In einzelnen Regionen und Landesverbänden gestaltet sich die Entwicklung aber uneinheitlich in Abhängigkeit davon, ob in den einzelnen Basiseinheiten eine konstruktive politische Arbeit gelingt und in Abhängigkeit von Wahlerfolgen, die Mandate und den Zugang zu Ressourcen eröffnen. Je nach Relation der Mitgliederstärke der Quellparteien im Fusionsprozess und weiterer endogener Faktoren bilden sich regional auch unterschiedliche politische Ausrichtungen und Arbeitsstile heraus, die mehr oder weniger attraktiv auf potenzielle Neumitglieder wirken.

Für die westlichen Bundesländer scheint es insgesamt angebrachter, von weiterhin *wachsenden* als von gewachsenen Parteistrukturen zu sprechen. Vielerorts fehlt es an materiellen und finanziellen Ressourcen, die Parteientwicklung systematisch voranzutreiben. In den Ost-Bundesländern unterliegen dagegen die *gewachsenen* Strukturen einem *Schrumpfungsprozess*. Aufgrund der demografischen Entwicklung und damit verbundener finanzieller Einbußen muss in den Landesverbänden ein Personalabbau betrieben werden. Der frühere Standard der politischen Arbeit kann immer weniger gehalten werden.

3.2 Strukturen und Bedingungen der Parteiarbeit – die LINKE aus Sicht der Landesgeschäftsführungen

Bundesvorstand und Bundesgeschäftsführung der LINKEN sind die zentralen Gremien, die parteibezogene administrative Regelungen prozessieren sowie politischen Aktivitäten insbesondere auf der Bühne des Bundesstaates, aber auch darüber hinaus im europäischen und globalen Maßstab verpflichtet sind. Naturgemäß stehen deren Mitgliederneben VertreterInnen der Bundestagsfraktion besonders im Rampenlicht der Öffentlichkeit; im Hintergrund wirkende Organisationsmitglieder bilden das organisationale Rückgrat. Dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik entsprechend hat sich die Partei in 16 Landesverbänden aufgestellt, die neben der Bundesebene im Wesentlichen die administrativen Belange auf ihrer Organisationsebene verantworten und Ressourcen für Aktionen vor Ort bereitstellen, Wahlkämpfe organisieren, mit den Landtagsfraktionen kooperieren und im Sinne einer wirksamen Öffentlichkeitsarbeit in weiten Teilen die Außendarstellung der Landespartei übernehmen.

Für eine personell permanent sich restrukturierende Organisation – zu unterschiedlichen Zeiten sind Bundes- bzw. Landesgremien zu besetzen, werden Parlamente gewählt, in deren Vorlauf KandidatInnen gekürt werden müssen, bilden sich Themen und innerparteiliche Schwerpunkte aus – sind die Geschäftsführungen zugleich Umschlagpunkte für die jeweilige Identität der Landes- wie Bundespartei, indem sie bottom-up-Prozesse der politischen Willensbildung

(z.B. Landesparteitage, Landesvollversammlungen, Programmdebatte) ebenso organisieren wie top-down-Prozesse (z.B. Bundeskampagnen, Umsetzung strategischer Leitlinien). Wie sie agieren, ist nicht zuletzt abhängig von ihrem Blick auf die Mitgliedschaft – und es wirkt darauf zurück, wie die Mitglieder ihrerseits in Bezug auf die zentralen Gremien agieren.

Im Folgenden steht daher die Sicht der VertreterInnen der Bundes- und Landesgeschäftsstellen im Zentrum der Darstellung. Die nachfolgend präsentierten Befunde zu den auf diesen Ebenen geführten 20 Interviews sind nicht als wertender Blick auf nachgeordnete einzelne Organisationseinheiten zu verstehen. Vielmehr handelt es sich um instruktive Einblicke in spezifische infrastrukturelle, ressourcenbasierte, interessengetriebene sowie intersubjektive Problemlagen, die DIE LINKE auf jeder einzelnen Ebene tangieren können. Neben den Strukturbedingungen der Parteiarbeit (3.2.1) werden auch historisch gewachsene, sozialgeographische und positional-hierarchiebezogene Strukturmomente beleuchtet (3.2.2).

3.2.1 Strukturbedingungen der politischen Arbeit der Partei

a) Mitgliederstruktur

Die Mitgliederstruktur der LINKEN ist von erheblichen Disparitäten gekennzeichnet: starken Landesverbänden im Osten stehen nur wenige personell entsprechend gut aufgestellte Organisationseinheiten im Westen gegenüber. Das Mitgliedergefälle setzt sich in aller Regel über die Kreisverbände bis hin zu den Basisorganisationen fort. Im Osten können Kreisverbände vierstellige Mitgliederzahlen aufweisen, im Westen ist das kaum der Fall – auch wenn es durchaus Verbände mit mehreren hundert Mitgliedern gibt, ist von einem generellen Ungleichgewicht hinsichtlich der personellen Aufstellung auszugehen.

Die nominell positive Situation der Parteigliederungen in den östlichen Landesteilen wird zum Teil durch die ungünstige demografische Struktur aufgehoben. Hier liegt der Altersdurchschnitt der Mitglieder über 65 Jahren. Mehr als ein Fünftel der früheren PDS-Mitglieder ist älter als 80 Jahre. Aufgrund der Überalterung und entsprechend hoher Sterberate sind die Ost-Landesverbände mit gravierenden Problemen konfrontiert – insbesondere mit Problemen der Parteifinanzierung, Präsenz in der Öffentlichkeit, Besetzung von Themen und der Professionalisierung. Der Altersdurchschnitt der West-LINKEN ist um 20 Jahre jünger. Zahlenmäßig sind hier Männer zwischen 40 und 55 Jahren überproportional sehr stark vertreten. Im Zuge der Partiefusion konnte die Partei im Zeitraum von 2006 bis 2009 mehr als 25.000 neue Mitglieder gewinnen. Dies entspricht einem Drittel der gesamten Mitgliedschaft. Allerdings stagnieren seit 2009 in den West-Landesverbänden die Mitgliederzahlen und in der Gesamtpartei gibt es seitdem rückläufige Mitgliederzahlen. Insbesondere die Kohorten der 18- bis 30jährigen sind in dieser Partei deutlich unterrepräsentiert.

In der Bilanz scheint damit in Ost wie West ein strukturelles Defizit an aktivierbaren Mitgliedern durch. Erforderlich sind entsprechende Strategien der Rekrutierung neuer Mitglieder bzw. Angebote zur praktischen Partizipation. Das wird auch in den Landesgeschäftsführungen erkannt: sowohl hinsichtlich der administrativen Aufgaben wie auch der öffentlichkeitswirksamen Auftritte der Partei vor Ort wird Unterstützung geleistet – mit Material und durch Perso-

nalressourcen, u.a. auch durch den Einbezug von Bundes- und Landtagsabgeordneten, denen in der Regel ein positiv wirkender Bekanntheitsgrad zugeschrieben wird. Die Landesverbände versuchen so die Lücken zu schließen, die eine alternde oder quantitativ unzureichende Mitgliedschaft alleine zu füllen nicht in der Lage ist. Das geschieht unter der Zielsetzung stetiger Präsenz, steht allerdings unter dem Vorbehalt der Effizienz: Eine dauerhafte Unterstützung liegt insbesondere im Westen jenseits des Vermögens der Landesgeschäftsstellen und der ParlamentsvertreterInnen. Folge davon ist eine Konzentration auf Brennpunkte möglicher Wahlerfolge, was die Unterstützung dadurch ausgegrenzter Kreise wiederum einschränkt. Anders formuliert: die (parteistrategisch notwendige) Fokussierung auf Mandate führt zu einer Spaltung in prosperierende und tendenziell regressive Basiseinheiten. Das scheint zumindest in Teilen (vor allem in den westlichen Landesverbänden) mit einer Scheidung in Stadtverbände bzw. ländlich geprägten Gliederungen einherzugehen. Gerade in großflächigen Kreisen steigt der Aufwand an, Betreuungsarbeit aus der Zentrale heraus zu leisten. Der Weg über die neuen Medien mag eine ergänzende Struktur sein, kann aber den direkten politischen Kontakt nur partiell ersetzen, zumal er häufig auf fokale Personen vor Ort beschränkt bleibt.

Zudem sind in allen Landesverbänden kulturelle Differenzen zwischen den Generationen berichtet worden. Es gibt aber auch Gegenbeispiele einer Tolerierung jugendgemäßer Projektformen. Gegenüber eher strukturkonservativen Basisgruppen sind die Landesgeschäftsstellen eher auch zu unkonventionellen Formen der politischen Arbeit bereit, bei denen der Transport von parteikohärenten Positionierungen sekundär im Vergleich zur basalen Aktivierung von Jugendlichen zu sein scheint. Diese aktivistische laissez-faire-Haltung basiert auf einem bei den Landesgeschäftsführern vorhandenen Erfahrungsschatz im Hinblick auf Erfolg bzw. Misserfolg solcher Initiativen: Jegliche Aktivität ist besser als Inaktivität. Auf der anderen Seite fehlt die direkte Verantwortlichkeit für das Geschehen in den Kreisen und Verbänden. VertreterInnen der Basis setzen gerade angesichts knapper Ressourcen, aber auch in Ermangelung von Kenntnissen über ‚innovative‘ jugendaffine Angebote stärker auf konventionelle Formen, um (vermeintlichen) Erwartungen der Öffentlichkeit zu entsprechen und so weitere Belastungen der Parteiarbeit abzuwenden. Es könnte eine kulturelle Transferleistung der Landesgeschäftsführung sein, der Basis innovative Ansätze nahezubringen. Bisher scheint die Kommunikation darüber aber keine größere Reichweite zu erlangen.

Im Zuge des Fusionsprozesses vermerken die Geschäftsführungen einen großen Zulauf an Neumitgliedern. Diese im Zuge der Vereinigung mehr oder weniger spontan Beitretenden strapazierten die neu entstandene Partei und ihre Gliederungen besonders. Zum einen wird von innerparteilichen Konflikten berichtet, die insbesondere auf die Besetzung von Ämtern bezogen waren. Zum anderen bestand ein Gutteil der Neumitglieder aus parteipolitisch unerfahrenen Personen. Gerade diese Gemengelage führte zu Belastungen im Hinblick auf effiziente Parteiarbeit, z.B. im Vorfeld von Wahlen. Insbesondere im Westen wurde dies spürbar, während in den östlichen Landesverbänden die Masse der Parteimitglieder aus der ehemaligen PDS „Übernahmeversuche“ von vornherein einschränkte. Im Westen gab es im Vorfeld der Bundestagswahl 2009 viele „Pro-forma-Beitritte“, die letztlich nie aktiv wurden. Nach einer

zwischenzeitlich erfolgten Bereinigung kann ein letztlich moderater Anstieg der Mitgliederzahl seit der Fusion bilanziert werden. Zum Zeitpunkt der Interviews wird überwiegend von einer Stagnation bzw. einem leichten Wachstum der Mitgliedschaft berichtet. Weit verbreitet ist allerdings auch die Einschätzung, dass das Potenzial abgeschöpft ist – dementsprechend also der im Osten zu beobachtende Mitgliederrückgang durch Überalterung nicht kompensiert werden kann, sondern sich die damit verbundenen Probleme in Zukunft verschärfen werden. Aktuell bereitet dies eher in Bezug auf die Betreuung von älteren Genossen und Genossinnen (Jubiläen, Ehrungen, ggf. soziale Betreuung) Probleme, der in Ostdeutschland traditionell hohe Bedeutung zugemessen wird. Eine solche Form des elder-care ist häufig nur noch schwer praktisch zu gewährleisten, trifft aber auf fest verankerte Erwartungshaltungen der Basis, die sich auf den innerparteilich hoch angesehenen Wert der Solidarität fußen. In dieser Frage nur eingeschränkt agieren zu können, wird daher als substanzielles und anwachsendes Manko im Verhältnis von Mitgliedschaft und Parteiorganisation gesehen.

b) Finanzierung

Hinsichtlich der Finanzierung der Partei konstatieren insbesondere die Ost-Landesverbände, dass die entsprechend der ungünstigen Altersstruktur der Mitglieder hohe Mortalität zu einem deutlichen Rückgang der Mitgliedsbeiträge führt, da die alten Genossen und Genossinnen überdurchschnittlich hohe Beiträge zahlen – gewissermaßen verdoppelt sich das Beitragsproblem dadurch. Im Westen ist dagegen eine eher schwach ausgeprägte Beitragsdisziplin zu beobachten: Nicht nur sind die absoluten Beiträge deutlich geringer als im Osten, sondern die Zahlungsmoral ist häufig überhaupt nicht vorhanden. Die faktischen Transfers aus den ostdeutschen Landesverbänden werden in der westdeutschen Mitgliedschaft aber nicht als solche wahrgenommen. Vielmehr dominiert hier die Deutung, dass es sich um Transfers aus der staatlichen Parteienfinanzierung handele. Damit ist eine Anonymisierung der Herkunft monetärer Ressourcen verbunden, und das Thema der zu geringen Mitgliedsbeiträge wird im Westen nicht problematisiert. Außerdem wird in westdeutschen Basisorganisationen der Abfluss eigener Mittel nicht als Investition in den Organisationsaufbau der Gesamtpartei angesehen.

Ein Grund für das zurückhaltende finanzielle Engagement insbesondere im Westen könnte in der Ausgestaltung der innerparteilichen Finanzwege liegen: Mittel in einen relativ anonymen Pool einzuspeisen, ohne über deren Verwendung direkt mitbestimmen zu können, widerspricht möglicherweise fundamental den Vorstellungen von Mitgliedern, die sich am Leitbild der LINKEN als soziale Bewegung mit basisdemokratischen und projektförmigen Strukturen orientieren. Auch finanzbezogene Aktivitäten wie die Bereinigung der Mitgliederkarteien, die verstärkten Anstrengungen zur Erhöhung der Zahlungsmoral etc. erscheinen dann als technokratische Zugriffe. Ob daran z.B. projektgebundene Verwendungshinweise etwas ändern würden, muss an dieser Stelle offen bleiben. Sinnvoll erscheint es jedoch, die seitens der Bundes- und Landesgeschäftsführungen angestoßene Restrukturierung der Finanzierung nicht als bloß administratives, sondern als kulturelles Projekt anzugehen.

Dem föderalen Aufbau der Partei entsprechend bestehen hinsichtlich der Regelungen der Finanzierung der Landesverbände durch Abgaben der Kreisverbände jeweils landestypisch un-

terschiedliche Modelle: ungleichgewichtige Verteilungsmodi bzw. paritätische Schlüssel für Kreis- bzw. Landesebene sind ebenso zu finden wie komplexe Berechnungsmodelle (etwa der „Plan der Abführung“ im Landesverband Brandenburg). Dabei bestehen zum Teil Konflikte wegen hoher Erwartungen der Kreisverbände an zu erbringende Leistungen der Landesverbände bei gleichzeitig geringer Finanzierung dieser Gliederungsebene. Auch in dieser Hinsicht besteht eine Art Legitimationsproblem der Geldverwendung, das in einem gekappten Mitspracherecht nach Abgabe der Finanzmittel gründet: einmal begünstigt, entscheidet der Landesverband über die Verwendung. Ähnlich den Mitgliedsbeiträgen der einzelnen GenossInnen scheint hier insbesondere ein transparentes Verfahren der Mittelverwendung geeignet, etwaige Vorbehalte zu zerstreuen. Die innerparteiliche Debatte zur Finanzierung der Landesverbände könnte auch durch eine bisher nicht systematisch vorliegende Synopse der unterschiedlichen Ansätze befruchtet werden – vermutlich besonders gut dann, wenn sie zunächst auf Quantifizierungen verzichten würde.

Ein weiterer Aspekt der Finanzierungsfrage der parteibezogenen Aktivitäten vor Ort ist in der Bereitstellung zusätzlicher Ressourcen durch Abgeordnete des Bundestages bzw. der Landtage zu sehen. Die so finanzierten Wahlkreisbüros sind insbesondere im Westen nicht flächendeckend gesichert (während im Osten Landtagsabgeordnete nahezu überall vorhanden sind), was auch durch Förderung solcher Strukturen insbesondere seitens der Bundestagsabgeordneten in ‚Patenschaftskreisen‘ nur partiell aufgehoben werden kann. Diesem strukturellen Problem ist angesichts der bestehenden Beitragsprobleme im Westen allerdings nicht beizukommen. Insofern ist insbesondere bei ausbleibenden Wahlerfolgen zukünftig eher mit einer Ausdünnung vorhandener Strukturen zu rechnen. Hier prospektiv Modelle zu entwickeln, dennoch die Präsenz aufrechtzuerhalten, dürfte zwar im Rahmen einer Finanzierungsdebatte stattfinden, müsste aber über deren engeren Kern hinaus auch die Diskussion praktikabler Alternativen einbeziehen (Neue Medien, Sharing-Modelle etc.).

Das Tarifgefüge der hauptamtlichen Mitarbeiter wird auf Bundesebene einheitlich festgelegt, für die Landesverbände besteht jedoch Spielraum hinsichtlich der Eingruppierung der MitarbeiterInnen. Dies resultiert in partiell unterschiedlicher Entlohnung gleicher Funktionen in den verschiedenen Ländern. Der damit gegebenenfalls entstehende Unmut bei Hauptamtlichen ist von den Landesgeschäftsführungen zu befrieden, ohne dass diese über Mittel und Wege der ursächlichen Problemlösung verfügten, insbesondere, wenn die Finanzsituation angespannt ist. Welche Mittel angesichts der rechtlichen Rahmenbedingungen Abhilfe schaffen könnten, scheint noch nicht systematisch aufgearbeitet worden zu sein oder scheitert schlicht an den vorhandenen Mitteln selbst. Der Verweis auf eine womöglich bessere Zukunft mit dem Grundsatz ‚equal pay‘ appelliert aktuell zuvorderst an die einzelnen MitarbeiterInnen und ist wenig geeignet, das strukturelle Problem zu lösen.

c) Organisationsstruktur

Die Organisationsstruktur der Partei wurde von Beginn an durch eine Art 'wildes' Wachstum belastet, das vor allem im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 2009 und der einsetzenden Euphorie über das Entstehen einer vermeintlich einheitlichen linken Kraft im parteipolitischen

Spektrum an Dynamik gewann. Als Problem erwies sich dabei, dass es sich in vielen Fällen um Neueintritte handelte, die offensichtlich aus einem eher spontanen Impuls heraus erfolgten, denen aber weder Beitragszahlungen noch parteibezogene Aktivitäten folgten. Der numerischen Aufblähung stand eine verhältnismäßig geringe Zunahme an wirklich Aktiven gegenüber – auch wenn selbst in dieser Hinsicht in der Bilanz ein positiver Saldo steht. Durch die von der Bundesebene der Partei angestoßene Bereinigung der Mitgliederlisten ist aktuell eine Schrumpfung gegenüber den einstigen Höchstständen erreicht. Das bedeutet keinesfalls, dass nun alle Mitglieder auch Aktive wären – neben Altersgründen zählen auch Überlastung (vor allem: Einspannung in den Beruf) sowie die Angst vor Stigmatisierungen oder manifesten (beruflichen) Nachteilen durch öffentliche Auftritte zu den Gründen, sich nur als passives, zahlendes Mitglied und nicht als AktivistIn zu beteiligen. Die Mitgliederzahlen spiegeln daher nur ungenau das performative Potenzial der Partei wider. Wie in anderen Parteien auch ist diese Größe ein potemkinsches Dorf, an dem in der Öffentlichkeit quasi der Gesundheitszustand von Parteien jenseits ihrer faktischen Aktivitäten gemessen wird. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Probleme der Finanzierung der Partei stellt sich damit die Aufgabe der Organisationsentwicklung als eine doppelte dar: zum einen geht es quantitativ darum, eine kritische Masse an Parteimitgliedern langfristig zu binden, um die Finanzierung zu sichern und um als politisch relevante Kraft wahrgenommen zu werden. Zum anderen geht es qualitativ darum, Mitglieder zu politischem Engagement jenseits der Zahlung eines Mitgliederbeitrags zu aktivieren und dadurch die Präsenz der Partei in der lokalen Öffentlichkeit zu stabilisieren bzw. zu verbessern.

Im Weiteren ist unter dem Gesichtspunkt der Organisationsentwicklung ein Aspekt zu thematisieren, der sich als Aufstiegsstau für Jüngere klassifizieren lässt: Mit der Etablierung neuer Arbeitsstrukturen nach der Fusion 2007 etablierten sich vielerorts Parlamentarier und Funktionäre, die an ihren Ämtern festhalten. Dadurch können jüngere GenossInnen nicht nachrücken. Damit ist nicht nur grundsätzlich die Frage nach der zeitlichen Befristung von relativer Macht (und damit: Ressourcen, Netzwerke) gestellt, sondern auch die nach einer verstetigten Professionalisierung: nachrückenden Aktiven erst zu einem späten Zeitpunkt innerparteiliche Positionen zuzuweisen, tradiert gegebenenfalls Machtgefüge, schließt bestimmte Personenkreise unter Umständen aus und verschiebt notwendige Lernphasen häufig in Phasen nach einem Wechsel des Personals – es folgt der Sprung ins kalte Wasser der Parteiarbeit.

Das ist keinesfalls ein einseitiger Prozess: die Landesgeschäftsführungen thematisieren des Öfteren eine Entkopplung von SOLID- bzw. SDS-Aktiven/Mitgliedern von den Basisorganisationen der Partei. Das resultiert nur zum Teil aus dem eben beschriebenen Aufstiegsstau, sondern basiert auch auf generationenspezifischen Themensetzungen und Performanzerwartungen. So ist zum Beispiel die Drogenpolitik klassischer Weise ein Momentum jugendlicher Politikansätze; Älteren ist das Thema insbesondere auf lokaler und regionaler Ebene eher fremd oder gar befremdlich. Umgekehrt entspricht die Art und Weise, wie in Basisorganisationen und Kreisverbänden Parteipolitik organisiert, administriert und schließlich gelebt wird, offensichtlich nur partiell den Idealvorstellungen vieler jüngerer Parteimitglieder. Dass es auch Gegenbeispiele

gibt, mindert das von den Landesgeschäftsführungen wahrgenommene Problem augenscheinlich nicht. Ein mit diesen Divergenzen zusammenhängender Aspekt entsteht aus der vorgebliehen Radikalität politischer Analyse und Aktion jüngerer Parteimitglieder: diesbezüglich wird ihnen seitens der Alteingesessenen mehr oder weniger jovial eine erhöhte Radikalität im Sinne eines lebensphasenspezifischen politischen Rigorismus zugestanden – die Kehrseite davon ist allerdings eine paternalistisch anmutende Zuschreibung von richtigem Politikverständnis versus einem vermuteten jugendlichen Überschwang. Das führt zu einer doppelten Entkopplung: sowohl thematisch wie organisatorisch bilden sich getrennte Sphären aus, die zu vermitteln teils eines erheblichen Aufwands bedarf (beginnend mit der lokalen Ebene und aufsteigend). Dabei scheint der Aktivitätsgrad Jugendlicher im Jugendverband mit der Positionierung des jeweiligen Landesverbandes auf dem Kontinuum linker Programmatik negativ zu korrelieren: je 'radikaler' Landesverbände erscheinen, desto weniger Anreize gibt es, die Partei ‚links zu überholen‘ – man engagiert sich dann eher in den Parteistrukturen selbst (ohne dass dies die Generationenproblematik generell stillstellen muss).

Bezüglich der politischen Aktivitäten besteht nach Ansicht der Landesgeschäftsführungen ein Verstetigungsproblem: Zwar ist die Gründung von Interessen- und Arbeitsgemeinschaften relativ leicht möglich. Diese Strukturen aber zu verstetigen, ist gerade angesichts der personellen Ressourcen ein großes Problem, dem auch durch stark Engagierte mit Mehrfachfunktionen und -mandaten nur bedingt beizukommen ist. Neben der daraus resultierenden thematischen Schwerpunktsetzung (und vice versa: der Ausblendung anderer Themen) hat das Folgen für die innerparteiliche Konkurrenz um Parteiämter und öffentliche Mandate, soweit z.B. Delegiertenkonferenzen proportional auch Arbeitsgemeinschaften mit Stimmrecht versehen und diese damit über ihren thematischen Kern hinaus machtpolitisch bedeutsam sind.

Ein Verstetigungsproblem anderer Art ist in dem Umstand zu erkennen, dass der Parteieintritt (mit Beitrittserklärung ohne „Parteiaufnahmeverfahren“ oder Kandidatenprüfung) zwar relativ leicht gemacht wird, aber eine nachhaltige Bindung des Neumitglieds an die Basiseinheit alles andere als die Regel ist. Zwar gibt es gängige Praxen wie Neumitgliederbrief, Neumitgliederseminare in unterschiedlicher Intensität oder persönliche Kontaktierung durch ein Parteimitglied, aber letztlich wird die Bindungsarbeit vor Ort nach eigenem Gusto bewerkstelligt, ohne dass sich ein an den Bedürfnissen der Neumitglieder ausgerichtetes Verfahren etabliert hat. Werden Neumitglieder nicht „abgeholt“, sind sie unweigerlich auf sich selbst gestellt, wenn sie innerhalb der Partei aktiv werden wollen.

Hinsichtlich des Aktivitätslevels der politischen Arbeit gibt es große Unterschiede zwischen den Basiseinheiten. Den Geschäftsführungen zufolge existiert eine Bandbreite von nur vereinzelt abgehaltenen Sitzungen über regelmäßige Treffen bis hin zu häufig stattfindenden Versammlungen, die zudem noch von zusätzlichen öffentlichkeitswirksamen Aktionen ergänzt werden. Das jeweilige Aktivitätslevel ist von personellen Faktoren abhängig. Neben der Altersstruktur und der zahlenmäßigen Stärke der Mitglieder spielt auch eine Rolle, ob Mitglieder der Basiseinheit für Kommunal- bzw. Regionalparlamente abgestellt werden.

Ein eher strukturelles Problem demographischer Natur ist der Mangel an jüngeren Genossen in ländlichen Kreisen: die Abwanderung in (Universitäts-)Städte begünstigt urbane Organisationsgliederungen der Partei. Im Gegenzug erzeugt diese Fluktuation zum Teil existenzielle Personalnot und Einschränkungen in der Arbeitsfähigkeit. Dass es sich dabei um ein lediglich temporäres Problem handelt, das mit Rückkehr aus dem Studium etc. erledigt ist, darf angesichts der allgemeinen Abwanderung aus ländlichen Gebieten in die Städte bzw. deren Umland bezweifelt werden. Vielmehr stellt sich dies als zukünftig anwachsendes Problem dar, dem mit entsprechenden Aktionsformen (mobile Präsenz) zu begegnen ist. Dafür scheint es bislang weder ein Patentrezept noch systematische Überlegungen zu geben – die Partei befindet sich diesbezüglich eher in einer Lage situativer Reaktion denn der Gestaltung.

d) Professionalisierung

Das Nebeneinander ehrenamtlicher und hauptamtlicher Strukturen ist ein charakteristisches Merkmal aller Parteien. Je nach Entwicklung der Mitgliedschaft können Aktive in unterschiedlicher Stärke in die administrative Parteiarbeit einbezogen werden; es entwickeln sich damit mehr oder weniger breit verteilte Gremien oder eine Multifunktionalität weniger Mitglieder. Mit der Existenz von Abgeordneten tritt noch eine weitere Ebene politischer Aktiver hinzu. Diesen wird allerdings seitens der Landesgeschäftsführungen unisono eine andauernde Überlastung zugeschrieben – mit entsprechenden Auswirkungen auf die parteiinterne Gremienarbeit: Als Personen mit besonderer (Außen-)Funktion können sie eine nachhaltige Mitarbeit in den Gremien kaum leisten.

Die Partei steht angesichts nachlassender Aktivitäten der Mitglieder, einer zu geringen Anzahl an Mitgliedern und der Überlastung ihrer Parlamentarier existenziell vor der Aufgabe, a) im Hinblick auf die Parlamentsarbeit eine funktionale Professionalität gewährleisten und b) das Parteileben als Austausch zwischen Basis und Funktionsträgern zu organisieren sowie administrative Belange zu regulieren. Diese doppelte Zielsetzung offenbart ein Dilemma: die 'personalpolitische' Situation der Partei ist mindestens zugespitzt, wenn nicht strukturell defizitär, was erhöhte Anstrengungen zur Mitgliederrekrutierung verlangt, die allerdings vor dem Hintergrund der drei Problemfelder kaum leistbar scheint – eine potenzielle Abwärtsspirale.

Die Personalstärke der hauptamtlichen Angestellten der Partei wiederum differiert je nach Landesverband. In dieser Frage steht die Partei mitten im Prozess des Aufbaus hinreichender professioneller Strukturen. Diese müssen prinzipiell in der Lage sein, nicht nur urbane Ballungszentren, sondern auch periphere Kreisverbände in den Flächenländern zu bedienen, will man nicht ein Zwei-Klassen-Service für die auf Unterstützung durch die Landesverbände angewiesenen Kreisverbände forcieren. Das wiederum verlangt den Geschäftsführungen eine hohe Mobilität ab, die sie partiell durch weitere Hauptamtliche (in Regionalstrukturen) abmildern. Solche Untergliederungen lassen die Parteistruktur verzweigen, führen aber zu mehr Nähe zu den Kreisverbänden und scheinen insbesondere in den Flächenländern ein opportunes Modell zu sein.

Die hauptamtlichen Strukturen der Partei insbesondere im Westen vermögen es vor dem Hintergrund der relativ dünnen Personaldecke auf allen Ebenen und den Überlastungstendenzen fokaler Funktionäre nicht immer, professionelle Strukturen nachhaltig in die Breite zu exportieren, ohne selbst an die Grenzen der Belastbarkeit zu gelangen. Das steht den eigenen Zielsetzungen häufig entgegen: Grundsätzlich verstehen sich die Landesgeschäftsführungen als eine Art Unterstützer bzw. Dienstleister für die Kreisverbände und sehen sich in dieser Rolle zuständig für Aspekte der Professionalisierung der Mitglieder bezüglich Mitgliederwerbung, politischer Bildung oder der Vermittlung von Weiterbildungen im Politikmanagement für Ehrenamtliche, etwa in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung oder auch der Bundesgeschäftsstelle der Partei. In allen Landesverbänden sind sie Anlaufpunkt für die Kreisverbände, wobei ihre Leistungsfähigkeit im Hinblick auf deren Bedarfe von der eigenen personellen wie materiellen Ausstattung sowie von ihrer Vernetzung in Landes- und Bundespolitik und parteinahen Institutionen wie der RLS abhängig ist. Dabei existieren unterschiedliche Perspektiven darauf, was ein Landesverband bzw. eine Landesgeschäftsstelle für die Parteigliederungen wie auch die Mandatsträger darstellen soll: Die Palette reicht dabei von der Konzentration auf administrative bzw. organisatorische Aufgaben (parteiinterne Wahlen, Land- und Bundestagswahlen, Organisation der Medien- und politischen Bildungsarbeit, etc.) in bewusster Abgrenzung zu Fraktionen über eine enge Kooperation mit den letztgenannten bis hin zur aktiven Einflussnahme etwa bei der Vorbereitung von Beschlüssen des Vorstandes. In Abhängigkeit von der Größe des Landesverbandes gestaltet sich auch die Enge der Beziehungen zwischen Landesvorstand und Kreisverbänden – von eher gelegentlichen Treffen während Landeskonferenzen bis hin zu regelmäßigen turnusgemäße Kontakten durch die Teilnahme von Vertretern des Landesvorstandes bei Kreisvorstandssitzungen, um den gegenseitigen Austausch und wechselseitiges Verständnis für die jeweils akuten Themen und Probleme zu befördern. Im unterschiedlichen Ausmaß – und wiederum in Korrelation mit der Fläche des Landesverbandes – gelingt diese Verknüpfung durch die Doppelfunktion Hauptamtlicher und Ehrenamtlicher.

Zur Professionalisierung der Partei bzw. ihrer parteiinternen Mandatsträger gehört eine Definition der Aufgaben des jeweils zu übernehmenden Amtes. Dazu existieren in einigen Landesverbänden gemeinsam mit den Kreisverbänden erstellte Funktionsbilder für Mitglieder in Kreisvorständen. Solche Anforderungsprofile standardisieren mehr oder weniger stark die Arbeit und bieten nachrückenden Mitgliedern Handlungssicherheit.

Hinsichtlich der parteiinternen Öffentlichkeitsarbeit wird das Intranet von den Landesgeschäftsführungen als mittlerweile selbstverständliches Medium genutzt. Die Bedeutung des Internetauftritts wird ebenso allgemein als hoch eingeschätzt, was aber nicht unbedingt für die Befähigung einzelner Kreise gilt, sich des Mediums zu bedienen. Das öffentliche Erscheinungsbild der Kreis- bzw. Stadtverbände und Basisgruppen im Internet variiert stark: von der umfassenden fotodokumentarischen Aufarbeitung von Aktivitäten wie z.B. der Teilnahme am Ostermarsch über die kurze Ankündigung von kommenden Terminen, von dem Verweis auf Webseiten weiterer nahe stehender politischer Akteure über die Nutzung von nicht dem Corporate Design entsprechenden Darstellungen bis hin zu offensichtlich nicht regelmäßig gepflegten

Internet-Auftritten, deren letzter Eintrag lange zurückliegt. Gegen diesen Wildwuchs wurde in einem Landesverband ein bundesweit relevantes Projekt zum verbesserten Content Management gestartet, welches im Sinne einer Professionalisierung eine Art zentralisierten technischen Support bei inhaltlicher Freiheit der Kreisverbände ermöglichen soll. Von diesem Projekt verspricht man sich eine stärkere Aktivierung – nicht zuletzt auch zur eigenen Entlastung.

e) Ämter- und Mandatsübernahme

Die insbesondere in den ländlichen Kreisen dünne Personaldecke führt dazu, dass die zu besetzenden Ämter einen Großteil der aktiven Mitglieder binden. Kreis- und Landesaktivitäten lasten auf den Schultern von wenigen GenossInnen, die in der Regel einer wahren Kaskade doppelter oder mehrfacher Funktionen ausgesetzt sind. So sind Landtagsabgeordnete regelmäßig im Kreisvorstand, Kreisvorstandmitglieder auch in den Fraktionen usw. Die multifunktionale Ämter- bzw. Mandatsbekleidung durch einzelne Parteimitglieder bringt – machttheoretisch betrachtet – zwei Effekte mit sich. Zum einen etabliert sich eine Art personenfixierte Hausmacht, die unter Umständen einen ausreichenden Unterbau von aktiven Mitgliedern an der Basis geradezu unterminiert. Es wird zur Gewohnheit, anstehende Aufgaben und Entscheidungen und damit Verantwortung an die Aktivposten zu delegieren anstatt die Basismitglieder zu integrieren. Zum anderen kann die mehrfache Funktionsübernahme zu einer Überlastungs- und Ermüdungserscheinungen der Person führen, die diese Erscheinungen dadurch zu kompensieren versucht, dass vermeintlich weniger wichtiger Themen und Probleme vernachlässigt werden. Unter Umständen sind es aber genau jene Themen und Probleme, die für die Basismitglieder eine hohe Relevanz haben. Auf diese beiden Effekte weisen befragte Landesgeschäftsführer hin; sie sehen darin Entfremdungstendenzen zwischen Funktions- bzw. Mandatsträgern und der Basis.

Die Multifunktionalität erweist sich als ambivalentes Phänomen: sie nützt dem Parteaufbau, schadet ihm aber auch. Als temporäre Maßnahme in Zeiten des Auf- und Umbaus erscheint die mehrfache Ämter- und Mandatsübernahme bei zu wenig Gesamtmitgliedern bzw. Aktiven als alternativlos, bei andauernder Multifunktionalität kann die Mitgliedschaft wie die thematische Ausrichtung sowie die Bezüge zum Landesverband – und damit letztlich die Zukunftsfähigkeit der Parteigliederung selbst – beschädigt werden. Es erscheint daher angezeigt, Multifunktionen auf solche unerwünschten Nebeneffekte hin zu überprüfen und gegebenenfalls durch gezielten Aufbau weiterer Verantwortungsträger an der Basis (z.B. mittels Patenschaftsmodellen) Abhilfe bei personellen Engpässen zu schaffen. Der Prozess der Ab- und Übergabe von Verantwortung selbst ist formal (durch Wahlen) abgesichert; aber bei der praktischen Umsetzung sind die Protagonisten auf sich selbst verwiesen.

Ein weiterer Effekt von Multifunktionalität auf Kreisebene und darunter ist es, dass sich Aktive aufgrund des Arbeitspensums nicht auf Landesebene einbringen können; das führt zu unerwünschten Nebenfolgen wie einer lokalen 'Kirchturmpolitik', die unter Umständen gegen Landesbeschlüsse verstößt. Das birgt in sich ein erhebliches Konfliktpotenzial und kann zusätzliche Belastungen erzeugen bis hin zum Parteiaustritt bzw. -ausschluss von kommunalen Mandatsträgern. Es kommt aber auch zu manifesten Störungen der parteipolitischen Aktivität insge-

samt: Auf Ebene einzelner Landesverbände gibt es Konflikte, die meist auf das Bestreben Einzelner, eigene Interessen durchzusetzen, zurückzuführen sind. Da die Personaldecke gering ist, schlagen diese Konflikte stark auf die politische Arbeit durch. Im Resultat sind sie zwar als politische Auseinandersetzung anzuerkennen, führen jedoch in letzter Konsequenz zur Suspendierung politischer Handlungsmacht und beschädigen häufig über den betroffenen Kreis hinaus die politische Wirksamkeit der Parteigliederung im Kern – ganz abgesehen von den Folgen für nachfolgende Wahlen. Solche Entwicklungen erfordern dann die Schlichtung durch die Landesgeschäftsführung – was zusätzliche Aufgabe bei personeller Unterausstattung bedeuten kann.

Im Hinblick auf einheitliche Strukturen ist die Partei zum Zeitpunkt der Befragung der Landesgeschäftsführungen (Frühjahr 2011) noch auf dem Weg: Die Größe der Landesgeschäftsführungen differiert erheblich (in Abhängigkeit von Mitgliedern und Finanzlage des Landesverbandes). Es gibt noch einige wenige ehrenamtliche Landesgeschäftsführer, die allerdings zum Teil über Mandate im Hinblick auf Einkommen und soziale Sicherung geschützt sind. Erklärtermaßen ist die flächendeckende Bestallung von hauptamtlichen Geschäftsführenden das Ziel. Dafür gibt es bei generell formalisierter Ausschreibung zwei Rekrutierungswege: 1) Als bislang gängigere Praxis wird mit internem Personal besetzt, d.h. bereits vorher im Landesverband Aktive kandidieren für das Amt wie für ein politisches Mandat. Ihre Kompetenzen zur Ausübung der Aufgaben haben sie primär durch ihre vorherige politische Praxis erworben, sind im Landesverband mehr oder weniger gut bekannt und kennen sich in den jeweiligen Strukturen ebenso aus – was ein zusätzlicher Machtfaktor im Landesverband sein kann. 2) Ein anderer, externer Rekrutierungspfad ist die Einstellung eines „professionellen“ Landesgeschäftsführers mit akademischer Ausbildung und/oder vorheriger Berufserfahrung – mit dieser Variante wird offensichtlich auf einen Professionalisierungsschub gesetzt. Zugleich wird seitens der Landesverbände, die diesen Weg bevorzugen, ein eher koordinierende Aufgabenzuschnitt angestrebt, der weniger stark auf binnendynamische Konstellationen abhebt, als dies bei Variante 1 der Fall ist. Insofern handelt es sich um eine Verdopplung des extraorganisationalen Status der Landesgeschäftsführung: von außen kommend und bezüglich der Entscheidungsmacht auch außen vor bleibend. Sie ist dann als Machtzentrum quasi neutralisiert; die Parteientwicklung liegt ausschließlich in den Händen des Vorstands und der Mitglieder.

Nun sind die Landesgeschäftsführungen nicht bloßer Spielball, sondern besetzen in den genannten Konstellationen eigene inhaltliche Positionen. Die Strategien der Landesgeschäftsführungen variieren von dem expliziten Anspruch, primär organisatorische Arbeit im Sinne einer Dienstleistung für die Partei zu leisten über die partielle Intervention bis hin zur Durchsetzung einer eigenen starken Position im Landesverband, unter Umständen gemeinsam mit dem Landesvorstand, gegenüber den anderen Protagonisten oder auch Teilen davon.

In diesem Zusammenspiel der verschiedenen Akteure ist ein Kompetenzgefälle zu verzeichnen: die relativ hoch professionalisierten Mandatsträger in den Landesparlamenten und im Bundestag (sowie deren Unterbau wissenschaftlicher ReferentInnen) verfügen relativ zu einfachen Parteimitgliedern über eine hohe Sachkompetenz. Das befördert eine Struktur der Dominanz bzw. führt dazu, dass nachgeordnete Gliederungen tendenziell am langen Arm der höheren

Gremien hängen, die vermittelt über Doppelfunktionen einen guten Einblick besitzen. Ein weiterer Effekt der ungleich verteilten Kompetenzen besteht darin, dass insbesondere die Landtagsfraktionen dazu neigen, unabhängig vom Landesverband (Landesvorstand, Landesdelegiertenkonferenz) der Partei politische Leitlinien vorzugeben bzw. bei der Setzung von Themen bzw. Arbeitsschwerpunkten autonom zu agieren (was ebenfalls für die Bundestagsfraktion gelten dürfte). Es scheint noch nicht gelungen, hier einen Mechanismus zu installieren, der die bisweilen zentrifugalen Kräfte einhegt. Prinzipiell besteht auch im Hinblick auf die ebenfalls routinemäßig mit dem politischen Alltagsgeschäft verbundenen sowie mit mehr oder weniger vielen hauptamtlichen Mitarbeitern ausgestatteten Geschäftsführungen ein Kompetenzvorsprung gegenüber der Basis. Daher dürften sich die Landesgeschäftsführer auf Augenhöhe mit den Mandatsträgern der Partei befinden – insgesamt ist also von ungleich starken Machtzentren innerhalb eines jeweiligen Landesverbandes auszugehen, die sich mehr oder weniger gut ergänzen bzw. behindern können. Insbesondere an die Öffentlichkeit dringende Konflikte zwischen den unterschiedlichen Ebenen scheinen dann geeignet, dem Gesamtgebilde Schaden zuzufügen.

f) Arbeitsgemeinschaften und Strömungen

Die Arbeitsgemeinschaften und Interessengruppen innerhalb der Partei sind in den diversen Landesverbänden unterschiedlich stark und sie spielen machtpolitisch eher auf Landes- bzw. Bundesebene eine Rolle denn auf der Kreis- oder Basisebene. In ihnen versammeln sich häufig auch bestimmte Strömungen der Partei. Die Strömungen dienen insbesondere der Selbstverortung und dem Networking ihrer Mitglieder, sind aber auch proportional an den Mandatsträgern etwa für Landesdelegiertenkonferenzen und mittelbar auch für die Aufstellung von Kandidaten für die Parlamentswahlen in den Ländern bzw. im Bund von Bedeutung. Auch wenn es diesbezüglich gegenteilige Einschätzungen einiger Landesgeschäftsführungen gibt, scheint die Bedeutung der Strömungen im Westen auf Landesebene stärker ausgeprägt zu sein als in den östlichen Landesverbänden. Dies kann einerseits als ein sekundärer Effekt der unterschiedlichen Ausgangslagen der Quellparteien gelten, andererseits ein Hinweis darauf gewertet werden, dass dahinter stehende inhaltliche wie machtpolitische Konflikte in den östlichen Landesverbänden befriedet bzw. kanalisiert sind, während sie im Westen nicht zuletzt auf Grund der vergleichsweise „bunteren“ Mischung im Fusionsprozess noch nicht gänzlich ausgetragen wurde.

Auf der Kreisebene und darunter sind allerdings pragmatische Fragen nach der Besetzung von Parlamentsmandaten mit geeigneten Personen sowie der konkreten Bearbeitung kommunaler und regionaler Probleme und Aufgaben handlungsleitend. Das erklärt die abnehmende Bedeutung strömungspolitisch bedingter Auseinandersetzungen auf den unteren Gliederungsebenen der Partei. Solche Konflikte sind damit aus der Sicht der Landesgeschäftsführungen zwar nicht stillgestellt, dominieren aber nicht das öffentliche Parteileben an der Basis.

3.2.2 Fusionsprozess und politisch-thematische Ausdifferenzierung

Im Hinblick auf den Fusionsprozess von PDS und WASG stellen sich aus der Sicht der Landesgeschäftsführungen sowohl die Entwicklungsgeschichte wie auch die aktuelle Situation differenziert dar. Im Folgenden werden sowohl der Prozess der Fusion der Quellparteien als auch Aspekte der regionalen Ausdifferenzierung der einzelnen Landesparteien bzw. der Bedeutung der Bundespartei in den Ländern näher beleuchtet.

a) Fusion PDS-WASG

Insbesondere in den östlichen, mitgliederstarken Landesverbänden in den Flächenstaaten hat der Zusammenschluss wenige strukturelle Umbrüche ausgelöst; dazu war das Verhältnis der Mitgliedschaften zu ungleichgewichtig. Insofern resultiert der Vereinigungsprozess hier eher in einer Art Aufnahmewelle bei gleichzeitiger Umbenennung der Partei. Zwar wurde die Fusion als solidarischer Zusammenschluss durchgeführt und entsprechend den Parteibeschlüssen eine paritätische Mandats- und Funktionsvergabe angestrebt, allerdings scheiterte diese Praxis häufig an der zu geringen Anzahl aktiver WASG-Mitglieder. Im Westen dagegen hatte der Fusionsprozess eine gänzlich andere Ausgangslage: Die PDS verfügte hier über nur wenige Mitglieder, war aufgrund der vorangegangenen Wahlen nicht in Landesparlamenten vertreten und stand damit in relativ schwacher Position der WASG gegenüber. Das Mitgliederverhältnis war bisweilen sogar umgekehrt proportional zur Situation in Ostdeutschland. Das bedeutet aber nicht, dass damit die westdeutsche Tradition der sozialen Bewegung eine Vorrangstellung einnahm. Vielmehr bot die WASG enttäuschten Sozialdemokraten, Grünen und Mitgliedern linker Parteien und Gruppierungen eine neue Plattform und vereinte damit vorhandene parteipolitische Kompetenz. Auf lokaler Ebene kam es dabei verschiedentlich schon vor dem Aufgehen in DIE LINKE zu praktischer Zusammenarbeit, wie das folgende Interviewzitat belegt:

"Es ergab sich relativ schnell eine Kooperation, das heißt die Kreisvorstände [von WASG und Linkspartei.PDS] tagten dann nur noch gemeinsam, die Mitgliederversammlungen wurden gemeinsam durchgeführt, das heißt: es existierten zwar noch zwei Organisationen, die aber ihr Parteileben gemeinsam durchführten."

Die Gemengelage von Bewegungsaktivisten und parteipolitisch orientierten Aktiven ist das zentrale Merkmal der westdeutschen Entwicklung, während der ostdeutsche Fusionsprozess eher von einer Aufnahme der WASGler in bestehende Parteistrukturen gekennzeichnet ist.

Gesamtdeutsch handelt es sich bei der Fusion damit um zwar parallele, aber gegenläufige Prozesse, deren Dynamik sich z.B. in Berlin in Streitigkeiten um den zukünftigen Kurs manifestierte. Positiv hervorgehoben wird der weitläufige Imagegewinn der neuen Partei, deren Fusion zum Teil eine geradezu euphorische Aufbruchsstimmung in der politischen Linken auslöste. Die zum Teil starken Interessengegensätze, divergierenden Zukunftsvorstellungen und nicht zuletzt Personalentscheidungen hinsichtlich der in den unterschiedlichen Landesverbänden bevorstehenden Wahlen erforderten von den (zum Teil erst entstehenden) Landesgeschäftsführungen im Westen wie im Osten eine Moderation des Vereinigungsprozesses wie auch des mit der Fusion einsetzenden Mitgliederzuwachses. Insbesondere im Westen war ein *sekundärer Effekt*

von *Erfolgen bei Kommunalwahlen* seit 2009 zu beobachten: Viele Aktive der unteren Gliederungsebenen erhalten Mandate, werden von der Arbeit in Kommunalparlamenten stark beansprucht und stehen für die Parteiarbeit nur noch in geringerem Maße zur Verfügung. Die Landesgeschäftsführungen sehen darin auch die Gefahr, dass in der Partei ein Vakuum entsteht und setzen auf eine Art Sogwirkung neuer Aktiver für die zu besetzenden Parteiämter. Das stellt sich insbesondere dort als Problem dar, wo der Einzug in die Landtage verpasst wurde und so Ressourcen fehlen.

b) regionale Disparitäten und sozialgeographische Besonderheiten

In den ostdeutschen Bundesländern weist DIE LINKE als Volkspartei durchgehend eine stabile Verankerung in der Bevölkerung auf. Sie war oder ist entweder an der Regierung beteiligt, tolerierte Minderheitsregierungen oder agiert als starke Opposition in den Parlamenten. Im Westen dagegen hat die Partei – mit Ausnahme des Saarlandes – keine Entwicklung in diese Richtung beschritten. Sie ist eher oppositionelle Klientel- bzw. Protestpartei, denn breite Schichten bewegende politische Kraft. Soweit es in den westlichen Ländern gelungen ist, die Partei besser zu platzieren, ist dies in den Augen der Landesgeschäftsführungen vor allem der guten Vernetzung der Mitglieder und einer geglückten Kooperation mit sozialen Bewegungen und anderen Parteien bzw. deren Mitgliedern zu verdanken. Das wird im Wesentlichen der erst noch zu leistenden Aufbauarbeit zugeschrieben, die bisher über einen unzureichenden Status nicht weggekommen sei. Dabei werden insbesondere in den ländlichen Gebieten strukturelle Defizite identifiziert, die mit niedrigen Mitgliederzahlen korrelieren. Eine Kompensation durch die Landespartei bzw. deren parlamentarische Mandatsträger gelinge nur zu Lasten von deren Leistungsfähigkeit und sei demzufolge sorgfältig abzuwägen. Das gilt auch für die anerkannten Patenschaftsmodelle, die insbesondere zu Wahlkämpfen aktiviert werden. Die östlichen Kreisverbände können diesen Transfer (inkl. der finanziellen Dimension) zukünftig vermutlich weniger leisten, weil ihre Mitgliedschaft tendenziell überalterte.

Wie bereits oben erwähnt, ist die Abwanderung von jüngeren Parteimitgliedern in Städte bzw. Studienorte ein gravierendes Binnenproblem der Landesparteien in den Flächenländern. In der Folge dünnen die Basiseinheiten personell aus bzw. vergreisen. Bereits jetzt sind einige ländliche Gebiete weiße Flecken auf der politischen Landkarte. Dieser Trend wird sich in Zukunft verstärken. Zum Teil fehlen schon heute Mitglieder, um überhaupt eine kritische Masse für verstetigte Parteiarbeit vor Ort zu erreichen. Eine praktikable Organisationsform kann es dann sein, die Aktivitäten in mehreren kleinen Ortsgruppen innerhalb eines Kreises zu konzentrieren und so regionale Einheiten zu etablieren, die ihre Ressourcen besser nutzen können. Die zu geringe Zahl aktiver Mitglieder schafft Probleme auf allen Gliederungsebenen der Partei und muss auf jeder Ebene für sich beantwortet werden. Patentlösungen aus der Bundeszentrale liefern – so die Erfahrung vieler Landesgeschäftsführer – prinzipiell Gefahr, regionale bzw. örtliche Gegebenheiten zu ignorieren.

Räumliche Distanzen stellen teilweise ein ernsthaftes Hindernis für parteibezogene Aktivitäten von ortsübergreifenden Zusammenhängen dar. Parteiarbeit wird zu einem Kraftakt, den viele GenossInnen zu leisten nicht in der Lage sind. Das daraus resultierende Rückzugsverhalten

begünstigt mittelbar urbane Parteigliederungen im Hinblick auf interessen- wie machtpolitisch wichtige persönliche Vernetzung, die auch durch neue Medien nicht ausgeglichen werden. Insbesondere in Westdeutschland ist es teilweise schwierig, in ländlichen Kreisen überhaupt kontinuierliche Parteiarbeit aufrecht zu erhalten. In letzter Konsequenz ist die Partei stark abhängig von Einzelpersonen vor Ort. Dieser personellen Achillesferse ist durch Restrukturierungen kaum beizukommen, weil es a) Entfernungen nur bedingt schrumpfen lässt und b) Restrukturierungen zunächst Anpassungsprobleme erzeugen. Andersherum sind auch Aktivitäten aus dem Landesvorstand bzw. der Landesgeschäftsführung in der Peripherie bzw. in ländlichen Gebieten seltener, so dass hier selbstverstärkende Effekte einer ungleichzeitigen Entwicklung der Partei zu beobachten sind.

Die Stadt-Land-Differenz setzt zum Teil im Akzeptanzgrad der LINKEN in der lokalen Bevölkerung fort: In westdeutschen Städten ist die Partei zumeist anerkannter als in der Fläche, während dieser Unterschied in den östlichen Landesverbänden weniger stark ins Gewicht fällt. Gelegentlich wird in den westdeutschen Bundesländern von regelrechten Stigmatisierungen berichtet: Lokalzeitungen ignorieren die lokale LINKE häufig vollständig, die anderen Parteien bilden nicht selten örtliche Kartelle in Parlamenten gegen Vertreter der LINKEN, und die örtlichen Gewerkschaften scheinen die Partei als Organisation meist zu schneiden – was aber nicht unbedingt für einzelne Mitglieder gilt. Es gibt aber auch positive Beispiele einer festen Verankerung in lokalen Bündnissen. Darauf Einfluss zu nehmen, versagen sich die Landesgeschäftsführungen zumeist – zum einen aus strategischen Überlegungen der zunehmenden Einbindung der Partei in kommunal- und regionalpolitische Prozesse, zum anderen aus dem Verständnis heraus, nicht top-down agieren zu wollen. Selbst gelegentliches Negieren von Parteibeschlüssen wird in diesem Sinne üblicherweise toleriert.

Ein anderes Phänomen zeigt sich auf der Ebene der städtischen Parteigliederungen dort, wo Universitäten ein gebildetes jugendliches Umfeld anziehen und es zu einem generell höheren Zuspruch für die LINKE kommt, als dies in ländlichen Gebieten bzw. Städten ohne Hochschulen der Fall ist. Sofern sich dort überhaupt SDS-Gruppen herausbilden bzw. stetig aktiv sind (Fluktuationsproblem), kommt es relativ häufig zur Entkopplung von lokalen Parteistrukturen, was in der formal unabhängigen Organisationsstruktur des SDS begründet ist. Die Themen der SDS-Gruppen orientieren sich an den an Hochschulen aktuellen Problemen bzw. an der Bildungspolitik an sich. Es existieren Brückenthemen (z.B. Rechtsradikalismus), die jedoch nicht immer von beiden Seiten aktiv besetzt werden. Zudem bestehen häufig unterschiedliche Vorstellungen über gute politische Performanz, die ebenfalls in der jeweiligen Rolle/ Situation gründen. Faktisch existieren vor Ort sowohl Formen mehr oder weniger abgegrenzter parallelisierter Aktivität in SDS- wie in Parteistrukturen oder der kooperativen Ko-Präsenz mit partieller Doppelfunktion fokaler Akteure.

c) Themensetzung und politische Arbeit

Parteien in ihren Gliederungen stellen insofern ein Organisationsgeflecht dar, als es sich um abgeschlossene politische Ebenen handelt, die gleichwohl Schnittstellen aufweisen und thematisch wie personell verflochten sind. In diesem Gebilde bilden die Geschäftsführungen als Kno-

tenpunkte eine Vermittlerposition. Es sind die bundespolitischen Themen und Personen, die in den überregionalen Medien einen Gutteil des Images der Gesamtpartei prägen. Substanziell nicht weniger wichtig sind jedoch die Landesparlamentarier. Die kommunalen Abgeordneten erlangen ihre Bedeutung, weil die von ihnen bearbeiteten Probleme besonders nah an den Belangen der Wahlbürger vor Ort sind und ihre Entscheidungen relativ unmittelbar in ihren Folgen konkret werden. Landes- wie Bundesparlamentarier dagegen stehen in vergleichsweise größerer Distanz dazu. In dieser Gemengelage erfolgt eine alltagspraktische Ebenendifferenzierung in drei Bühnen: a) bundespolitische Ebene, b) landespolitische Ebene und c) regional- und kommunalpolitische Ebene. Diese sind formal autonom, faktisch aber durch Interferenzen verbunden, wobei eine stratifizierende Strukturierung durch die bundespolitische Ebene besteht: Sowohl deren Themen als auch Personen sind in der Öffentlichkeit wie in der Partei selbst dominant (u.a. durch Bundeskampagnen und Leitlinienkompetenz). Auf der zweiten Ebene folgen Landespolitiker und in gewissem Abstand die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei. Insofern agiert die Partei als Vereinigung politisch Aktiver, die von professionellem Personal zwar unterstützt, nicht aber gelenkt wird. Die nachfolgenden Ebenen sind dagegen stärker von Input und Beratung der zuvor genannten Ebenen abhängig, ohne dass dies zu einem Dominanzverhältnis führen muss. Bundes- wie Landesgeschäftsführungen sehen sich in eine koordinierende und vermittelnde Position gestellt, sind aber auch, u.a. durch Doppelfunktionen, durchaus am Entscheidungsprozess beteiligt. Landesarbeitsgemeinschaften und Interessengruppen liegen quer zu diesen Strukturen, speisen sich aber aus dem Personal der genannten Gruppen (plus weiteren Personen) und greifen Themen auf bzw. setzen sie auf die Agenda dieser Ebenen.

Gegenüber den auf den vorstehend skizzierten Ebenen verhandelten grundsätzlichen Fragen erscheinen die parteiinternen Debatten und Entscheidungsfindungen auf der regionalen bzw. kommunalen Ebenen deutlich befreiter von Grundsatzfragen und an einer eher pragmatisch an der Lösung konkreter Probleme vor Ort orientiert. Bundes- und Landesparteitage komplettieren das Bild zusammen mit parteinahen Organisationen (z.B. der Rosa-Luxemburg-Stiftung); sie vereinen die unterschiedlichen Ebenen, stehen aber unter der Regie der jeweils oberen Ebene, die eine Debattenkultur wie im Falle der Programmdebatte aber durchaus langfristig und offen anlegen kann. Letztlich ist der formale, dem Parteiengesetz entsprechende Aufbau der Partei eine Kanalisierung von Interessen und nachfolgend Themen. Sie ist inputoffen, aber strukturkonservativ über die beteiligten fokalen Personen (die Gesichter der Partei) und über die Performanz (Debattenkultur, Demokratieregeln, Wahlrecht etc.). Themen wie Personen sind daher gezwungen, den Weg der allseits bekannten Ochsentour zu gehen – hier zeigt sich aus verständlichen Gründen die Linke als konventionelle, gesetztestreue Partei.

d) Außenwirkung

Hinsichtlich einer positiven Ausstrahlung der Partei nach außen wird zum einen auf erfolgreiche Regierungsarbeit oder aber dezidiert konstruktive und stetige Oppositionsarbeit verwiesen – sie seien letztlich der Ausweis der Daseinsberechtigung der Partei. Zum anderen wird betont, dass die Einbindung der Partei als solche, aber auch der einzelnen Parteimitglieder in die

Kommune eine zentrale Rolle spielen: Hier fest verankert und kein Außenseiter zu sein, sei sehr wichtig für eine positive Außenwahrnehmung. Bundes- und landespolitische Themen werden in der medialen Berichterstattung der lokalen Presse von kommunalpolitischen Themen überdeckt – es existieren also beim insgesamt verfügbaren breiten Medienangebot immer prinzipiell zwei Perspektiven auf die Partei. In dieser Situation ist Präsenz vor Ort (Medienberichte, Sommerfest, Einbindung in politische und soziale Netzwerke, etc.) das Mittel der Wahl, um sich als ‚ganz normale‘ politische Organisation darzustellen. Die Landesgeschäftsführungen können dafür nur partiell geeignete Materialien zur Verfügung stellen. Wichtig seien persönliche Kontakte der Aktiven vor Ort zu Redakteuren sowie Bündnisse mit Gewerkschaften und anderen Parteien. Dies gelingt jedoch lokal unterschiedlich gut und ist von den situativen Gegebenheiten abhängig (wie. z.B. virtuelle Mehrheiten ohne Linke).

Als ein geeignetes Mittel werden Geschäftsstellen genannt, die als Bürgerbüros Anlaufstellen für Interessenten, potenziell Engagierte, aber auch Unterstützung suchende Menschen fungieren. Sie sollen als soziale Treffpunkte Schaufenster der Partei sein. Nicht in allen Regionen ist jedoch ein solches Angebot aber auch zu verwirklichen. Zudem besteht die Notwendigkeit, dieses Angebot durch hinreichende Öffnungszeiten etc. zu sichern, was Aufwand bedeutet – im Zweifelsfall sei besser darauf zu verzichten, wenn ansonsten durch unregelmäßige Öffnungszeiten der Eindruck entstünde, unzuverlässig zu sein. Die Geschäftsführungen thematisieren hier letztendlich eine Berechenbarkeit der Parteiarbeit für Nichtmitglieder, durch die das Angebot eines sozialen Treffpunkts sekundär zur Imagearbeit der Partei selbst wird. Dem erhöhten Aufwand würden in der Regel zuerst kulturelle zugunsten stärker politischer Angebote geopfert, was neben der damit einhergehenden Fokussierung zugleich eine Beschneidung des Anspruchs sei. Die Bürgerläden sind zudem kein Selbstläufer und ihr Erfolg hinsichtlich des Vernetzungsaspektes kaum absehbar; entsprechende Konzepte müssten daher lokal abgestimmt werden, was einer gewissen Expertise bedürfe.

4 Gelebte Parteienmitgliedschaft – Fallbeispiele

Um unterschiedliche typische Konstellationen der konkreten politischen Praxis an der Basis der LINKEN zu veranschaulichen, werden in diesem Kapitel exemplarische Fallbeispiele präsentiert. Die Fallbeispiele fokussieren auf den Alltag der politischen Arbeit in den unteren Gliederungseinheiten der Partei und fangen die hier vorhandenen milieuspezifischen Orientierungen und Praxen ein.

Hervorzuheben ist, dass es sich bei den folgenden sieben Fallbeispielen nicht um reale, von uns konkret untersuchte Gruppen der Parteibasis handelt, sondern um Typisierungen, in denen jeweils ähnlich gelagerte Basisgruppen zusammengefasst wurden. Diese synthetisierenden Falldarstellungen sollen einen ersten Zugang zur Vielfalt und Vielschichtigkeit der gelebten Parteienmitgliedschaft der LINKEN herstellen und die Partei als kollektiven Akteur anschaulich machen. Für diese Vorgehensweise, in der Darstellung zwischen Konkretion und Abstraktion zu changieren, gibt es zwei Gründe. Erstens wären Beschreibungen von tatsächlich existierenden Basisgruppen (trotz einer Anonymisierung) aufgrund der dargestellten spezifischen Kontextinformationen, Problem- und Personalkonstellationen für „Insider“ relativ leicht identifizierbar. Dies wollten wir aus Datenschutzgründen vermeiden. Wenn LeserInnen also meinen sollten, sie erkennen in einem der nachfolgenden Fallbeispiele eine bestimmte reale Gruppe innerhalb der Partei wieder, so wäre dies lediglich eine Projektion ihrerseits.

Zweitens gestaltet sich die Parteiarbeit in jeder Basisgruppe anders. Aufgrund der starken Heterogenität wäre es wenig zielführend, konkrete Gruppen auszuwählen, die *exemplarisch* oder gar *repräsentativ* für die gelebte Parteienmitgliedschaft in der LINKEN stehen. Im Gegensatz zu konkreten Einzelfalldarstellungen erlaubt die von uns gewählte Vorgehensweise eine Veranschaulichung von typischen Ausprägungsformen von Basisgruppen dieser Partei. Zugleich wird aber nicht vorschnell gänzlich von den konkret erhobenen Fällen abstrahiert. Jedes der folgenden sieben Fallbeispiele fasst also typische Merkmale bestimmter Konstellationen von Parteiarbeit in der LINKEN zu einer *möglichen*, aber gleichwohl real so nicht existierenden konkreten Ausprägung zusammen. Letztlich handelt es sich um *konstruierte* Fälle, da die zugrundeliegenden empirischen Einzelfälle (d.h. die untersuchten Basisgruppen) jeweils in Hinblick auf das Erkenntnisinteresse der Studie literarisch „verfremdet“ und zu einer eigenen Gesamtgestalt „verdichtet“ wurden.

Aus den beiden genannten Gründen enthalten die nachfolgenden Falldarstellungen auch keine Originalzitate aus Gruppendiskussionen respektive Interviews. Weiterhin ist anzumerken, dass wir uns bei der Auswahl der Fallbeispiele auf territoriale innerparteiliche Gruppenzusammenhänge beschränken. Parteiinterne Zusammenhänge wie etwa Arbeitsgemeinschaften, die ebenfalls Bestandteil des Samples sind, werden nachfolgend nicht durch exemplarische Fallbeispiele repräsentiert, da hier die Heterogenität der empirischen Einzelfälle zu groß ist, als dass sich wenige ‚typische‘ übergreifende Muster hätten synthetisieren lassen. Die Erkenntnis-

se aus der Auswertung dieser themenbezogenen Basiseinheiten der Partei fließen aber in den Kapiteln 5 und 6 ein.

4.1 Fall I: Personalschwacher West-Kreisverband in ländlicher Region

Der Kreisverband hat seinen Sitz in einer kleineren Kreisstadt in einer landwirtschaftlich geprägten Region. Über die Stadtgrenzen hinaus umfasst der Kreisverband auch die angrenzenden ländlichen Gebiete und ist deshalb für eine verhältnismäßig große Fläche verantwortlich. Auf Grund der politischen Traditionen der Region ist die Verankerung der LINKEN in der Bevölkerung als eher schwach anzusehen. Mit der Fusion hat die Parteiarbeit vor Ort einen kleinen Aufschwung genommen: Es fanden sich Personen mit linker Identität zusammen, die zuvor bereits politisch aktiv gewesen waren, und die in der Parteigründung eine Chance sahen, ‚wirklich‘ linke Politik betreiben zu können und aus einer als Ghettoisierung empfundenen Lage herauszutreten. Von diesem Anspruch sehen die (wenigen) Aktiven auch zum Zeitpunkt der Erhebung nicht ab. Sie verstehen sich dezidiert als dem linken Flügel der Partei zugehörige GenossInnen. Von dieser Position aus werden Entscheidungen auf der Landes- wie Bundesebene eher kritisch zu Kenntnis genommen und häufig negativ bewertet.

Der Kreisverband umfasst nur ca. 40 Mitglieder, von denen wiederum nicht alle aktiv sind, geschweige denn stetige politische Basisarbeit leisten können. In der Konsequenz ist die alltagspolitische Arbeit auf eine Handvoll Personen verteilt, die dazu große Anstrengungen auf sich nehmen. Die eigene Arbeit ist kaum von greifbaren Erfolgen gekrönt: Den Einzug in die lokalen Parlamente hat man bei den letzten Kommunalwahlen deutlich verpasst. Mithin fehlen dem Kreisverband auch die Ressourcen, die aus dem Fraktionsstatus entspringen. Daraus erwächst das Erfordernis für die Aktiven, vermehrt private Ressourcen einzuspeisen. Letztlich scheint man sich in einem geschlossenen Kreislauf zu befinden, aus dem es kein Entrinnen gibt. Abhilfe kann in dieser Situation nur der Rückgriff auf nächsthöhere Instanzen bieten – man verfolgt aufmerksam das politische Geschäft der Landtagsfraktion und bemüht sich um Unterstützung aus deren Reihen, z.B. in Form von gelegentlichen Vorträgen. Aber auch diesbezüglich vermag es der Kreisverband auf Grund der geringen zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht, öffentlichkeitswirksame Aktionen zu verstetigen. Die Situation der politischen Diaspora resultiert in einer vergleichsweise schwachen Position bei Landesparteitagen und einer nur losen Anbindung an die existierenden Landesarbeitsgemeinschaften.

Das politische Alltagsgeschäft des Kreisverbandes zielt in erster Linie auf die Aufrechthaltung der basalen Existenz. Dabei werden die für den Parteiapparat wichtigen Positionen (Vorstand, Delegierte) primär aus der Motivation heraus besetzt, das eigene Fortbestehen zu sichern. Das stellt zugleich auch einige elementare Funktionen wie die Grundfinanzierung, Öffentlichkeitsarbeit im Internet und persönliche Ansprechbarkeit des Vorsitzenden sicher. Der Besuch von wichtigen landesweiten Treffen der zentralen Parteigliederungen (z.B. dem kommunalpolitischen Forum) wird angestrebt, ohne gesichert zu sein. Auf Grund der Ausdehnung des Kreisverbandes in der Fläche ist schon ein Treffen des Vorstandes mit hohem persönlichem Aufwand verbunden. Das Verfehlen des Einzugs in die kommunalen resp. regionalen Parlamente

kann daher trotz des damit einhergehenden Defizits an materiellen Ressourcen im Hinblick auf die personellen Kräfte in gewisser Weise als ‚Glücksfall‘ gewertet werden: der Kreisverband wäre nicht in der Lage, die entsprechenden Abgeordneten dauerhaft zu stellen, ohne dadurch in der Parteiarbeit eingeschränkt zu werden.

Die Situation birgt die Gefahr, die Randstellung des Kreisverbandes innerhalb der Landespartei zu zementieren und letztlich zu verstärken: Anstrengungen des Landesverbandes bzw. der den Kreisverband betreuenden Abgeordneten stehen unter dem Vorbehalt des effizienten Einsatzes der Mittel und Kräfte – Unterstützung zu erlangen benötigt mehr Einsatz als bei anderen Kreisverbänden. Politisches Umfeld, schwache Ressourcenausstattung vor Ort und geringes Machtpotenzial innerhalb der Partei führen zu einer nahezu isolierten Lage, die in der Tendenz in einen Rückbezug auf sich selbst mündet. Das geht einher mit einer relativen Homogenität der politischen Positionen: sich in diesen Fragen noch Differenzen zu erlauben, grenzte an Selbstaufgabe. Ein negativer Effekt davon sind geringe Entwicklungsmöglichkeiten für potenziell aktivitätsbereite Neumitglieder. Dies wiederum führt tendenziell zu einer Festschreibung der schwachen Personalressourcen.

Die politische Arbeit konzentriert sich somit auf die Mitglieder des Kreisvorstandes. Seine Sitzungen haben neben der Absicherung des administrativen Mindeststandards auch die Funktion einer Selbstvergewisserung des (noch) funktionierenden politischen Zusammenhalts, der den meisten Mitgliedern ja gerade Anlass zum Eintritt war und zum Verbleib ist. Der Charakter der Treffen changiert zwischen Organisationsarbeit und politischem Familientreffen. Die Mitglieder des Vorstandes sind es aber auch, die ganz überwiegend die politische Straßenarbeit leisten, wenn auch in hinsichtlich der zeitlichen Abstände naturgemäß wenig befriedigender Frequenz. Sie stellen die Kandidaten für die Parlamente vor Ort, nutzen ihre Freizeit dazu, lockere Kontakte in andere Kreisverbände zu verstetigen und zeigen sich gelegentlich auch mal in der Landeszentrale der Partei. Letztlich sind es multifunktionale innerparteiliche Mandatsträger ohne wirkliches Hinterland und damit auch politische Akteure ihrer selbst.

Die Einsicht, am (zu) großen Rad der Landespolitik nur wenig drehen zu können, hat zu einer Konzentration auf regional wie kommunal wichtige Themen geführt. Darin zeigen sich die Aktiven kenntnisreich und engagiert, angesichts der tradierten politischen Gemengelage ihrer Region aber auch wenig erwartungsvoll im Hinblick auf Veränderungen. (Auch der Verweis auf den angesichts der evidenten politischen Problemlagen zu erwartenden Systemcrash mutet eher wie ein Hoffnungsfunke an, zu Lebzeiten noch die LINKE als bedeutsamere politische Kraft vor Ort etablieren zu können, als dass es ein realistisches Abschätzen der näheren politischen Zukunft wäre.) Zu einem in der Öffentlichkeit wirksamen Anlaufpunkt, wie er etwa in Bürgerläden in anderen Kreisverbänden gegeben ist, reichen weder materielle noch personelle Ressourcen. Alternativ dazu werden Gelegenheiten wahrgenommen, sich bei öffentlichen Festen oder ähnlichen Veranstaltungen als DIE LINKE zu präsentieren. Das geschieht notwendigerweise eher sporadisch als verstetigt und gründet zumeist in persönlichen Beziehungen. Öffentlichkeit herzustellen ist dennoch im Fokus des Kreisverbandes – neben den Straßenständen setzt man darauf, Sitzungen auch in Kneipen etc. abzuhalten, um sich als ‚normale‘ politische Kraft

zeigen zu können. Der Auftritt in der Öffentlichkeit ist bisweilen unangenehm ob der Anfeindungen durch Passanten – selbst aktuell scheint der dafür sinnfällige Spruch „Geht doch rüber“ aus Zeiten des Kalten Krieges gegenwärtig.

Es kann kaum verwundern, dass in diesem Wissen das Aktivieren bisher passiver Mitglieder schwer fällt und das Gewinnen neuer Mitglieder nahezu unmöglich ist. Wiederum stellt sich eine Art selbstverstärkender Effekt der Schwäche ein, dem die Vorstandmitglieder mit aller – jedoch begrenzten – Macht entgegentreten. Dies ist ihnen möglich, weil sie sich als Vertreter des ‚richtigen Bewusstseins‘ wähnen; insofern entspricht ihre nahezu prekäre Lage der einer Vorhut. Diesem relativ elitären Gedanken verdanken sie ein großes Maß an politischer Kraft – um den Preis der schon angesprochenen Abschottung nach außen.

Im Rahmen der Programmdebatte wurden Passagen zur Bearbeitung ausgewählt, die thematisch zu den vor Ort zu verhandelnden Problemen passten. Den als gelungen und demokratisch bilanzierten Prozess krönten die Aktiven (trotz ihrer hohen Auslastung mit der alltagspolitischen Kärnerarbeit) durch die Erarbeitung eines letztlich erfolgreichen Änderungsantrags, der sowohl ihre Bindung an die Partei stärkte als auch ihre politische Daseinsberechtigung quasi untermauerte. An diesen Beitrag denken die Aktiven zum Zeitpunkt des Interviews mit Stolz zurück. Das Programm selbst verleiht ihnen zusätzliche politische Identität und ein gesteigertes Zugehörigkeitsgefühl – insofern dürfte es sich auch eine nicht geringe Kompensationsleistung im Hinblick auf ihren hohen Einsatz in der politischen Arbeit handeln.

Ihre zeitaufwändigen Kontakte zu anderen Kreisverbänden dienen nicht nur dem Einüben einer erfolgreicherer politischen Alltagsarbeit, sondern versetzen die Protagonisten mental in ein gänzlich anders strukturiertes politisches Umfeld, das für ihre Region auf Jahre hinaus undenkbar ist. Die Beziehungen erlauben so einen Blick in die erwünschte Zukunft auch des eigenen Kreisverbandes – in gewisser Weise leiht man sich den angestrebten Erfolg aus und nimmt zugleich an einer Art Trockenkurs zu realpolitischer linker Alltagspolitik teil.

In der Bilanz halten die insbesondere die Mitglieder des Vorstandes des Kreisverbands in gewisser Weise die Stellung in einem extrem schwierigen Umfeld. Ihren vielfältigen und zum Teil intensiv ausgelebten Aktivitäten tut das keinen Abbruch. Allerdings scheinen die Grenzen dieses Engagements dann durch, wenn zeitliche Rahmen dafür abgesteckt werden und die Übergabe des Staffelstabes an nachfolgende Akteure ins Auge gefasst wird. Dafür fehlen in weiten Teilen die personellen Ressourcen und sind Rekrutierungsversuche erfolglos geblieben, so dass unter Umständen die Gefahr einer Auflösung bzw. das Risiko eines nur noch formal existierenden Kreisverbandes ohne politische Praxis besteht. Das in der Fläche zu verhindern, kann aber nur Aufgabe des Landesverbandes bzw. der Bundesorganisation sein – einzelne Kreisverbände wie der hier vorgestellte wären damit schlichtweg überfordert.

4.2 Fall II: Professionell agierender Stadtverband in industriell geprägter Großstadt Westdeutschlands

Der Stadtverband einer westdeutschen Großstadt, in der sowohl industrielle Ansiedlungen wie Dienstleistungsgewerbe die prosperierende Wirtschaft begründen, hat für westdeutsche Ver-

hältnisse mit mehreren hundert Mitgliedern eine überdurchschnittliche Größe und stellt Mandatsträger in den Stadtteilparlamenten wie im Rat der Stadt in Fraktionsstärke. Schon vor der Fusion bestand ein beachtliches Wählerpotenzial jenseits der SPD und der Grünen für die damalige PDS. Im Fusionsprozess selbst konnten viele Neumitglieder gewonnen werden, von denen allerdings ein Gutteil sich in der Zwischenzeit wieder zurückgezogen hat bzw. nach erfolgter Bereinigung als Beitragsverweigerer ausgeschlossen wurde. Dennoch hat ein starkes Mitgliederwachstum des Stadtverbandes stattgefunden. Die Aktiven setzen sich zum einen aus in der Parteiarbeit erfahrenen Protagonisten zusammen, die aus Enttäuschung über ihre damaligen politischen Organisationen in der Vorphase der sich abzeichnenden Fusion bereits in die damalige Linkspartei.PDS oder die WASG eingetreten sind. Zum anderen handelt es sich um nach dem Fusionsprozess beigetretene Polit-Novizen, die die bundesweite linke Aufbruchstimmung zum Anlass nahmen, sich in einer ihrer politischen Einstellung entsprechenden parteipolitischen Gruppierung aktiv einzubringen.

Innerhalb des Landesverbandes gehört der Stadtverband zu den aktiven und bei Abstimmungen kaum zu übergehenden Playern. Er weiß dieses Potenzial zu nutzen und auch selbstbewusst einzubringen. Dabei wird allerdings darauf geachtet, gegenüber den anderen Stadt- bzw. Kreisverbänden nicht zu dominant zu erscheinen – man will keine Opposition gegen sich befördern, sondern ist an aus der eigenen Sicht insgesamt erfolgsträchtigen Schritten des Landesverbandes interessiert.

Das geschieht vor dem Hintergrund der eigenen Erfahrungen in der Organisations- und Debattekultur: Strömungspolitische Differenzen werden durch proportionale Verteilung von Mandaten und Delegierten entschärft, ohne dadurch negiert zu werden. Mit dieser Vorgehensweise ist es gelungen, eine Volatilität politischer Positionen als andauernde Aushandlung unter allerdings festgelegtem Regelwerk zu etablieren. Sich daran zu halten fällt den Gruppierungen innerhalb des Stadtverbandes leicht, weil das Zugeständnis proportionaler Teilhabe durch die zahlenmäßig dominierende Strömung eine gegenseitige Vertrauensbasis geschaffen hat.

Die Größe des Stadtverbandes macht es erforderlich, sich in Stadtteilgruppen und Arbeitskreisen zu organisieren und regelmäßige Zusammenkünfte auf Stadtebene zu veranstalten. Beide Veranstaltungen sind offen konzipiert, d.h. auch Nichtmitgliedern wird Rederecht eingeräumt. Dabei wird durchaus auf Formalia in der Debatte geachtet, um ausufernde Diskussionen zu verhindern – das führt aber nicht zu gelenkten Debatten, sondern erlaubt die systematische inhaltliche Auseinandersetzung mit einem Thema. Insofern hat sich in solchen Debatten ein pragmatischer und im Großen und Ganzen berechenbarer Stil durchgesetzt, der auf zum Teil langjährige Erfahrungen der GenossInnen in anderen Parteien fußt. Die politische Alltagsarbeit ist auf einen Kreis von Personen konzentriert, der die innerparteilichen Ämter besetzt, ohne daraus Vorteile für die eigene Gruppierung abzuleiten – es existiert eine Art (gelebte) Übereinkunft, das die Funktionsträger für das Ganze verantwortlich sind. Darin findet auch ein geregelter Prozess der Übergabe an Nachfolger statt, der auf eine gezielte Heranführung der Neuen an die Aufgaben abzielt: Ehrenamtliches wie hauptamtliches Personal wird nicht einfach ausgetauscht, sondern mittels eines allmählichen Ablösungsprozesses ersetzt, in dessen Verlauf

die Vorgänger ihre Expertise an die Nachfolger weitergeben. Das führt zu einem kontinuierlichen Parteaufbau, der innerparteilich von wenig Aufgeregtheit gekennzeichnet ist. Die damit nach außen vermittelte Geschlossenheit stärkt wiederum die Stellung des Stadtverbandes im Landesverband.

Im Hinblick auf die Fraktion im Stadtrat besteht ein offenes Delegationsprinzip: die Ratsmitglieder sollen nach Beschlusslage des Stadtverbandes stimmen, können sich aber enthalten, wenn Differenzen bestehen. Die Kommunikation zwischen Fraktionsmitgliedern und den Basisorganisationen wie dem Stadtverband ist eng; sie werden regelmäßig zu kommunalpolitischen Themen angehört. Die absehbare dauerhafte Präsenz einer Fraktion der Partei weckt in der Vergangenheit Begehrlichkeiten auf Kandidaturen, die allerdings durch den strömungspolitischen Proporz kaum Erfolgs versprechend sind; vice versa führt dies zu einer gewissen Zementierung der Personen.

Allein schon auf Grund der relativ großen Fraktion im Rat der Stadt ist mediale Aufmerksamkeit quasi automatisch gegeben. Dennoch betreibt der Stadtverband eine aktive und auf Vernetzung aufbauende Pressepolitik. Dazu gehören auch kulturelle Events, die allerdings daraufhin begutachtet werden, inwieweit sich Aufwand und Ertrag rechnen: muss zu viel Energie investiert werden, um die angestrebten Ziele zu erreichen (z.B. Stadtteilstadt), steht die Fortführung in Frage. Letzten Endes ist jede Aktivität durch ein solches ‚politisches Controlling‘ begleitet; es führt dazu, aus der Menge möglicher Aktivitäten diejenigen herauszufiltern, die voraussichtlich der Partei wie den politischen Prozessen in der Stadt zuträglich sind, auf andere aber gegebenenfalls zu verzichten. Das ist dann kein Diktum gegen solche Veranstaltungen: Sie auch ohne garantierte Unterstützung durch den Stadtverband durchzuführen, steht interessierten Mitgliedern weiterhin offen. Es wurde so eine Einbindung und Aktivierung von Mitgliedern erreicht, die eine gewisse Vielfalt der soziokulturell-politischen Aktionen ermöglicht und diese zudem auf die Schultern einer relativ großen Anzahl von Mitgliedern verteilt.

Im Stadtverband selbst herrscht eine sachliche Atmosphäre vor. Emotionen werden von den Aktiven als hinderlich für die politische Arbeit angesehen. Letztlich geht es jenseits persönlicher Befindlichkeiten darum, vor Ort linke politische Ideen zu verwirklichen und in der Gegenwart wie für die Zukunft gestaltend wirken zu können. Das schließt auch Koalitionen mit politischen Wettbewerbern im linken und linksliberalen Spektrum ein – prinzipielle, ideologisch motivierte Abwehr wird als Verzicht auf Gestaltungsmacht gewertet, auch wenn es keine Kooperation um jeden Preis gibt. Zudem sind viele Mitglieder seit langem in diversen Teilbereichen der Neuen Sozialen Bewegungen aktiv – sie nutzen in diesen ihre Kontakte und treten offensiv als LINKE auf, ohne Stigmatisierungen größeren Ausmaßes zu befürchten. Sie sind in der Normalität der politischen Alltagskultur ihrer Stadt gut verankert.

Der Stadtverband versteht es, landes- und bundespolitische Prominenz zu gewinnen oder sich Expertise einzuholen, indem ausgewiesene Personen etwa für Diskussionsveranstaltungen geworben werden. Solche Vernetzung wird als bereichernder Input für die eigene Arbeit, aber nur bedingt als Direktive für die eigene Positionierung gesehen. Vielmehr hat sich – nicht zuletzt auf Grund der Größe und erfolgreichen Arbeit – ein Selbstbewusstsein etabliert, sich aus

der eigenen Situation in der Metropolregion heraus fundierte politische Positionen zu erarbeiten und als Stellungnahme auch in größere Diskurse (wie der Programmdebatte) einzuspeisen. Die Programmdebatte wurde intensiv mitgetragen und u.a. durch im Stadtverband entwickelte Änderungsanträge bereichert.

Administrativ wird die eigene Expertise langjähriger Parteimitgliedschaft im weit gefassten linken Spektrum eingebracht; man ist vertraut mit den Prozeduren parteipolitischer Entscheidungsfindung und Wahlen, beherrscht die Formalia ordentlicher Sitzungsverläufe, und nahezu alle sozialen Phänomene von interessengeleiteter Gruppenbildung sind wohlbekannt. Zudem ist das zur Verfügung stehende ehrenamtliche Personaltableau so aufgestellt, dass nahezu jede Funktion mehrfach besetzt werden könnte bzw. wenig Einarbeitung notwendig ist. Insofern steht ein hinreichender Unterbau zur Verfügung, der auf Grund individueller Kompetenzen zu hoher Flexibilität in der Lage ist – es handelt sich auch bei den ehrenamtlichen GenossInnen um semiprofessionelle Protagonisten.

Die Größe des Stadtverbandes hat die Effektivität der administrativen Verwaltung wie auch die faktische Durchführung des politischen Austausches der Mitglieder untereinander erschwert und an seine Grenzen geführt. Um die starke Stellung im Landesverband nicht zu gefährden, wurde lokal eine feinmaschige Struktur von Stadteverbänden und Arbeitskreisen gestärkt und eine enge Kommunikation zwischen diesen Basiseinheiten und dem Stadtverband etabliert, so dass bottom-up-Prozesse der Entscheidungsfindung die Einbeziehung einer breiten Mitgliedschaft garantieren. Das entschärft zugleich die in großen Organisationen häufig auftretenden Probleme der Distanz zwischen Basis, Delegierten und Vorständen und etabliert den Stadtverband als ein politisches Räderwerk, dessen Elemente gut geschmiert ineinander greifen.

Der Stadtverband steht exemplarisch für die alltägliche Organisation einer utopischen Realpolitik, die in einem zwar formal konsequenten, dabei aber nicht technokratisch erstarrten Parteilieben stattfindet. Die Balance der strömungspolitischen Pole ist auf diesem Wege gelungen, ohne dass das Ergebnis des Ausfechtens der inhärenten Gegensätze damit bereits vorweggenommen wäre. Die personelle Stärke des Stadtverbandes erlaubt sowohl die Besetzung weiterer parlamentarischer Mandate als auch ein volatiles Engagement einschließlich eines temporären Rückzugs einzelner überbeanspruchter Protagonisten, ohne dass daraus ein Verlust an Handlungsfähigkeit für den Stadtverband resultiert. Insofern steht der Stadtverband begünstigt durch die Mitgliederzahl für einen nachhaltigen Aufbau, kann aber auf Grund seiner befriedenden Binnenpolitik trotz strömungspolitischer Differenzen auch Vorbild für weniger einträgliche Stadt- und Kreisverbände sein.

4.3 Fall III: Lokal agierender Kreisverband in einer westdeutschen Mittelstadt

Der Kreisverband ist in einer Mittelstadt von 90.000 Einwohnern beheimatet und umfasst auch die umliegenden Gemeinden. Die Stadt hat als Standort alter Manufakturbetriebe ihre wirtschaftliche Blütezeit überschritten, kann dies durch den Übergang zu Tourismus und kulturellen Dienstleistungen aber zumindest zum Teil kompensieren. Traditionell politisch konservativ

eingestellt, ist das Umfeld für die LINKE wie auch für eine seit den siebziger Jahren vorhandene linksorientierte Gegenkultur eher schwierig. Dieser Situation begegnete man in der Vergangenheit jenseits der Anbindung an SPD oder Grünen mit einer individuellen Orientierung einzelner Mitglieder zu radikaleren Splittergruppen, zu gewerkschaftlichen Themen und Kontexten oder zum Engagement in den Neuen Sozialen Bewegungen. Insgesamt war die lokale Linke extrem zersplittert und praktisch bedeutungslos. Mit Beginn des Fusionsprozesses zur LINKEN reifte bei vielen lokalen Akteuren die Erkenntnis, vor einer historischen Chance zu stehen – bisherige (politische wie persönliche) Abneigungen wurden beiseite gestellt und ein Versuch unternommen, eine gemeinsame Linie zu treffen. In der Selbstwahrnehmung befindet man sich dabei noch immer in einer Lernphase, es gibt auch ‚Abtrünnige‘, aber insgesamt ist das Projekt DIE LINKE für den Kreisverband ein gelungenes.

Der Kreisverband ist mit knapp zweihundert Mitgliedern eine für den Landesverband mittelgroße Gliederung, er stellt einen Bundestagsabgeordneten, aber keine Landtagsabgeordneten. In Rat der Stadt ist eine kleine Fraktion der LINKEN vertreten. Alle Abgeordneten arbeiten weitgehend unabhängig vom Kreisverband. Im Hinblick auf den Bundestagsabgeordneten wird diese Entkopplung angesichts seiner Aufgaben und Belastungen toleriert. Er kompensiert dies durch materielle Unterstützung für den Kreisverband. Mit den Parteivertretern im Rat der Stadt besteht eine Art Zweiteilung der Aufgaben: Für die Öffentlichkeitsarbeit der Partei zeichnet der Kreisverband verantwortlich; die Stadtratsfraktion orientiert auf die Sachpolitik vor Ort. Insoweit das ineinander greift, agiert man gelegentlich zusammen; im Wesentlichen hat sich die Fraktion jedoch verselbständigt und agiert zwar politisch links von den anderen Fraktionen, aber nicht unbedingt streng entlang der Positionen des Kreisverbandes. Das Abstimmverhalten wie auch die eingebrachten Vorschläge der Fraktion erzeugen partiell Unmut in der Partei, werden aber ob der Sachkompetenz der Fraktion bzw. der mangelnden Expertise der Mitglieder des Kreisverbandes in der Regel letztlich hingenommen.

Zielstellung der kommunalpolitischen Arbeit jenseits der Wiederkehr in den Rat der Stadt in der folgenden Legislaturperiode sind konkrete sachliche Anliegen, die in den Augen der Mitglieder in den Ratssitzungen, die von formalen Entscheidungen im Hinblick auf Bedarfe und Wünsche der Stadtverwaltung dominiert werden, unter den Tisch fallen. So werden Fragen nach der sozialen Stadt aufgeworfen, wird eine Stadtentwicklung in längerfristiger Zukunft gefordert oder die Vergabepolitik der Stadt bei öffentlichen Aufträgen thematisiert. Die stärker konkreten Fragen verbleiben dagegen in der Fraktion, die gleichwohl die konzeptionellen Fragen auch in den Rat tragen soll – parallel zu den öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Partei. Erhofft wird durch dieses Vorgehen die Initiierung eines stadtweiten Diskurses und erst in zweiter Linie ein Bonus für die Partei.

Der Bundestagsabgeordnete finanziert einen jüngst eröffneten Bürgerladen; im Zuge dessen ist eine halbe hauptamtliche Stelle geschaffen worden. Die hauptamtliche Kraft ist für die administrative Arbeit vor Ort zuständig und unterstützt die ehrenamtlichen Funktionsträger in ihren Aufgaben. Zugleich obliegt ihr der Betrieb des als sozialer Treffpunkt konzipierten halböffentlichen Raums. Damit nimmt die Hauptamtliche eine zentrale Stellung innerhalb des Kreis-

verbandes ein; die inhaltliche Arbeit wird aber vom Vorstand bestimmt. Die Mitglieder des Kreisvorstandes haben sehr unterschiedliche politische Orientierungen, die aber zugunsten gemeinsamer politischer Arbeit vor Ort ausgeklammert werden. Auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit ist darin der Wille zur Zusammenarbeit die treibende Kraft – und mit der hauptamtlichen Kraft steht im Zweifelsfall eine klärende Instanz zur Verfügung, der alle Seiten vertrauen.

Der Bürgerladen ist deutlich dominiert von Plakaten der LINKEN, strahlt aber dennoch eher den pluralistische Charme der früheren westdeutschen Treffpunkte der Alternativbewegung aus: Er präsentiert damit die Partei als eine in einem weiteren Spektrum aufgehobene Organisation, erleichtert aber in den Augen der Betreiber auch vielen, ihn aufzusuchen – eine enger gefasste parteipolitische Präsenz wäre eher hinderlich für eine Kontaktaufnahme. Die Räume stehen den sozialen Initiativen vor Ort bei Gelegenheit als Infrastruktur zur Verfügung, und generell sind Mitglieder der Partei auch in solchen Initiativen präsent, was quasi zum Ethos der Mitgliedschaft gehört. In gewisser Weise verdoppelt dieses Zentrum die in der engeren Region schon herausgehobene Position des Kreisverbandes: er ist Leuchtturm in einem liberal-konservativen Meer und bietet noch ein bequemes wie funktionales Turmzimmer.

Mit den erfolgreichen Kommunal- und Bundestagswahlen ist eine gewisse Erschöpfung der aktiven Mitglieder jenseits der aktuellen Vorstandsmitglieder und Mandatsträger eingetreten. Sie haben ihr Engagement im Vergleich zu den Wahlkampfphasen merklich reduziert. Viele kommen momentan nicht mehr regelmäßig zu parteiinternen Treffen, stehen aber für öffentlichkeitswirksame Einzelaktionen überwiegend noch zur Verfügung. Im Hinblick auf kommende Wahlen wird von einer breiten Reaktivierbarkeit dieser Mitglieder ausgegangen. Dies ist auch vonnöten, weil die Wahlerfolge nicht zu einer nachhaltigen Steigerung der Mitgliederzahlen geführt haben. In Hinblick darauf wird insbesondere versucht, GewerkschafterInnen als potenziell Interessierte anzusprechen und zu gemeinsamen Aktionen zu bewegen – dies gestaltet sich zum Teil durch politisch-persönliche Animositäten früherer Jahre als schwierig, ist aber nicht durchweg vergeblich.

Durch den Bundestagsabgeordneten ist man gegenüber anderen Kreisverbänden privilegiert. Das betrifft sowohl dessen zusätzliche materiellen und personellen Ressourcen als auch die Anbindung an die Bundespolitik. Der Abgeordnete fühlt sich allerdings verpflichtet, auch die umliegenden Kreisverbände persönlich zu unterstützen, was für ihn zu einem permanenten Überarbeitungszustand führt. Weil die von ihm in der Bundestagsfraktion vertretenen Themen für den Kreisverband wenig relevant sind, besteht eine gewisse inhaltliche Distanz. Sie wird von den Aktiven des Kreisverbands deshalb toleriert, weil sie die Notwendigkeit eines flächendeckenden Aufbaus anerkennen und so zu solidarischem Handeln bereit sind.

Die Programmdebatte hat der Kreisverband sehr offen geführt und dazu partiell nicht nur parteiintern, sondern im Hinblick auf die interessierte linksaffine Klientel eingeladen. Der Prozess fand überaus großen Anklang unter den GenossInnen und wird als wichtiger Meilenstein einer Konsolidierung der noch jungen Partei gewertet. Kurz vor dem Erfurter Parteitag erhofft man sich einen erneuten Mitgliederschub, der für die zukünftige Arbeit als unabdingbar gesehen

wird – nicht zuletzt auch deshalb, weil zur Aufrechterhaltung des Aktivitätslevels eine gesicherte Finanzierung stehen muss. Aus diesem Grund werden auch die Landesarbeitsgemeinschaften aus den Reihen des Kreisverbandes nur sporadisch bedient – man versucht die verbleibende Kraft zu kanalisieren und bringt sich eher formal denn wirklich inhaltlich ein, sofern nicht individuelle Bereitschaft zur vertieften Auseinandersetzung besteht. In der Konsequenz weiß man zwar um viele Debatten, kann sie selbst aber kaum forcieren.

4.4 Fall IV: Personelles Oligopol im Kreisverband eines westdeutschen Regionalzentrums

Der Kreisverband befindet sich in einer westdeutschen Universitätsstadt mit verhältnismäßig junger Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftlich stagniert. In den sechziger bis achtziger Jahren ging ein Großteil der Industrie verloren, neues Dienstleistungsgewerbe siedelt sich nur verhalten an, und so ist die nur regional bedeutsame Universität zum eigentlichen Motor der Stadtentwicklung geworden. Die linke politische Hemisphäre der Stadt ist eher ein Häufchen loser Mosaiksteine denn ein festgefügtes Mosaikbild.

Der Kreisverband gehört zu den größeren im Landesverband; er verfügt über ein gutes Renommee und gilt als einer der gut funktionierenden Kreisverbände. Trotz seiner Größe steht er vor finanziellen Engpässen, die mit seiner Ausdehnung über die eigentliche Stadt hinaus zu tun hat.

Die politische Arbeit im Kreisverband wird im Wesentlichen von einer Handvoll Aktiver erbracht, die weitgehend deckungsgleich mit dem Kreisvorstand sind. Mit Unterstützung der Landtagsabgeordneten des Kreisverbandes wurde ein Bürgerbüro eingerichtet. Die dort tätige halbe hauptamtliche Kraft koordiniert die administrativen Belange des Kreisverbandes. Sie ist zugleich auch die einzige Mandatsträgerin der LINKEN im Stadtrat und nimmt auch in den Gremien der lokalen Partei eine fokale Position ein.

Im Bürgerladen selbst werden Materialien der Partei zur Verfügung gestellt und regelmäßige Öffnungszeiten als Beratungsstunde vor allem für Hartz-4-Bezieher abgehalten – die Aktiven verstehen die LINKE dezidiert als ‚Kümmerer-Partei‘. Zwar als offener Treffpunkt gedacht, ist es der Einrichtung aber nicht wirklich gelungen, eine Anlaufstation für die anvisierte Klientel zu werden. Das ist zum einen der etwas randständigen Lage des Bürgerladens geschuldet und zum anderen der Tatsache, dass der Bürgerladen ausschließlich mit Partei-Insignien ausgestattet ist. Daraus resultiert eine Eintrittshürde für Hartz-4-Bezieher, die sich der LINKEN nicht nahe fühlen. Letzteres ist im Kreisverband eine kontrovers diskutierte Frage: Soll man selbstbewusst als politischer Akteur auftreten oder einen möglichst offenen Kommunikationsraum für Linksaffine und Bedürftige gleichermaßen schaffen? In dieser Hinsicht ist der Kreisverband eher verunsichert denn zerstritten. Was für die Partei vor Ort der bessere Weg ist, scheint ungewiss; Experimente scheinen aber zugleich angesichts des dürftigen Ergebnisses bei der letzten Kommunalwahl risikoreich. Daher wird versucht, beide Pfade parallel zu beschreiten, was allerdings praktische Folgeprobleme bereitet.

Auch die Idee, mit Rederecht für Nichtmitglieder einen offenen Kreisverband zu etablieren, ist zwar nicht gescheitert, findet seine Grenzen aber in Formalien wie der vorherigen Absprache von Eingaben, Anträgen etc. Hier befindet sich jenseits bloßer organisatorischer Bedingungen (wie Redezeiten) das hoheitliche Recht der Partei auf Gestaltung ihrer Debatten im Gegensatz zu offenen Diskussionskulturen, die für die Besucher wahrscheinlich interessanter wären. Im Resultat findet ein Austausch zwischen Kreisverband und Nichtmitgliedern daher allenfalls dann statt, wenn die Partei explizite Einladungen an konkrete Personen jenseits der eigenen Mitgliedschaft ausspricht. Das Verfahren wird eher kritisch bilanziert. Zu einem stärker offenen Vorgehen kann man sich dennoch nicht entschließen, um Steuerungsverluste zu vermeiden. Im Resultat haben sich Inner-Circle-Strukturen etabliert, die partiell auch die Mitgliedschaft selbst betreffen: Im Vorfeld von Sitzungen wird Politik qua Organisationsmacht des Vorstands betrieben.

Das einzige Ratsmitglied der LINKEN hat sich mit VertreterInnen anderer lokaler politischer Organisationen zu einer Fraktion zusammengeschlossen. Jenseits dieser formalen Kooperation findet gemeinsame inhaltliche Arbeit jedoch kaum statt – was sich in der Beziehung zum Kreisverband fortsetzt: das Ratsmitglied ist eine Art Einzelkämpfer, der zwar eine Bringepflicht in die Partei hinein hat (Berichte, Anträge etc.), aber von den GenossInnen in der konkreten Parlamentsarbeit selbst kaum Unterstützung erfährt. Zur Kompensation hat er sich mit einem Kreis Gleichgesinnter umgeben, die überwiegend nicht Parteimitglieder sind. Sie stellen eine Art Think tank auf kommunalpolitischer Ebene dar, von der die Arbeit der Partei im Kommunalparlament profitiert. Im Resultat führt dies allerdings zu einer gewissen Distanz zwischen gewählten Vertreter und Parteigremien vor Ort, die auf der Enttäuschung über mangelnde Unterstützung basiert.

Ein weiterer Ankerpunkt des Kommunalparlamentariers ist die einheitliche strömungspolitische Zugehörigkeit, mit der eine landesweite Vernetzung gelungen ist. Diese ist zwar in der alltäglichen politischen Auseinandersetzung vor Ort weniger relevant; sie nützt aber der eigenen Vergewisserung um die politischen Positionen.

Im politischen Spektrum der Region grenzt sich der Kreisverband von altlinken und radikalen Gruppierungen ab. Deren Protagonisten haben während des Fusionsprozesses von WASG und PDS ihre Positionen nicht durchsetzen können und sind folglich in ihren alten Verbänden verblieben. Letzten Endes haben sich tradierte politische Konfliktlinien verhärtet. In der Mitgliedschaft mischen sich sozial Benachteiligte mit politisch aktiven gut situierten Linken; innerhalb des Verbandes sind aber letztere dominant. Die damit implizit verbundene, auf Grund der unterschiedlichen Kompetenzen verfestigte Position der Stellvertretung von Ansprüchen (der sozial Benachteiligten durch die gut Situierten) ist zwischenzeitlich zu einer Belastung der gemeinsamen Arbeit geworden: einige der sozial benachteiligten GenossInnen sind ausgetreten – was die sowieso auf wenigen Schultern lastende Parteiarbeit letztlich aber kaum berührte.

In den örtlichen sozialen Bewegungen und lokalen Gewerkschaften wird die LINKE überwiegend ausgegrenzt. Das wird allenfalls durch persönliche Beziehungen von Parteimitgliedern zu anderen politisch Aktiven überwunden. Auch treffen Landes- und Bundeskampagnen die Prob-

lemlagen vor Ort nur wenig und können durch den Kreisverband kaum auf die lokalen Verhältnisse ‚übersetzt‘ werden, so dass man in der lokalen Öffentlichkeit als eine Art politischer Fremdkörper wahrgenommen wird. Die Existenz der LINKEN wird zwar registriert; aber die Partei muss sich dafür immer wieder im Stadtrat, in der kommunalen Öffentlichkeit und medial in Szene setzen. Man steht zwar weit besser da als konkurrierende linke Gruppierungen, aber im Hinblick auf die etablierten Parteien vor Ort gelingen jenseits punktueller Koalitionen bei Abstimmungen in Sachfragen keine weitergehenden Kooperationen: die LINKE ist immer noch das Schmuttelkind.

Sowohl strömungspolitisch als auch in Bezug auf die Landes- bzw. Bundesebene setzt sich dieser Flaschenhals der politischen Alltagsarbeit im Kreisverband fort. Die wenigen Protagonisten kennen sich seit langem aus der politischen Arbeit jenseits von Parteien, wissen um Fähigkeiten und Beschränkungen hinsichtlich spezifischer Aufgaben und sind so ein eingespieltes Team mit guten Kontakten in den Landesverband hinein. Es gelingt ihnen, mit den zur Verfügung stehenden Kräften effektiv Politik im Alltag zu organisieren. Inhaltlich offene Debatten (z.B. zur ökonomischen Lage Einzelner und innerparteiliche Machtverhältnisse) werden durch einen solchen Pragmatismus aber bisweilen unmöglich. Der erkannten Gefahr eines politischen Inzests wird durch eine gezielte Nachwuchsförderung zu entgehen versucht, der allerdings ein deutlicher Bias homogener Politikstile innewohnt – Störungen des fragilen Gebildes gelingender Parteiarbeit durch Offenheit gegenüber Experimenten im Politikstil werden vermieden.

Die Programmdebatte wurde als einigender Akt der Parteifindung begrüßt und in aller Breite auch im Kreisverband geführt. Zu konkreten Vorschlägen ist es nicht gekommen, da deren Ausarbeitung die Kräfte der wenigen Aktiven überschritten hätte – man hat sich in ähnlichen Verbesserungen anderer Kreisverbände wiedergefunden und auf zusätzliche Interventionen verzichtet. Das Ergebnis gilt als tragfähiger Kompromiss, der die Einheit der Partei zwar nicht garantieren, aber festigen werde.

4.5 Fall V: Mitgliederschwacher Stadtverband einer ostdeutschen Kreisstadt in ländlicher Region

Der Stadtverband dieser Kreisstadt eines Landkreises in Ostdeutschland hat ca. 80 Mitglieder, die nach Stadtteilen in sieben Basisorganisationen untergliedert sind. Viele Mitglieder des Stadtverbandes waren schon zu DDR-Zeiten in der SED. Ein Großteil der Aktiven unter ihnen gehörte in der DDR der sozialistischen Dienstklasse auf unterschiedlichen Hierarchieebenen an. Es handelt sich um GenossInnen, die auch heute noch vom historischen Sieg des Sozialismus überzeugt sind und die nach der Wende, als die bestehenden Basisstrukturen der SED auseinanderfielen und zunächst starke Orientierungslosigkeit herrschte, die Partei „am Leben hielten“. Insgesamt ist die Mitgliederzahl seit der Wende rückläufig. Insbesondere in den letzten Jahren gibt es einen deutlichen Mitgliederschwund, da zunehmend hochbetagte Mitglieder austraten bzw. verstarben und viele junge Leute in die naheliegende Universitätsstadt weggezogen, um ein Studium aufzunehmen. Momentan gibt es ein Generationenloch der 40-50jährigen. Nur ein paar Enddreißiger und eine sehr kleine Jugendgruppe gehören dem Stadt-

verband an. Das Durchschnittsalter liegt gegenwärtig deutlich über 60 Jahren und drei Viertel der Mitglieder sind Rentner. Es können nur wenige neue Mitglieder gewonnen werden.

Die Parteifusion 2007 ging an dem Stadtverband „spurlos vorbei“. Nur vereinzelt kamen WASG-Mitglieder hinzu, die aber bis heute keine Machtposition besetzen und ohne Einfluss innerhalb der Partei sind.

Bei den letzten Kommunalwahlen erhielt DIE LINKE in der Stadt gut 30 Prozent der Wählerstimmen. Der Wahlerfolg konnte jedoch nicht in eine gestaltende Politik umgesetzt werden, da sich andere Parteien im Stadtparlament zu einer Koalition gegen die LINKE zusammenschlossen.

Einige Basisorganisationen treffen sich regelmäßig einmal pro Monat, während in anderen neben einer Mitgliederversammlung im Jahr eher sporadische Treffen stattfinden. Der Stadtverband organisiert neben der halbjährlich durchgeführten Mitgliederversammlung regelmäßig kleinere Veranstaltungen, in denen es vorrangig um politische Themen geht. Hierbei gibt es verschiedene Veranstaltungsformate, wie einen „politischen Frühschoppen“ mit Referenten aus dem Landesverband der Partei oder ein jährlich stattfindendes „Hoffest“. In der Regel finden diese Veranstaltungen des Stadtverbands in der Geschäftsstelle statt.

Auch die Integration der Älteren innerhalb der Partei und Formen der Altmitgliederbetreuung werden als zentrale Tätigkeitsfelder des Stadtverbands genannt. Immer mehr GenossInnen können am Geschehen des Stadtverbands nicht mehr aktiv teilnehmen. Die Seniorentätigkeit ist ein Schwerpunkt der Parteiarbeit vor Ort. Innerhalb des Stadtverbands hat sich die AG Senioren mit ca. 20 Mitgliedern, die meisten über 70, gegründet, da die sozial-räumliche Strukturierung der Basisorganisationen nach Wohnort für sie ungünstig ist. Die Arbeit in der AG ist entsprechend der Bedürfnisse ihrer Mitglieder ausgerichtet. Es werden in erster Linie regelmäßige Veranstaltungen zur kommunistischen Traditionspflege durchgeführt (u.a. Besuche von Widerstands-Gedenkstätten) sowie Informationsveranstaltungen mit externen Referenten zu speziellen Themen, wie etwa zur Sicherheit und Gesundheitsversorgung älterer Bürger und Veränderungen der regionalen Infrastruktur aufgrund der demografischen Veränderungen. Zu diesen Veranstaltungen kommen der feste Kern der AG sowie weitere Sympathisanten. Es gibt zudem eine enge personelle Verflechtung zwischen dieser AG und der Ortsgruppe der „Volks-solidarität“.

Von den gut organisierten Senioren gehen starke Bemühungen aus, ihre Belange zum zentralen Thema der Parteiarbeit zu machen. Kritisiert wird von ihnen, dass das Thema Alter und neue Altersbilder sowohl auf Bundesebene der Partei als auch in den weiteren Strukturen bis hinein in den Stadtverband zu wenig Beachtung finden. Selbst seriöse wissenschaftliche Untersuchungen zur Lage der älteren Bevölkerungsgruppen, wie z.B. der aktuelle Altenbericht 2011 der Bundesregierung, würden von manchen Parteimitgliedern abgewertet.

Die Wahlen der Mandats- und Funktionsträger im Stadtverband laufen eher unaufgeregt ab. Kampfabstimmungen kennt man hier nicht, vielmehr ist man auf eine („von oben“) organisierte Kandidatenaufstellung geeicht. Dies hat nicht zuletzt einen habituellen Hintergrund, der aus der politischen Sozialisation in der SED herrührt. Die älteren Parteimitglieder üben eine ausge-

sprochene Zurückhaltung, wenn es darum geht, sich im Postengerangel gegen andere durchzusetzen. Auch die persönliche Erfahrung nach der Wende, öffentlich angegriffen zu werden, wenn man für die PDS aktiv war, beförderte bei nicht wenigen Mitgliedern die Mentalität „die Hände nicht hochzureißen“. Wie im gesamten Flächenland, besteht auch für diesen Stadtverband das akute Problem, dass sich nicht genügend qualifizierte Mitglieder bereit erklären, ein Mandat bzw. eine Funktion (im Rahmen der ehrenamtlichen Parteiarbeit) zu übernehmen.

Der Stadtverband nutzt die Räumlichkeiten des Wahlkreisbüros des Landtagsabgeordneten. Das Büro ist der zentrale Anlaufpunkt der Partei, und hier finden in der Regel auch die Veranstaltungen statt.

Die Mitgliederentwicklung im Stadtverband ist ein Problem. Die sich verringernden Mitgliederzahlen konnten bisher durch erhöhte Arbeit aller Mitglieder kompensiert werden. Allerdings wird dies nicht mehr lange durchzuhalten sein. Möglicherweise werden bereits die kommenden Wahlkämpfe 2013 und 2014 schwerer zu bewältigen sein. Unklar ist, wie Infostände personell betreut und Plakataktionen durchgeführt werden können. Zur Partei kommen nur Einzelne. Gelingt es, Jugendliche zu interessieren und an den Aktivitäten des Stadtverbands zu beteiligen, wandern diese jedoch nach dem Abitur, mit dem Studium, der Ausbildung oder mit dem Berufseinstieg ab. Sie brechen zwar nicht für die gesamte Partei, aber für die Partei vor Ort weg. Eingeschätzt wird von den Stadtverbands-Mitgliedern, dass mit den traditionellen und früher bewährten Methoden kaum neue potentielle Mitglieder angesprochen werden. Daher bedürfe es anderer und modernerer Methoden (ersetzend oder ergänzend). Vor allem aber fehle es an personeller Kapazität und Know How. Viele Mitglieder sind zu alt, um sich stärker an die junge Generation (z.B. Abiturienten) zu wenden und sie zu gewinnen. In Einzelfällen gelingt das, aber es reiche, so die vorherrschende Meinung innerhalb der Basis, nicht aus.

Auch wenn die Wahlen innerhalb des Stadtverbands, wie oben beschrieben, eher unaufgeregt abgehalten werden, ist der Umgang der Mitglieder untereinander nicht immer harmonisch. Es gibt „tiefe Gräben“, die aus der Vergangenheit herrühren. Bestehende Unstimmigkeiten werden nicht ausdiskutiert, sondern bleiben im Raum stehen. Konflikte werden nicht offen ausgetragen, sondern nur befriedet. Zudem versuchten Einzelpersonen, Einfluss innerhalb des Stadtverbandes auszuüben. Die Mitglieder reagieren etwas hilflos, wenn „*schwierige Personen*“ versuchen, „*das Ruder an sich zu reißen*“. Letztendlich sind sie froh, wenn es angesichts der Querelen überhaupt gelingt, Beschlüsse zu fassen.

Aus der mangelnden Diskussionskultur und damit einhergehender Konfliktvermeidungspraktiken resultieren Blockaden bei innerparteilichen Entscheidungs- und Richtungsfindungsprozessen. Mediatoren oder entsprechend auf Problemlösung geschulte Mitglieder stehen nicht bereit.

Die Tendenz, sich Konfliktsituationen möglichst zu entziehen, zeigt sich aktuell bei der Parteiführung des Stadtverbands. Einem Fraktionsmitglied des Stadtparlaments werden ein autokratischer Führungsstil und Karriereambitionen vorgeworfen. Allerdings vermeidet die Parteiführung eine Konfrontation. Stattdessen macht sich eine kollektive Verweigerungshaltung breit

und es wird ein „stilles Mobbing“ gegenüber dem Fraktionsmitglied praktiziert. Bei den wenigen aktiven Mitgliedern der mittleren Generation (30- bis 50jährige) macht sich aufgrund der mehrfach erlebten Führungs- und Positionierungsschwäche des Vorstands eine resignative Haltung bemerkbar.

Die Kommunikationswege innerhalb des Stadtverbands erweisen sich vielfach als nicht effektiv. Ein Großteil der älteren Mitglieder nutzt kein Internet, so dass Benachrichtigungen per E-Mail sie nicht erreichen. Der Stadtverband verfügt zwar über eine eigene Internetseite, diese wird allerdings nicht gepflegt und aktualisiert. Es fehlen internetaffine Mitglieder, die sich des Aufbaus einer Webpräsenz des Stadtverbands annehmen würden. Zudem sehen viele Mitglieder im Seniorenalter keine Dringlichkeit für eine solche Aufgabe. Da es ohnehin mehr als genug zu tun gibt, bleibt die mediale Präsenz auf der Strecke.

Obwohl es sich um einen vergleichsweise mitgliederschwachen Stadtverband handelt, weist dieser einen hohen Aktivitätsgrad auf. Die Parteiarbeit lastet auf den Schultern von wenigen erfahrenen älteren Mitgliedern. Dieser „harte Kern“ ist ehrenamtlich sehr aktiv und hat eine langjährige Routine in der Parteiarbeit. Die Stadtverordneten der LINKEN sind mit dem Stadtverband eng vernetzt. So sind Stadtverordnete nicht nur in den Basisorganisationen, sondern auch im Stadtvorstand vertreten. Die Stadtverordneten stellen ihre Tätigkeit und Themen in größeren zeitlichen Abständen im Stadtverband vor und diskutieren sie mit den Mitgliedern. Soweit dies möglich ist, werden Themen und Vorlagen der Fraktion vorher im Vorstand des Stadtverbands besprochen. Häufig gelingt die Abstimmung aber aus Zeitgründen nicht, weil z.B. Vorlagen in der Stadtverordnetenversammlung erst eine Woche vorher verteilt werden. Die Konzentration der Parteiarbeit und der Kommunalpolitik auf wenige Stadtverbandsmitglieder fordert ihren Tribut in Form von Überlastungs- und Erschöpfungssyndromen.

Der Programmwurf der Partei wurde in einzelnen Arbeitsgruppen besprochen und Änderungswünsche wurden formuliert. Der Stadtverband hat insgesamt zwei Veranstaltungen zum Programm organisiert. Letztlich fand nur eine schwache Auseinandersetzung mit der Programmdebatte statt und Einflussnahme wurde nicht angestrebt. Kritik wird von den Mitgliedern am Prozess der Debatte geübt, vor allem an dem hinterlassenen Eindruck des Bundesvorstandes, dass zwar eine Debatte angeregt wurde, aber kein wirkliches Interesse an Kritik bestand. Letztlich wird aber das Programm als Kompromisslinie von den Befragten positiv eingeschätzt. Insbesondere die älteren Genossen sehen ihre Erwartungen im Programm weitestgehend erfüllt. Wichtig für sie ist, dass als strategisches Ziel der LINKEN der demokratische Sozialismus formuliert wurde.

4.6 Fall VI: Überalterte, professionell arbeitende Basisorganisation in ostdeutscher Großstadt

Die Basisorganisation hat ca. 60 eingeschriebene Parteimitglieder, von denen die meisten über 70 Jahre sind. Sie hat sich 1990 gegründet, nachdem sich die PDS als Nachfolgepartei der SED neu formierte. Seit dieser Zeit ist der jetzt 65jährige Vorsitzende im Amt. Mitte der 90er Jahre nahm der Aktivitätsgrad der BO merklich ab. Dies hing damit zusammen, dass ein Großteil der

30- bis 40jährigen vormaligen Aktivposten der Parteiarbeit sich beruflich etablierte und aus dem Stadtteil wegzog. Die Parteifusion 2007 wurde von den älteren GenossInnen weniger als Chance angesehen, dass frischer Wind in die BO kommt. Vielmehr gab es unter ihnen eine ausgeprägte Abwehrhaltung und starke Vorbehalte gegenüber den WASG-Mitgliedern. Sie sahen die Geschlossenheit und Einheit *ihrer* Partei gefährdet. Letztlich verblieb kein einziges vormaliges WASG-Mitglied nach der Fusion in der BO.

Trotz der missglückten Parteifusion vor Ort, der personellen Abgänge in den 1990er Jahren und des Rückzuges vieler hochbetagter GenossInnen in den letzten Jahren ist die BO momentan gut aufgestellt, was Professionalisierungsgrad, Kompetenzen und ehrenamtliches Engagement angeht. So gibt es klar verteilte Aufgabengebiete (wie Kommunalpolitik; inhaltliche Ausrichtung; Mitgliederverwaltung und -begleitung; Außenwirkung etc.).

Finanziell steht die BO gut da und unterstützt mit den Mitgliedereinnahmen auch die übergeordneten Parteistrukturen. Zu den Veranstaltungen, die im Sechs-Wochen-Rhythmus durchgeführt werden, kommen jeweils ca. zwei Dutzend Mitglieder.

In den monatlich stattfindenden Treffen wird über Bundes-, Landes- und Bezirkspolitik und die aktuelle politische Lage diskutiert. Versucht wird, regelmäßig externe sachkompetente Personen einzuladen. In den BO-Versammlungen geht es auch um Rückmeldungen an die übergeordneten Parteistrukturen, wenn die BO-Mitglieder mit bestimmten Dingen nicht einverstanden sind.

Zu den weiteren Aktivitäten der BO gehört die Beteiligung an Wahlkämpfen. In der „heißen Phase“ finden die Treffen häufiger statt und es werden gemeinsam mit BO's benachbarter Stadtteile Plakataktionen, Infostände und Pressearbeit durchgeführt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Parteiarbeit ist die Mitgliedergewinnung. Hierzu wurden in der Vergangenheit Neumitglieder-Seminare durchgeführt, die den Charakter von Kennlernrunden hatten. Allerdings werden diese als weniger erfolgreich bilanziert, da nur vereinzelt Interessierte in der BO geblieben sind. Die wenigen Neumitglieder spalten sich in zwei Gruppen auf. Während sich die einen – oftmals mit einem solid- oder Antifa-Hintergrund – an den von der BO durchgeführten öffentlich wirksamen Aktivitäten beteiligen, wollen die anderen nicht aktiv sein. Diese Gruppe fühlt sich den Zielen der Partei nahe, zahlt Beitrag und besucht gelegentlich Veranstaltungen. Gemessen an der Gesamtmitgliedsstärke ist die Anzahl der neu eingetretenen Mitglieder aber bislang äußerst gering.

In den letzten Jahren hat man an Einfluss im Stadtteil gewonnen. Oftmals sind Mitglieder der BO Initiatoren von Aktivitäten. Den Mitgliedern gelingt es, kommunale und teilweise gesamtstädtische Themen aufzugreifen und Veränderungsprozesse in Gang zu setzen. Die BO hat einen spürbaren Beitrag für ein politisiertes Klima im Stadtteil geleistet. Es gingen von ihr Impulse aus, relevante Themen und Probleme auch vor dem Hintergrund von sozialer Gerechtigkeit zu diskutieren und klare Positionen gegen Rechtsextremismus und für die Integration von Zuwanderern einzufordern.

Zudem wurden öffentliche Veranstaltungen, wie etwa Kiezfeste, veranstaltet. Hierbei wurden Vereine in die Durchführung mit einbezogen. Der BO ist es wichtig, Verbundenheit der Partei mit

den Einwohnern, lokalen Vereinen und lokalen und regionalen Initiativen zu zeigen. Die Aktiven gehen ganz bewusst unter die Einwohner. Sie sind auch in Sportvereinen, sozialen Vereinen, Gewerkschaft und lokalen Initiativen aktiv.

Unter den Einwohnern des Stadtteils gibt es ein Interesse für linke Politik und Lösungsvorschläge der LINKEN aus der Erfahrung heraus, dass andere Parteien oft keine oder keine befriedigenden Antworten und Lösungsvorschläge für die Probleme anbieten können. Das Engagement der BO hat zu einer Aufwertung der Partei in der Bevölkerung geführt. Dies hat sich auch bei der letzten Kommunalwahl gezeigt.

Die gegenwärtige personelle Besetzung der BO-Leitung, das sehr hohe Engagement der aktiven Mitglieder und die finanziellen Möglichkeiten erlauben es, die Aktivitäten auf relativ hohem Niveau zu halten. Es wird aber zunehmend schwerfallen, öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wie bisher durchzuführen.

Parteiintern hat die BO aufgrund der Eigenaktivitäten einen guten Ruf auch über den Stadtverband hinaus. Durch persönliche Kontakte ist sie sehr nah dran an Parteivorständen und dem Informationsfluss der Partei bis hin zur Landespartei. Das Wahlkreisbüro eines Bundestagsabgeordneten kann von der BO mit genutzt werden. Hier finden auch öffentliche Veranstaltungen statt.

Die Delegierten der BO bringen auf Parteitagen häufig eigene Anträge ein, so auch auf Ebene des Landesverbandes zur strategischen Ausrichtung der stadtpolitischen Arbeit der Partei. Eine kleine, gut organisierte Gruppe innerhalb der BO strebt auch eine programmatische Einflussnahme in der Partei an. Hierzu werden die Routinen der parteiinternen Entscheidungsprozesse genutzt. Neben Anträgen auf Parteitagen verfasst man offene Briefe und Stellungnahmen zu brisanten Themen. So wurde der Geburtstagsbrief an Fidel Castro nicht etwa als inhaltliches Problem angesehen, weil damit von der Parteiführung ein falsches Signal gesetzt wurde, sondern es wurde öffentlich kritisiert, dass einige Genossen diese Solidaritätsgrüße an und für sich zum Problem erklärten und damit ein zerrissenes Bild der Partei nach außen offenbarten. Letztlich müsste die Partei geschlossen auftreten und wieder sichtbar gesellschaftliche Kernthemen besetzen. Von anderen Basis-Mitgliedern werden diese Positionierungen und die damit verbundenen Aktivitäten der Gruppe zwar beargwöhnt, aber letztlich toleriert.

Im Vorfeld des Erfurter Parteitages wurde ein Jahr lang intensiv eine Programmdiskussion durchgeführt. Es fanden fünf Mitgliederversammlungen gemeinsam mit anderen BO's und der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Auf jeder dieser Veranstaltungen wurde ein Programmbestandteil diskutiert. Themen waren der demokratische Sozialismus, das kapitalistische Wirtschaftssystem und Bankensystem, die Geschichte der Partei und Seniorenpolitik. Aus der Sicht der Mitglieder übertraf das Ergebnis des Parteitages die Erwartungen vieler, insbesondere in Hinblick auf die Sachlichkeit der Diskussionen und dass es zu keinem Zerwürfnis kam. Die Partei sei insgesamt gewachsen, so das einmütige Urteil.

Die Sitzungen der BO werden von dem Vorsitzenden, der zugleich Fraktionsführer im Kommunalparlament ist, geleitet. Es gibt für jede Sitzung eine straff organisierte Tagesordnung. Mitgliederversammlungen werden – worauf sehr viel Wert gelegt wird – nach Parteistatuten

durchgeführt. Auch die Themenfindung für die einzelnen Sitzungen ist hochgradig formalisiert. Es wird jeweils die Agenda für das nächste Treffen vorgeschlagen, wobei der Vorsitzende maßgeblich Einfluss nimmt und die Themen selbst vorbereitet. Diese Vorgehensweise garantiert eine Verlässlichkeit und einen geregelten Ablauf der Sitzungen, verhindert aber auch eine lebendige Debattenkultur unter den Mitgliedern. Insbesondere Jugendliche sind an einer regelmäßigen Sitzungsteilnahme nicht interessiert.

Wichtiger als die Sitzungen ist den meisten aktiven Mitgliedern die praktische Parteiarbeit vor Ort. Es gibt unter ihnen die Motivation, etwas voranzubringen. Man wartet nicht auf Weisungen von oben, sondern will selbst aktiv werden. Diese ausgeprägte intrinsische Motivation führt zu dem hohen Aktivitätslevel der Parteiarbeit vor Ort.

Die Außenwirkung der BO erfolgt weitgehend über die personelle Präsenz und Vernetzung der Mitglieder im Stadtteil und ihre Aktivitäten sowie das Agieren der Fraktionsmitglieder im kommunalen Parlament. Intern sorgt ein E-Mail-Verteiler für den Informationsfluss. Zudem wird mit anderen BO's eine gemeinsame Zeitung alle zwei Monate herausgeben und an die Genossen über Briefkastenaktionen verteilt. Diese Zeitung enthält aktuelles Infomaterial und Veranstaltungshinweise der Partei.

4.7 Fall VII : Zusammenschluss von jüngeren Parteimitgliedern in einer ostdeutschen Großstadt

In der Stadt gibt es schon seit Jahren eine aktive linke Szene unter Jugendlichen. Die Leitung des Stadtverbands der LINKEN unterstützt verschiedene Gruppen dieser breiten Szene durch finanzielle Zuwendungen, Beratung und Bildungsveranstaltungen. Die Geschäftsstelle, die von einem Bundestags- und einer Landtagsabgeordneten gemeinsam unterhalten wird, steht auch den Jugendlichen zur Verfügung. SOLID unterhält in den Räumlichkeiten sogar ein eigenes Büro. Während es dem Stadtverband gelingt, passgenaue Angebote für die linksaffinen Jugendlichen zu machen, vermag er nicht, jene, die in die Partei eintreten, auch dauerhaft an die Parteiorganisation zu binden. Problematisch ist insbesondere die Integration jüngerer Neumitglieder in die Basisorganisationen – deren aktive Mitglieder sind in der Regel älter als 45 Jahre. Die Parteiarbeit konzentriert sich hier sehr stark auf regelmäßig abgehaltene Mitgliederversammlungen, in denen vor allem programmatische Debatten um die Ausrichtung der Partei angesichts der wahrgenommenen gesellschaftlichen Krisensymptome geführt werden. Diese Debatten gehen an den Themensetzungen, Problemsichten und Wahrnehmungsweisen der Jugendlichen vollkommen vorbei. Auch die Art und Weise, wie die Debatten in den lokalen Basisorganisationen geführt und entsprechende Parteibeschlüsse gefasst werden, entspricht nicht den Erwartungshaltungen der eher libertär und basisdemokratisch orientierten und eine projektförmige Arbeitsweise praktizierenden Neumitgliedern. Die Einbindungs- und Integrationsprobleme Jüngerer wurden in den Basisorganisationen und im Stadtverband diskutiert. Es wurde eine AG „Mitgliedergewinnung“ ins Leben gerufen, die Jüngere direkt nach Eintritt abholen und einen Überblick geben wollte über die Möglichkeiten in der Partei. Diese AG ist jedoch eingeschlafen – möglicherweise auch deshalb, weil die ambitionierten Jugendlichen, die unter-

einander gut vernetzt sind, selbst auf die Situation im Stadtverband reagierten, indem sie alternative Formen der Parteilarbeit jenseits der bestehenden Strukturen suchten. Ein Großteil von ihnen organisiert sich in einer eigenen Gruppe innerhalb der Partei.

Die Gründung eines eigenen Arbeitszusammenhangs jüngerer GenossInnen wurde von einzelnen Mitgliedern des Stadtverbandsvorstands begrüßt und auch gefördert, die die Notwendigkeit einer eigenen Organisationsform für junge Menschen sahen, die in der Partei aktiv sein wollen. Die konstituierende Sitzung fand in der WG eines Genossen statt. Ein Großteil der Gründungsmitglieder kannte sich aus der Jugendarbeit der Partei und aus Strömungen, bzw. arbeitete in der Antifa zusammen. Es dominierten GenossInnen, die inzwischen als Referenten oder Praktikanten bei Hauptamtlichen der LINKEN auf Landes- und Bundesebene arbeiteten. Beschlossen wurde, sich formal in Form einer Basisorganisation aufzustellen. Es wurde ein Vorstand gewählt und in den ersten Sitzungen ging es um die konzeptionelle Ausrichtung der Gruppe und um Wege, sich in den Parteistrukturen zu integrieren. Angestrebt wurde eine enge Kooperation mit dem Stadtverbandsvorstand, die aber faktisch nicht zustande kam, weil Mitglieder der Parteileitung in der Gruppe eine Parallelstruktur sahen, die sie nicht unterstützen wollten.

Von den ursprünglichen Gründungsmitgliedern sind heute nur noch wenige aktiv, aber neue aktive Mitglieder rückten nach. Momentan hat die Gruppe ca. zwei Dutzend Mitglieder. Den aktiven Kern (ca. 10) machen zum einen GenossInnen aus, die im politischen Tagesgeschäft der Partei arbeiten (Funktions-, Mandatsträger, Referenten für Abgeordnete, Fraktion, Parteivorstand) und zum anderen Genossen, die eher aktionsorientiert mitarbeiten. Aufgrund des niedrigen Durchschnittsalters gibt es eine gewisse Fluktuation innerhalb der Gruppe. So verlassen etwa immer wieder Mitglieder die Gruppe, wenn sie auswärts studieren oder arbeitsmäßig stark eingebunden sind.

Es gibt regelmäßige Treffen, an denen der aktive Kern der Gruppe teilnimmt. Hier wird über aktuell-politische Themen geredet und es werden Aktionen geplant. Die Mitglieder organisieren Infostände (auch zwischen Wahlen) und beteiligen sich an Veranstaltungen des Stadtverbands der Partei. Aufgrund der Überalterung der lokalen Parteistrukturen sind sie die "Feuerwehr" bei entsprechenden Einsätzen, insbesondere wenn es darum geht, im Wahlkampf Plakate aufzuhängen oder Flyer zu stecken. Auch Wahlkämpfe in anderen Bundesländern werden personell unterstützt.

Die Mitglieder der Gruppe suchen nach kreativen Aktionsformen, die linksaffine Jugendliche ansprechen. Um Spaß an der politischen Arbeit zu vermitteln, organisierten sie in der Vergangenheit Kneipentouren vor Wahlen, Infostände mit elektronischer Musik, Pizza, Trinken und Kondomen. Zentrales Element der Neumitgliedergewinnung und -bindung der Gruppe ist eine ausgedehnte persönliche Kennlernphase.

Die Gruppe hat einen gewählten Vorstand. Es gibt eine Art Geschäftsordnung, in der Prinzipien festgelegt wurden, z.B. Rotationsprinzip bei Funktionsbesetzungen. Jeder soll, so die dahinterstehende Idee, die Erfahrung machen, Geschäftsführer, Sprecher etc. zu sein und auch die Arbeitsthemen sollten gewechselt werden, um thematische Engführungen zu vermeiden. Das

hat aber in der Praxis aufgrund hoher Fluktuation und knapper Zeitressourcen bei den Mitgliedern nicht funktioniert. Zudem wirkt auch in dieser Gruppe das Prinzip, am Bewährten festzuhalten, wie sich bei der letzten Vorstandswahl zeigte, als für die Positionen des Vorsitzenden und des Geschäftsführers die gleichen Personen wiedergewählt wurden. Es zeigt sich auch in dieser kleinen Gruppe eine Oligarchisierungstendenz. Geschäftsführer und Vorsitzender bilden ein (Macht-)Zentrum. Die beiden verstehen sich (und agieren) als Koordinatoren und Anlaufstelle für die Mitglieder und leiten die Zusammenkünfte (Organisation, Moderation und Protokollierung). Bislang wurde zudem immer darauf geachtet, dass solche Mitglieder der Gruppe diese Leitungsfunktionen übernehmen, die für die Partei arbeiten (etwa als Referent im Landtag), damit entsprechende Ressourcen genutzt werden können (wie etwa Kopiertechnik, telefonische Erreichbarkeit).

Die partei- bzw. fraktionsbezogene Tätigkeit einiger Mitglieder der Gruppe bringt zwangsläufig einen starken Integrationseffekt mit sich. Hier sind die jungen GenossInnen unmittelbar in die politische Arbeit involviert und knüpfen Kontakte zu Mandats- und Funktionsträgern der Partei. Insbesondere zur Parteiführung des Landesverbandes besteht ein „sehr guter Draht“.

Die Mitglieder der Gruppe arbeiten an Partei-Anträgen mit und reichten schon selbst Anträge auf Stadt- und Landesebene ein. Sie arbeiten auch mit Arbeitsgemeinschaften der Partei zusammen.

Trotz der Aufgabenkonzentration auf die beiden Leitungsfunktionen (siehe oben) und der professionalisierten Parteiarbeitspraxis sollen Hierarchien innerhalb der Gruppe möglichst vermieden werden. Hierzu trägt maßgeblich ein peergroup-ähnlicher Umgang untereinander bei. Man ist freundlich und kollegial zueinander und auch gegenüber neuen Mitgliedern offen und neugierig. Teambildung wird bewusst angegangen durch mehrtägige Klausurtagungen mit gemeinsamer Übernachtung. Hier wird nicht nur reine politische Arbeit gemacht sondern auch social events spielen eine Rolle (z.B. gemeinsames Zelten oder sonntägliches „Tatort“-Sehen). Dadurch lernen sich die Mitglieder privat besser kennen. Auch hinsichtlich der Lebenssituation gibt es große Schnittmengen zwischen ihnen. Bspw. gibt es einige junge Eltern, was das solidarische Verhalten untereinander deutlich gefördert hat.

Die Parallelität zwischen professionellen Leitungs- und Organisationsstrukturen einerseits und dem peergroup-ähnlichen Umgang untereinander bestimmt auch die Praxis der aktionsorientierten Parteiarbeit. In der Regel werden Brainstormings durchgeführt um zu klären, was sich die Mitglieder der Gruppe wünschen und was man machen kann. Darauf aufbauend werden Arbeitspläne entwickelt. Typisch für die Gruppe ist, dass diejenigen, die Ideen einbringen diese Ideen auch praktisch umsetzen. Ansonsten erfolgt eine Aufgabenverteilung unter den Mitgliedern. Einige Aktionen werden auch mal "bei einem Bierchen" geplant.

Es gibt flache Kommunikationshierarchien ohne Rednerlisten oder ausufernde Referate. Diese Praxis wird mit einem emanzipatorischen Politikverständnis der Mitglieder begründet. Bei Sachthemen wird auch mal gestritten, allerdings handelt es sich nicht um grundlegende Prinzipienstreitigkeiten. Bei vorgeschlagenen Aktionen wird darauf geachtet, dass niemand sich explizit dagegen ausspricht.

Zwischen den einzelnen Treffen wird untereinander sehr viel über Handy und Email kommuniziert. Die Gruppe betreibt eine eigene Homepage und ein Facebook-Profil. Zudem wurden ein eigener Flyer und ein vom corporate design der Partei abweichender Button mit eye-catcher-Wirkung erstellt.

4.8 Zwischenfazit: Zur Varianz des Parteilebens der LINKEN

In den vorangegangenen Abschnitten (4.1 bis 4.7) wurden typische Muster gelebter Parteimitgliedschaft an der Basis in Form von verdichteten (und gegenüber den empirischen Fällen des Samples: verfremdeten) Einzelfallbeschreibungen dargestellt, die – das sei an dieser Stelle nochmals betont – aber nicht ‚repräsentativ‘ für die Vielfalt des Parteilebens der LINKEN insgesamt sind, sondern nur exemplarisch einige markante Eckpunkte der politischen Alltagspraxis vor Ort aufzeigen sollen.

Die sieben Fallbeispiele kontrastieren in mehrerer Hinsicht deutlich voneinander, wie die pointierte Gegenüberstellung der sieben Fälle in Tabelle 1 (siehe nächste Seite) verdeutlicht.

Die Einzelfälle verdeutlichen, dass erst in der Gemengelage der diversen Variationsmöglichkeiten lokaler Kontextbedingungen vor Ort die spezifische Existenzweise der lokalen Parteigliederung emergiert. Diese ist weder unabhängig von höheren Parteigliederungen noch kann sie unter Absehung von historisierten Perspektiven unterschiedlicher Reichweite erfasst werden – sei es die DDR-Vergangenheit, der westdeutsche Antikommunismus oder die Tatsache, dass es in der alten Bundesrepublik keine massenwirksame linke Partei gab und die LINKE daher ein Novum ist. Das spricht dafür, das Parteileben als situativ wie institutionell gerahmt zu betrachten. Die Partei ist eingelagert in eine seit langem aufgestellte politische Landschaft, deren Protagonisten andere Parteien, Soziale Bewegungen und die Medien sind; insofern ist auch den Verbindungen in diese Sphären hinein nachzugehen.

Die Gegenüberstellung der obigen Fallbeschreibungen verdeutlicht: *die* Partei gibt es jenseits ihrer formalrechtlichen Existenz ebenso wenig wie es *die* Mitgliedschaft gibt. Vielmehr handelt es sich um ein Konglomerat lose verknüpfter und erst mittels der Landes- bzw. Bundesebene strukturell verzahnter Einheiten. Diese sind lokal und regional verankert und damit Rahmenbedingungen unterworfen, die sie nur zum Teil beeinflussen können und mit denen spezifische Aufgaben an die politische Umsetzung vor Ort einhergehen. So macht es einen großen Unterschied, ob man das Thema Armut im Nordosten der Bundesrepublik thematisiert oder im Südwesten. Ob man in Großstädten oder in der ländlichen Diaspora agiert, prägt das eigene Handeln; und politisch-kulturelle Tradierungen konturieren die Art des politischen Auftritts. Damit nicht genug: Neben der situativen Rahmung erhält auch die lokale Geschichte der Partei wie ihrer Mitglieder eine starke Bedeutung. Dabei sind naturgemäß Unterschiede mit den jeweiligen Quellparteien verbunden, die u.a. einen Professionalisierungsaspekt transportieren, aber auch für die parlamentarische Vertretung und die Parteiarbeit bestimmend sind – nicht zuletzt mit Auswirkungen auf die innerparteilichen Politikstile und Konkurrenzen. Moderiert wird das durch unterschiedliche Ausgangslagen im Hinblick auf die Ressourcenausstattung, die sich insbesondere nach der Lage im Osten bzw. Westen Deutschlands richtet.

Tabelle 1: Systematisierende Gegenüberstellung der Fallbeispiele

	Fall I	Fall II	Fall III	Fall IV	Fall V	Fall VI	Fall VII
Sozial-räumlicher Kontext und Historie	ländliche Region (West) Parteifusion als Motor für Zusammenführung von Linksauffinnen vor Ort	industriell geprägte Großstadt (West) ein relativ hohes Wählerpotential für die PDS existierte bereits vor der Parteifusion	Mittelstadt (West) Umland mit politisch konservativer Bevölkerung Organisatorische Zusammenführung von Linksauffinnen durch Parteifusion	Regionalzentrum (West) in wirtschaftlich stagnierender Universitätsstadt Zersplitterung d. lokalen Linken wurde durch Fusion nicht überwunden	Stadtverband einer Kreisstadt in ländlicher Region (Ost) Großteil: alte SED-Genossinnen; kaum ehemalige WASG-Mitglieder	Basisorganisation in Großstadt (Ost) Dominanz von früheren SED-Genossinnen; WASG-Mitglieder bleiben nach Fusion fern	Lokaler Zusammenschluss von jüngeren Parteimitgliedern aus dem libertären Spektrum
Personelle Resourcenausstattung	wenige Mitglieder; sehr wenige Aktive Nachwuchsmangel punktuelle Unterstützung durch LV	großer Kern von erfahrenen und professionell arbeitenden Aktiven Bundes- und Landtagsabgeordnete vor Ort	Bürgerladen mit halber hauptamtlicher Stelle (momentane) Erschöpfung bei vielen Aktiven Bundestagsabgeordnete vor Ort	Halber hauptamtlicher Mitarbeiter organisiert den KV Bürgerbüro mit regelmäßigen Öffnungszeiten Landtagsabgeordnete vor Ort	Schrumpfende überalterte Mitgliedschaft, kaum Nachwuchs Hohe Aktivität erfahrener Altmitglieder Landtagsabgeordnete vor Ort	Überalterte Mitgliedschaft, kleine Gruppe hoch aktiver Mitglieder gute finanzielle Ressourcen durch relativ hohe Mitgliederentnahmen	hohe Professionalität und Engagement unter den Mitgliedern viele parteibezogene Berufstätige (Referenten, Praktikanten, Hauptamtliche)
Soziale Praxis der Parteiarbeit	Aktivitäten beschränkt auf Existenzhaltung der KV-Strukturen Treffen changieren zwischen formal strukturierten Versammlungen und informellen Familientreffen	professionalisierte politische Arbeit; systematischer Informationsfluss im Stadtverband Machtausgleich zwischen polit. Richtungen Bindung der Fraktionsmitglieder an Partei	Selbstbeschränkung auf Lokalpolitik Klare Aufgabenteilung zwischen Vorstand und Stadtratsfraktion; allerdings mit Ver selbständigungsstendenz bei Letzteren	„sich kümmern“: Beratungsangebote insbes. f. Hartz-4-Betroffene Inner-Circle-Strukturen trotz Ziel, „offenen“ Kreisverband zu etablieren Diskrepanz zwischen Ratsmitglied und Basis	regelmäßige Treffen in BOen und im SV Schwerpunkte elder care und Seniorenpolitik vorhandene interne Konflikte werden nicht ausgetragen	monatliche, stark formalisierte Treffen hohes Aktivitätslevel der Parteiarbeit vor Ort hoher Grad an Arbeitsteilung unter den Aktiven	Regelmäßige formelle Besprechungen, aber auch: soziale Aktivitäten klare Aufgabenteilung, aber flache Hierarchien konkrete Aktionen Neumitgliedergewinnung als Arbeitsschwerpunkt
Integration innerhalb der Partei	Keine Einflussnahme auf Landesebene nur lose Anbindung an Arbeitsgemeinschaften etc.	KV ist einer der aktivsten innerhalb des Landesverbandes dort: hohes Ansehen ohne dominant zu sein	schwache Position im LV wegen Beschränkung auf Lokales wenig inhaltliche Kooperation mit MdB aus den eigenen Reihen	gutes Standing im LV durch strömungspolitische Vernetzung dort aber kaum Aktivität aufgrund knapper Personaldecke	Kaum Einflussnahme auf Landesebene	persönliche Vernetzung in übergeordneten Par-teistrukturen programmatische innerparteiliche Einflussnahme:	intensive Vernetzung mit Arbeitsgemeinschaften sehr gute persönliche Kontakte zu einzelnen Funktionären
Wirkung nach außen	keine kommunalpolitische Erfolge kaum Akzeptanz in der Bevölkerung	KV stellt Mandatsträger in Kommunalpolitik Aktive Mitarbeit in sozialen Bewegungen gute Pressearbeit	kommunale Wahlerfolge Ausgrenzung durch zivilgesellschaftliche Akteure im linken Spektrum	geringe kommunalpolitische Wahlerfolge	Hoher Wahlerfolg bei Kommunalwahlen	kommunale Wahlerfolge hohes Engagement im Stadtteil; hohes Ansehen der Partei in der lokalen Bevölkerung	Erzielen von Aufmerksamkeit im öffentlichen Raum durch spezielle, vor allem an jüngere adressierte politische Aktionen

Löst man sich von den dargestellten Fallbeispielen, indem man die generalisierten empirischen Befunde der Einzelfallanalysen der Basisgruppen sowie der Interviews mit den Landesgeschäftsführungen einbezieht, so lassen sich in Bezug auf die in Tabelle 1 zu Grunde gelegten Analysedimensionen die Varianz des Parteilebens an der Basis und die unterschiedlichen Ausprägungen in einzelnen Dimensionen systematisch fassen. Dadurch geraten die *möglichen* Bandbreiten politischer Alltagspraxis an der Basis der LINKEN in den Blick. Diese werden nachfolgend überblicksartig dargestellt. Im nachfolgenden Kapitel 5 sollen dann die *typischen realen* Ausprägungen und Problematiken gelebter Parteienmitgliedschaft in den Blick genommen werden.

Als basale Aktivitäten der Basiseinheiten sind – jenseits des vereinzelt anzutreffenden bloßen Erhalts der eigenen Existenz, auf die sich die Handlungsmöglichkeiten für einige kleine Basiseinheiten reduzieren – die Sicherung der parlamentarischen Arbeit vor Ort bzw. der Partei als Institution anzusehen. Ab einer hinreichenden Größenordnung können über solche grundlegenden Kennzeichen von Parteiarbeit auch eigene Themen angegangen und ggf. in der Öffentlichkeit platziert werden. Erst dann wird die Partei wirklich in der lokalen Öffentlichkeit sichtbar. Als Partei zu funktionieren ist zugleich eine Voraussetzung im Hinblick auf Entscheidungsfindungen – diesbezüglich scheint sich die Partei vor Ort auf einen Modus ‚formalisierter Offenheit‘ einzupegeln: Impulse von innen und außen werden aufgenommen und gegebenenfalls in bindende Beschlüsse übertragen – gelegentlich auch gegen die Landes- oder Bundesstrategie. Macht spielt auch in der Linken eine Rolle für das alltägliche Parteileben; neben Aufsehen erregenden Redeschlachten etwa anlässlich der Bundesparteitage kommt es auf der Ebene der Basiseinheiten teils zu manifesten internen Konkurrenzen (die nicht selten mit dem Auszug Unterlegener enden), teils zu einer mehr oder weniger gelungenen Regulation von Machtverhältnissen und teils zu einer Suspendierung von konflikthaften Auseinandersetzungen um die Besetzung von Posten und Themen.

Bezogen auf die Einbindung in erweiterte Parteistrukturen oder das politische Umfeld vor Ort sind eher lokal orientierte Ansätze von denen zu unterscheiden, die explizit an der Entwicklung der Landes- bzw. Bundespartei teilhaben wollen. Dazu werden in unterschiedlichem Maße auch Strömungen genutzt, die eine Art Paralleluniversum zumindest für einen Teil der in der LINKEN politisch Vereinten bilden.

In Bezug auf das politische Umfeld kann von einer durchgängigen Isolierung kaum gesprochen werden – auch wenn es auf lokaler Ebene im Einzelfall dafür Beispiele geben mag. Vielmehr gibt es (gegenseitige) Abgrenzungen gegenüber anderen Parteien und gelegentlich auch gegenüber Basiseinheiten der eigenen Partei. Zumeist aber sind diverse Grade mehr oder weniger offener Kooperation zu finden, die auch eine bisweilen vorhandene Lagermentalität erodieren lassen. Im Westen ist der Gesamtpartei zumeist eine Außenseiterposition im parteipolitischen Spektrum zugewiesen, die mit Fortdauer der Präsenz in Parlamenten allerdings einer gewissen Normalität zu weichen scheint. Im Osten ist die Lage wesentlich vorteilhafter – man ist anerkannte politische Kraft, auch vor Ort. Bezüglich Sozialer Bewegungen gibt es für die

LINKE keinen Heimvorteil ob ihrer häufig in beiden politischen Handlungsräumen aktiven Mitglieder. Wie andere Parteien sehen sich die Engagierten mit Argusaugen beobachtet, der Generalvorwurf der versuchten Unterwanderung oder Übernahme ist schwer zu widerlegen. Interessanterweise nutzen andere Parteien jedoch das Feld, um aktiv die Mitarbeit von der LINKEN zu behindern, was einer stetigen Gegenwehr bedarf. Auf dieser Grundlage werden Mitglieder und gelegentlich die lokale Parteigliederung selbst zum tragenden Part der Bewegung. Im Hinblick auf die Wähler existieren unterschiedliche Strategien, die nur eines verdeutlichen: eine allgemeingültige, umfassende und konsistente Gesamtstrategie im Sinne eines ‚Patentrezepts‘ scheint wenig realistisch. Als Kümmerer- wie als Interessenpartei sind vor Ort praktikable Lösungen zu finden, wie das Image gelebt werden soll. Das wird von der Präsenz in kommunalen Parlamenten, aber auch von der auf Landes- und Bundesebene konturiert und bisweilen konterkariert – etwa wenn Bundeskampagnen nicht den Nerv der Bevölkerung vor Ort treffen. Wenig hilfreich sind in diesem Zusammenhang auch die aufgeregten Debatten um Ämter in der Bundesspitze, die – zwar irrational, aber zuverlässig – die Basis vor Ort als Vorwurf potenzieller Wähler treffen.

Die dargestellten Bandbreiten der politischen Praxis und ihrer Kontextbedingungen in den zuvor benannten Dimensionen sind in Tabelle 2 nochmals überblicksartig zusammengefasst.

Tabelle 2: Bandbreiten der Praxis gelebter Mitgliedschaft nach Kerndimensionen

Sozial-räumlicher Kontext	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Raumstruktur</i>: Strukturschwache, ländliche Regionen – Kleinstädte – Mittelzentren und kleinere Großstädte – Metropolen und Metropolregionen • <i>Ökonomische Entwicklung des Raumes</i>: prosperierende vs. prekäre Regionen/ Städte • <i>Kulturraum</i>: Religiös geprägte konservative dörfliche oder Kleinstadtkultur – politisch traditionsgebundene Arbeiterstädte -Universitätsstandorte mit bürgerlich-liberaler Zivilgesellschaft und linker Öffentlichkeit
Historie der Partei(gliederung)	<ul style="list-style-type: none"> • Im <i>Osten</i>: Tradierung PDS durch (geöffnete) Kaderstruktur bei Dominanz früherer SED-GenossInnen; geringe Präsenz WASG; anhaltende Wahlerfolge und routinierte Parlamentsarbeit; Erfahrung in Restrukturierung Partei • Im <i>Westen</i>: Sammelbecken Mosaiklinker von Kaderparteien und SPD-Linken über Gewerkschafter bis hin zu Bewegungsaffinen; Parteierfahrungen vs. Parteiovizinen; initiativer Aufbau unter Wahlkampfbedingungen; unterschiedliche Präsenz in Parlamenten
Ressourcen-ausstattung	<ul style="list-style-type: none"> • Generell: divergierende Professionalität, Finanzknappheit • Im <i>Osten</i> durch Parlamentspräsenz und Mitgliederstärke flächendeckend gut; aber häufig beginnende Personalknappheit durch Überalterung • Im <i>Westen</i> partielle finanzielle Alimentierung durch Ostverbände bei teils fehlender bzw. ungesicherter Parlamentspräsenz; wachsende Mitgliedschaft, aber zum Teil ohne Bereitschaft zum öffentlichen Auftritt für die Partei (Stigmatisierungsdruck)
Soziale Praxis der Parteiarbeit	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Aktivitätslevel</i>: Existenzerhaltung der Basisorganisation – administrative Funktionalität bzgl. Partei und Parlamente – hinreichende kritische Masse an Mitgliedern zur eigenen Themensetzung • <i>Kultur der Entscheidungsfindung</i>: Formalismus – formalisierte Offenheit – Adhocracy • <i>Parteiverständnis</i>: Traditionelle Parteiarbeit als Parlamentspartei vs. Mischstrategien vs. Soziale Bewegung der Linken • <i>Machtbalance</i>: Interne Konkurrenzen – regulative Machtverteilung – Suspendierung von Konkurrenzen
Integration von Basisgliederungen innerhalb der Partei	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Reichweite</i>: Selbstbeschränkung auf die lokale bzw. regionale Ebene – Beteiligung an Gremienarbeit und Parteistrukturen auf Landesebene – Delegation Einzelner in Landes- und Bundsgremien (jeweils abhängig vom Vorhandensein von Land- oder Bundestagsabgeordneten) • <i>Struktur</i>: Einbindung im Strömungen vs. Einbindung in Parteigremien
Soziale Vernetzung	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Generell</i>: Isolierung – Distinktion – offene Kooperation – Lagermentalität • <i>In lokaler Parteienlandschaft</i>: Isolierung (im Westen) – Außenseiterposition (West) – anerkannte Gleichrangigkeit im Parteienspektrum (West/ Ost) – Regierungsbeteiligung (im Osten) • <i>In Zivilgesellschaft vor Ort</i>: prinzipiell als Partei ausgegrenzt – als LINKE ausgegrenzt – über Einzelpersonen involviert – als politischer Akteur geduldet – als Akteur integriert – als Akteur führend
Wirkung nach außen	<ul style="list-style-type: none"> • <i>Selbstpräsentation</i>: Auftritt als Kümmererpartei – Interessenverwalter – kämpfende Partei mit ausdifferenzierten Bindungseffekten • <i>Wahlerfolge auf Kommunal- und Landesebene</i>: von außen vor bleibender Splitterpartei über alternierende Parlamentszugehörigkeit bis hin zu permanenter Präsenz in Parlament und öffentlicher Wahrnehmung • <i>Wahlerfolge auf Bundesebene</i>: aktuell fragile Konstitution bei institutionell gesicherter, thematisch unscharfer Wahrnehmung durch Medien/ Wähler; hohe Bedeutung von Einzelpersonen

5 Gelebte Parteienmitgliedschaft – zentrale Befunde

In diesem Kapitel werden in einer von den Einzelfällen abstrahierenden typologisierenden Form die auf den Gruppendiskussionen mit Akteuren an der Basis der Partei beruhenden Befunde präsentiert. Die Darstellung umfasst die institutionellen Rahmenbedingungen der Parteiarbeit an der Basis (5.1), die Perspektiven der Mitglieder auf politische Arbeit (5.2) sowie die Praxis der politischen Arbeit (5.3)

5.1 Institutionelle Strukturen für die Parteiarbeit an der Basis

DIE LINKE als *kollektiver* Akteur ist eine komplexe Organisationseinheit. Sie bildet wie alle Parteien den „organisatorischen Rahmen eines Orientierungs-, Erlebnis- und Handlungsraumes“ (Wiesendahl 1998: 110), der die Parteimitglieder in ihrer Praxis der Parteiarbeit eingrenzt und einen Möglichkeitsraum für *gelebte* Parteienmitgliedschaft bildet. Die Parteimitglieder bewegen sich nicht in einem „luftleeren“ Raum, sondern innerhalb bestimmter organisatorischer Strukturen und geregelter Prozessabläufe. Diese Strukturen und Prozessabläufe sind (etwa durch Parteiengesetz und Statut der Partei) vorgegeben und bilden somit verbindliche Rahmenbedingungen für das Handeln der Mitglieder. Zugleich werden diese Rahmenbedingungen durch das Handeln der Parteimitglieder überhaupt erst am Leben gehalten. Die Beachtung der Parteistrukturen, in die fast 70.000 Mitglieder eingebunden sind und die sie zugleich mit ihrem alltäglichen Handeln reproduzieren, erlaubt es, besser zu verstehen, wie die Partei als Massenorganisation tatsächlich mit Leben gefüllt wird. Vereinfacht lässt sich an dieser Stelle sagen, dass die Mitglieder in den Basiseinheiten in dreierlei Hinsicht in die Parteiorganisation eingebunden sind: *administrativ*, *parlamentarisch* und *normativ*.

Administrativ sind die Mitglieder über klar geregelte Kommunikations- und Entscheidungsstrukturen mit dem Parteiapparat verzahnt. Hierbei ist der Vorstand, den jede Basiseinheit wählt, eine wichtige Schaltstelle, da er die Koordination mit den benachbarten Basiseinheiten sowie mit den übergeordneten Ebenen des Parteiapparates (Kreisverband; Landesverband; Bundesvorstand bzw. -geschäftsführung) herstellt. Jenseits dieser permanent vorhandenen hierarchischen Organisationsstruktur können Basismitglieder auch ad hoc über Delegiertenmandate auf Parteitag einfluss innerhalb der Partei ausüben.

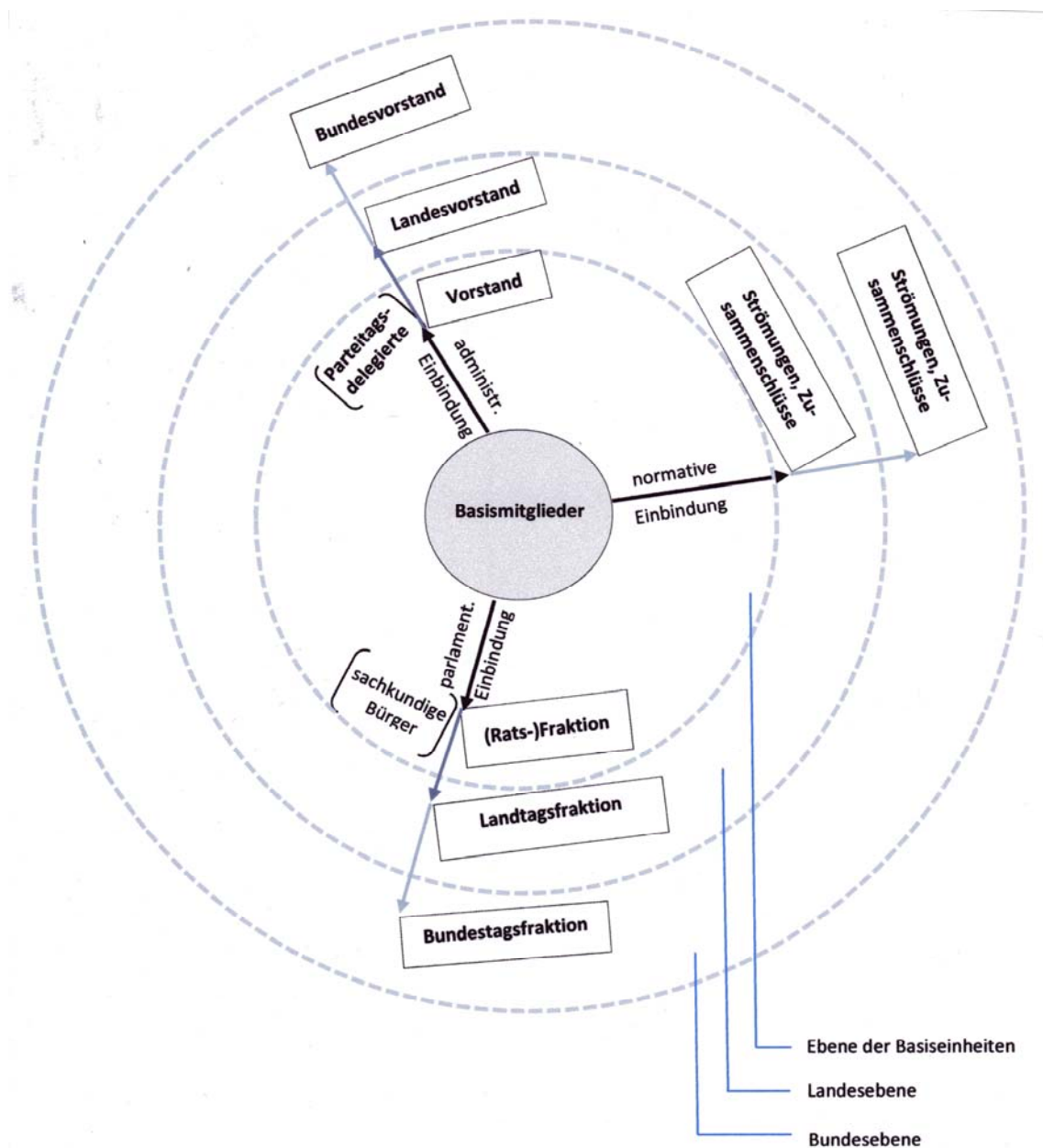
Die Basiseinheiten sind auch mit der *parlamentarischen* Arbeit der Partei verbunden. Die von ihnen gewählten Mandatsträger agieren nicht vollkommen losgelöst, sondern sind angehalten, die Voten und Zielvorstellungen der Basis in ihren politischen Entscheidungen einzubringen. Insbesondere die Vertreter in den Kommunalparlamenten sind gegenüber der Basis rechenschaftspflichtig. Auch die Mandatsträger auf Landes- und Bundesebene sind aufgrund der administrativen Entscheidungswege an die Basis rückgebunden.

In *normativer* Hinsicht schließlich sind die Parteimitglieder in der Parteiorganisation integriert. Innerhalb der LINKEN gibt es eine Variationsbreite, was die weltanschauliche, ideologisch-

politische oder programmatische Ausrichtung der Mitglieder anbelangt. Die Mitglieder haben die Möglichkeit, sich entsprechend ihrer spezifischen Wertbindung zu verorten. Sie können sich an den Strömungen innerhalb der Partei orientieren und sich mit Gleichgesinnten in diesen Strömungen sowie in Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen und Interessengruppen assoziieren, um politisch gemeinsam zu arbeiten. Links ist nicht gleich links; und in der Tatsache, dass relativ viele politische Orientierungen Platz unter dem Dach der LINKEN Platz finden, manifestiert sich der eigene Anspruch, eine plurale Partei der Linken zu sein.

Schematisch lässt sich die multiple Einbindung der Basismitglieder auf den unterschiedlichen Gliederungsebenen der Partei wie folgt darstellen:

Abbildung 1: multiple Einbindung der Basismitglieder in die Parteiorganisation



Markiert sind mit diesem Schema lediglich Grundmodi, wie Basismitglieder mit der Parteiorganisation verzahnt sind. Das Schema dient für die folgenden Abschnitte als eine Art Hintergrundfolie, um die ausgebreiteten empirischen Einzelbefunde in ihren Zusammenhängen betrachten zu können. Tatsächlich ist Parteiarbeit eine komplexe und sehr voraussetzungsvolle Angelegenheit. Neben finanziellen und materiellen Ressourcen sind ein hoher organisatorischer Aufwand und WoManpower der Mitglieder notwendig, um die verschiedenen Interessen der involvierten Akteure zu kollektiven Aktionen zu bündeln und funktionsfähige Strukturen aufzubauen.

5.1.1 Parteifinanzierung und Beitragsdisziplin

In der wichtigen Frage der Finanzierung der Parteigliederungen zeigte sich relativ schnell nach der Fusion die Notwendigkeit eines solidarischen Ost-West-Transfers, um die Parteistrukturen im Westen auf- bzw. auszubauen wurde. Allerdings ist aufgrund auf die Überalterung der Mitgliederstruktur in den östlichen Landesverbänden ein allmähliches Versiegen des finanziellen Stromes in absehbarer Zeit prognostizierbar.

Generell zeigen sich unterschiedliche Kulturen, was die Abgabendisziplin angeht: Wird der Mitgliedsbeitrag im Osten überwiegend in tradierter Weise als Ehrenpflicht wahrgenommen, tragen West-Mitglieder substanziell weniger zur Parteifinanzierung bei. Das liegt teils an der schlechteren materiellen Situierung der West-Mitglieder, wird aber auch von den Landesgeschäftsführern und den befragten Aktiven im Westen als Ausdruck mangelnder Parteidisziplin wahrgenommen. Für viele Parteimitglieder ist die Zahlung des Mitgliederbeitrages nur eine Nebensache. Das Erfordernis zur Finanzierung eines mit hauptamtlichen Mitarbeitern besetzten, funktionierenden „Parteiapparats“ wird zwar gesehen, aber insbesondere in den personell schwächer besetzten Basiseinheiten tut man sich schwer mit den Abgaben „nach oben“.

Ein Kreisvorstandsmitglied berichtet über entsprechende Debatten in seinem Landesverband:

„Interessanterweise war der Kreisverband, der am lautesten die Trommel für einen Bundes-Landesteil-Ansatz rührte, und auch der größte Kreisverband ist, finanziell gut ausgestattet durch die Größe und durch einen hohen Beitrag, (...) jetzt bei 14 Euro Beitragschnitt sind, also da muss man sich nicht mehr melden. [...] Wir haben gesagt, wir wollen den Landesanteil hochschrauben, dann ist aber klar, das kostet die 5.000 oder 10.000 Euro. Hinsichtlich Parteientwicklung ist klar, dass das eine politisch vernünftige Entscheidung ist, auch wenn man selber zahlen muss. Und das ist nicht bei allen Kreisverbänden angekommen. Also die Tendenz ist nicht überall, die Tendenz ist eher in kleinen Strukturen wo man sich dagegen wehrt, wenn man sieht, ich hab sowieso nur 150 Euro Beitrag im Quartal, also dann teil ich und wenn ich dann nochmal 10 oder 20 Prozent abgeben soll, dann hab ich ja noch weniger. Und die Einschätzung hört man dann.“

Das Problem der Finanzabgabe zur Etablierung professioneller Strukturen stellt sich offensichtlich kleineren Kreisverbänden stärker, weil sie keine finanziellen Ressourcen besitzen oder aktivieren können, was bei größeren weniger der Fall ist. Der sinnvolle Aufbau des Parteiapparats wird insbesondere im Westen so unterminiert bzw. in den Händen Ehrenamtlicher gese-

hen. Demgegenüber sind alte Mitglieder in den östlichen Bundesländern, die implizit immer noch die Parteistrukturen der SED zum Maßstab nehmen, erstaunt darüber, wie gering die hauptamtliche Personaldecke der Partei ist; ihnen ist die Struktur einer überwiegend ehrenamtlich getragenen Partei fremd. Das angesichts der landesspezifisch unterschiedlichen Beitragssätze (etwa Saarland 3 Euro, Berlin über 16 Euro) aufkeimende Gefühl in den östlichen Bundesländern, dass die West-Mitglieder sich gewissermaßen alimentieren lassen, strapaziert die innerparteiliche Solidarität und birgt –jenseits divergierender politischer Ausrichtungen – einen gewissen Zündstoff im Zusammenwachsen der Partei.

Auch auf Länderebene sind die landeseigenen Schlüssel der Beitragsweitergabe an die jeweilige Landespartei insbesondere im Westen häufig umstritten. Die Basis vor Ort sieht die Beiträge überwiegend als ‚ihr‘ Geld an, von dem sie etwas nach oben „abgeben“ muss. Zuweilen resultiert daraus auch eine „Dienstleistungserwartung“ gegenüber der Landesebene. Indem die Basis regelmäßig höhere Anteile für sich reklamiert, trocknet sie tendenziell die Landesorganisationen aus, deren Unterstützung sie insbesondere in Wahlkämpfen zugleich erwarten. Der innerparteiliche monetäre Verteilungskampf setzt dem Aufbau professioneller Parteistrukturen enge Grenzen.

5.1.2 Personalstrukturen

Der anfängliche Erfolg der LINKEN nach der Fusion fußt auf regionalen Vorläufern und muss sich zeitlich begrenzten Sondersituationen auch hinsichtlich der Personalressourcenstellen. Im Westen schlägt nach 2007 die Attraktivität von bei Wahlen in Aussicht stehenden Mandaten angesichts der Zahl der Aspiranten relativ schnell in einen von Aufstiegsstau um: Viele nach der Fusion eingetretenen „Karrieristen“ (so die unisono verwendete Vokabel der befragten Aktiven) werden offensichtlich vor allem deshalb in der LINKEN aktiv, weil sie auf sichere Listenplätze aus sind. Dabei kann es durchaus zu gezielten Übernahmeversuchen kommen, wie die folgende Interviewpassage aus einer westdeutschen Großstadt illustriert:

"Es gibt die Gruppe der Karrieristen. Für die war der Ofen aus, als alle Mandate verteilt waren, Ich hab immer gesagt, in diesen Kreisverband kehrt erst dann Ruhe ein, wenn das letzte Mandat, das ist das Landtagsmandat, verteilt ist. Vorher geht's ja noch um was, vorher ist die Kacke am Dampfen. Und nachdem die Mandate verteilt waren, haben dann eben auch bestimmte Leute, und zwar nicht nur Einzelne, sondern die haben ja auch, um Mandate zu bekommen, dann ja auch Gruppen mit in die Partei gebracht; also nur um die Größenordnung zu sagen, wir haben also eine Gruppe gehabt, die ist in dreistelliger Größe in die Partei reingegangen, hat sich hinter ihren Kandidaten gestellt, der Kandidat ist gescheitert und sie sind in dreistelliger Größe wieder rausgegangen."

Innerparteiliche Prozesse der Kandidatenwahl stellen viele der „Karrieristen“ oft schnell ins Abseits. Dazu sind zum Teil organisierte Interventionen der alteingesessenen Parteimitglieder notwendig, um nicht durch die schiere Masse von Neumitgliedern jeglichen Einfluss zu verlieren. Werden Erwartungen an eine Polit-Karriere auf dem Ticket der LINKEN enttäuscht, ziehen die Protagonisten sich, wie man ex post ersehen kann, wieder aus der Partei zurück.

Die gewählten Mandatsträger dagegen sehen sich von heute auf morgen vor eine Vielzahl von neuen Aufgaben gestellt, die nur schwer zu bewältigen und zu verstetigen ist. Die Basis der LINKEN im Westen verfügt nur begrenzt über gewachsene professionalisierte Arbeitsstrukturen und personelle Ressourcen. Vielmehr besteht die Notwendigkeit, begleitende Strukturen erst aufzubauen (Landesverband; größere Stadtverbände) bzw. auf parteinahe Einrichtungen zurückzugreifen (z.B. Rosa-Luxemburg-Stiftung). Auch der hohe Einsatz des hauptamtlichen Personals kann den Bedarf der Basis nur bedingt abdecken, was als strukturelles Problem der Aufbauphase akzeptabel ist, auf Dauer gestellt aber zur Überlastung der (zu wenigen) Aktiven führt und bei diesen Frustration erzeugen kann.

Überbrückungshilfen leisten im Wesentlichen Landtags- und Bundestagsabgeordnete, die zum Einen mit entsprechenden Personalressourcen ausgestattet sind und die zum Anderen unter dem Risiko individueller Überlastung einen wesentlichen Part der parteiinternen wie öffentlichkeitswirksamen politischen Arbeit leisten. Davon profitieren nicht zuletzt die Mitglieder vor Ort, die sich im Westen deutlich in „Routiniers“ (Gewerkschafter; ehemalige SPDler, Grüne, Splittergruppen) und Parteinovizen (ohne bisherige parteipolitische Bindungen und Erfahrungen) unterscheiden und entsprechend unterschiedliche Kompetenzen in den Parteaufbau einbringen. Entlang dieser Trennlinie konturiert sich zum Teil auch die sich seit der Fusion mehr oder weniger deutlich herausbildende Teilung der lokalen Gliederungen in „Funktionäre“ und „Basis“, die durch einen Mangel an Bereitschaft zur Übernahme von Funktionen auf Seiten der Basis befördert wird. In der Folgezeit sind Tendenzen einer zunehmenden Distanzierung zwischen den einfachen Mitgliedern auf der einen und sowohl den eigenen Parteifunktionären auf lokaler wie regionaler und überregionaler Ebene als auch den Mandatsträgern in Parlamenten festzustellen. Angesichts der Überalterung in ostdeutschen Mitgliedschaft – teilweise liegt das Durchschnittsalter bei über 75 Jahren – gestaltet sich die praktische Partearbeit dort oft als sehr schwierig. Nur eine Minderheit kann sich überhaupt noch an Aktivitäten beteiligen. Typische Aktionen wie Plakatieren, Infostände vor Wahlen sind aus eigener Kraft nicht mehr möglich. Diese Tendenz wird von den Betreffenden der Basis selbst häufig als katastrophal eingeschätzt.

Die Milieuhintergründe der Mitglieder sind sehr heterogen. (Allerdings ist in dieser Hinsicht eine *systematische* Diagnose der Differenzen zwischen Ost und West auf der Grundlage der vorliegenden Empirie nicht möglich.) Die soziale Vielschichtigkeit hat praktische Konsequenzen. Exemplarisch sei das am Beispiel der politischen Bildungsarbeit verdeutlicht. Im Hinblick auf Bildungsansprüche gibt es in der Partei beispielsweise sowohl Akademiker und Facharbeiter mit hohen intellektuellen Reflexionsansprüchen als auch Prekarisierte aus eher bildungsfernen Schichten. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebenslagen und Interessen greifen einheitlich angebotene Formate und Lehrinhalte der politischen Bildungsarbeit deutlich zu kurz, die überwiegend ein linkslibertäres, formal höher gebildetes Publikum ansprechen. Eine häufig konstatierte Beobachtung ist, dass gerade ‚bildungsferne‘ und sozial marginalisierte Mitglieder den Veranstaltungen fernbleiben.

5.1.3 Das Verhältnis zwischen Männern und Frauen

Politische Parteien sind in der Regel von Männern dominiert. Dies zeigt sich bereits an den Mitgliederzahlen. Durchschnittlich sind nur 27 Prozent der Mitglieder aller Parteien in Deutschland Frauen. Ihre Unterrepräsentation in den Parteien spiegelt einen bekannten Befund der Forschung zur politischen Partizipation. Generell beteiligen sich Frauen weniger politisch als Männer – egal, um welche Partizipationsform es sich handelt. Begründet wird dies in der Regel mit einem weniger ausgeprägten politischen Interesse der Frauen und ihrer Doppelbelastung (Beruf/Familie), die ihnen häufig weniger Zeit und Kraft für politisches Engagement lässt. Was das Engagement in Parteien anbelangt, so ist neben den beiden genannten Gründen ein weiterer von Bedeutung: Parteienmitgliedschaft ist für Frauen aufgrund der in diesen Organisationen dominanten Muster männlicher Selbstdurchsetzung und Konfliktaustragung weniger attraktiv.

In der LINKEN beträgt der aktuelle Frauenanteil (2009) 35 Prozent der Parteimitglieder (Spier 2011 et al.: 42) und liegt damit um fast 10 Prozent höher als der Parteidurchschnitt. Lediglich die GRÜNEN haben – aufgrund der programmatischen Nähe und personellen Verzahnung zur Frauenbewegung und der institutionellen Vorkehrungen zur Gleichstellung wenig überraschend – einen höheren Frauenanteil (38 Prozent; vgl. ebd. 43).

Aufschlussreich für das Geschlechterverhältnis in der LINKEN ist ein differenzierter Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre. Während 1998 immerhin gut zwei von fünf Parteimitglieder der PDS weiblich waren (43 Prozent), sank der Frauenanteil im Gefolge der Fusion mit der WASG um 8 Prozentpunkte auf 35 Prozent (ebd. 43): Die WASG war in Hinblick auf das Geschlechterverhältnis eine „traditionelle“ politische Organisation, deren Frauenanteil vor der Fusion mit 26 Prozent sogar unterhalb des bundesdeutschen Parteidurchschnitts lag (Klein /Spier 2011a). Wie die WASG-Mitglieder sind auch die Neumitglieder seit der Fusion mit ebenfalls 74 Prozent ganz überwiegend Männer.

Die seit der Parteifusion sich verstetigende Dominanz der männlichen Parteimitglieder zeigt sich in unserer Erhebung. So waren die Gruppendiskussionen in der Regel stärker von Männern besetzt, die auch den Gesprächsverlauf bestimmten. Das scheint auch in den Sitzungen von Kreisverbänden und Basisorganisationen ein manifestes Problem zu sein, wie am Beispiel männlich geprägter Debattenkultur ausgeführt wird:

„Otto: Wir nehmen zu viele Punkte auf die Tagesordnung. Wir kriegen von den acht Tagesordnungspunkten gerade mal zwei durch; das heißt, wir können auch nicht tief genug diskutieren, eine Reduktion der Punkte würde dazu führen, dass man inhaltlich viel viel stärker diskutieren kann.

Anna: Weil alle Männer immer Ko-Referat führen, da kommen wir immer nie durch, durch die Punkte

Berta: /Weißt Du was, das war jetzt schon wieder so eine Idee. Wären wir jetzt auf unserem OV und Anna würde diesen Satz sagen, da gäb's "woosh" (Handbewegung, d.A)

Anna: /Da würde ich geschlachtet.

Berta: Ja, ja, weil, es würden sich alle Männer sofort, also weil Anna diesen Satz gesagt hat, natürlich würden sofort alle Frauen Anna Recht geben weil: ist ja so. Was ein Mann nicht gesagt hat, das ist nicht gesagt."

Das Geschlechterverhältnis in der LINKEN ist damit trotz Beschlüssen zur Geschlechtergerechtigkeit von Disproportionen und darin resultierenden Machtgefälle gekennzeichnet. Daran ändern weder die Besetzungen von Mandaten bzw. Ämtern und hauptamtlichen Beschäftigungsverhältnissen etwas. Die (substanziell bedeutsame) Fokussierung darauf reicht nicht hin, wie das obige Zitat belegt. Vielmehr scheint es sich hinsichtlich der Stellung von Frauen und Männern in der Partei weitestgehend noch Wahrnehmungen zu handeln, die machttheoretisch, partizipationsorientiert und im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit auf dem Stand einer strukturalistischen Perspektive auf Geschlechtsverhältnisse fokussieren, aber die moderne Debatte um das 'doing gender' noch nicht in den Blick genommen hat.

5.1.4 Stadt-Land-Gefälle in der Mitgliedschaft und abgehängte Basisgruppen

Die Mitgliederstruktur und die Positionierung der LINKEN divergiert aber nicht nur zwischen Ost und West. Es gibt auch ein Stadt-Land-Gefälle. Im Extremfall stehen im ländlichen Raum der westlichen Bundesländer agierende, nur mit Mühe arbeitsfähige Kreisverbände mit weniger als 50 Mitgliedern etablierten Ost-Stadtverbänden mit teils über 1.000 Mitgliedern gegenüber. In aller Regel sind Stadt-Verbände im Westen in der Lage, politisch erfolgreich zu operieren; personell schwache ländliche Regionen im Westen erreichen dagegen z.B. häufig nicht einmal Fraktionsstärke in Kreis- oder Stadtparlamenten – selbst Großstädte wie München oder Mittelzentren wie Osnabrück unterschreiten diese Schwelle. Diese Ungleichheit berührt auch das Selbstverständnis der lokalen Gliederungen: Auf sich selbst zurückgeworfene Organisationen in relativer Diaspora agieren anders und haben auch andere Bedarfe als selbstbewusste Gliederungen mit relevanten Wahlerfolgen, die sich auch auf den Zugang zu Ressourcen und Informationen auswirken.

Auch in den ländlichen, weniger dicht besiedelten Regionen Ostdeutschlands mangelt es vielerorts – begünstigt durch den großen Anteil hochbetagter Mitglieder – an arbeitsfähigen Basiseinheiten. Bemühungen, einzelne Einheiten zusammenlegen, erweisen sich nur bedingt als Problemlösung, da sich als Nebenfolge die Wege und (Fahr-)Kosten der Mitglieder enorm erhöhten. Die Parteilarbeit kommt in den betroffenen Basiseinheiten faktisch zum Erliegen, bzw. wird strukturell und inhaltlich auf die Belange von Senioren verengt. Auch die Gremienarbeit leidet unter dem Problem der räumlichen Entfernung. Ein Kreisvorsitzender aus Mecklenburg-Vorpommern schildert seine Erfahrung:

"Bei uns kommen die Abgeordneten nicht zur Kreistagssitzung, weil der Weg zu lang ist. Wenn wir zur Mitgliederversammlung fahren, müssen wir hundert Kilometer fahren hin und zurück."

Eine nicht unerhebliche Folgewirkung ist, dass die Basiseinheiten untereinander weniger in Kommunikation und Austausch treten. Dies wirkt sich auf die Regionalpolitik der Partei aus. Die Interessen der einzelnen Dörfer bzw. Kleinstädte können auf Regionalebene nicht adäquat vertreten werden. Resigniert äußert sich derselbe Kreisvorsitzende: "Wie kommt das Regionale zu den Vertretern, die nach X-Stadt [*Kreisstadt in einem ostdeutschen Bundesland*] fahren?". Für dieses strukturelle Problem der *abgehängten Basisgruppen* gibt es bislang keine greifenden Lösungen. Hier fehlen auch professionelle Funktionsträger. Bislang wird die Kreisarbeit der Partei vor allem ehrenamtlich gestemmt.

Dass dabei Unterschiede zwischen den Kreisen bestehen, scheint zwar kognitiv erkannt, in den Folgen aber nicht substantiell antizipiert zu werden – so jedenfalls legt es folgende Aussage nahe:

„Die Frage ist, dass es jetzt überhaupt mal diskutiert wird von den Kreisen. Wir haben mehrere ländliche Kreise, weniger Stadtverbände, das heißt, in dem Diskussionsprozess müssten mehr mit am Tisch sitzen, deren Leidensdruck größer ist, sag ich mal vorsichtig.“

Was hier als strukturell angelegte Desorganisation hinsichtlich einer Debatte zu Organisationsproblemen erscheint, dürfte auch bezüglich anderer Themen zumindest überprüft werden: ob die formale Anlage der innerparteilichen Debatten den Kräfteverhältnissen der unmittelbar betroffenen Protagonisten entspricht oder ob eher machtpolitisch inspirierte Schief lagen eine grundlegende Aufarbeitung be- oder geradezu verhindern.

5.1.5 Parteinachwuchs und Mitgliederbindung

Insbesondere für den Osten, aber auch zunehmend für den Westen ist die Sicherung des Parteinachwuchses zu einer dringlichen Aufgabe geworden. Die Brisanz der Mitgliedergewinnung wird von den befragten Gruppen thematisiert. Fast unisono wird von den Befragten konstatiert, dass zu wenig jüngere Mitglieder nachkommen. Die Politisierung wie früher, das milieuverhaftete „Reinrutschen“ in die Partei über Familie oder Nachbarn gibt es heute nicht mehr in der früheren Intensität. Jugendliche müssen „von sich aus“ den Weg in die LINKE finden. Hierbei zeichnet sich eine Ambivalenz ab. Einerseits wird einem der Parteieintritt relativ leicht gemacht. Der Interessierte meldet sich per Internet an. Andererseits gestaltet sich das „Ankommen“ in die Partei nach der anonymen Anmeldung als sehr kompliziert. Offensichtlich fehlen klare, Erfolg versprechende Konzepte, das Neumitglied tatsächlich „abzuholen“. „*Das ist das Problem, dass wir an die Jungen nicht rankommen*“ so eine symptomatische Einschätzung. Im Gegensatz zu den PIRATEN, deren vermeintliche Frische eine hohe Attraktivität für Jugendliche ausstrahlt, hat die LINKE häufiger Probleme, für Jüngere anschlussfähige Formate der Parteiarbeit anzubieten und ihre Positionen für diese Altersgruppe attraktiv zu machen, auch wenn es sich um anschlussfähige Themen wie etwa Internetnutzung handelt.

Die Gewinnung von Jüngeren für die Partei ist jedoch nicht nur eine Frage der „richtigen“ Themenangebote. Neumitglieder werden von den Orts- und Kreisverbänden zwar angeschrieben, jedoch mit nur mäßigem Erfolg. Sie kommen nicht bzw. bleiben nach dem ersten Treffen fern. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang, dass Aufnahme rituale und entsprechende

Events integrative Effekte haben – entsprechend dem Motto, das Gregor Gysi auf dem Erfurter Programmparteitag ausgab: „Die Parteimitglieder müssten über Nacht zusammen sein mit viel Wein.“ Solche auf Gemütlichkeit orientierte Kennlernphasen, Aufnahme-rituale und Erlebnisräume, die das Gefühl vermitteln, dass man bei der Partei als Jüngerer willkommen ist und wertgeschätzt wird, sind in ihrer Wirkung auf die Neumitglieder nicht zu unterschätzen.

Fehlen adäquate Anreizstrukturen für Neumitglieder und Interessierte, bilden sich aber zuweilen – teils naturwüchsig, teils „von oben“ angeschoben – alternative Strukturen jenseits der etablierten Orts- und Kreisverbände bzw. AGs aus. Hierzu zählen Selbst- bzw. Ausgründungen von Arbeitskreisen oder Basisorganisationen, Stammtische oder Mentoren-Patenschaften. Aber auch professionell und mit Unterstützung der Partei organisierte eigene Netzwerkwerke z.B. die „Junge Fraktion“ in Mecklenburg-Vorpommern sind gerade für engagierte GenossInnen von Interesse, die eine Berufsperspektive innerhalb der Partei anstreben. Freilich werden sie als „Kaderschmieden“ von anderen Mitgliedern kritisch betrachtet.

Erstaunlicherweise gibt es kaum Schilderungen, dass eine reibungslose Parteibindung von solid-Angehörigen gelungen sei – weder in den überalterten Basisorganisationen und Ortsverbänden in den neuen Bundesländern noch von der durch die 40-60jährigen dominierten Basis im Westen. Zuweilen ist von gegenseitigen „Berührungsängsten“ zwischen etablierten GenossInnen und-Angehörigen der Jugendorganisation die Rede. In einer Reihe von Interviews thematisieren die Befragten einen Generationenunterschied.

In einem westdeutschen Kreisverband, der eine basisdemokratische Diskurskultur entwickelt hat und zugleich kommunalpolitisch sehr aktiv ist, erklärt ein 40jähriger, dass die Jüngeren, die zur LINKEN kommen *„mit der Art und Weise, wie wir mit Sachen umgehen, schon ziemlich gelangweilt sind. ... Wie wir miteinander umgehen, wie wir Sitzungen machen, diskutieren, ist ne Form, die für die völlig ätzend ist.“* Erkannt wird von den KV-Mitgliedern, dass für die Aktionsorientierten und aus einem starken Gerechtigkeitsinn heraus motivierten Jugendlichen eine Anreizstruktur fehlt und diese die politische Praxis der LINKEN als anachronistisch wahrnehmen. Eine ‚Kaderschulung‘ wird zwar vom Landesverband favorisiert, ist aber für den Kreisverband mit seiner libertär-basisdemokratischen Ausrichtung kein Weg. Offenbar ist die Aufrechterhaltung und Verbesserung der professionellen alltäglichen Parteiarbeit („*Parteiaufbau*“) so ressourcenintensiv, dass eine langfristige Perspektive (z.B. hinsichtlich des Parteienwachstums) nicht eingenommen wird. Jugendliche sind überhaupt nicht im Wahrnehmungshorizont der Mitglieder des Kreisverbands. Es gibt keine strategischen Überlegungen, *wo* die politisierten Jugendlichen „abgeholt“ werden können. So gibt es nur die diffuse Vorstellung, als Partei bekannter unter den linksaffinen Jugendlichen zu werden. Innerhalb der regional stark vernetzten linken Jugendszenen von Antifa bis zu den FALKEN müsse stärker das Bewusstsein vermittelt werden: *„Die LINKEN sind ganz ok, wendet Euch ruhig mal an den Kreisverband“*.

Mit demselben Tenor findet man Beschreibungen von älteren GenossInnen in Ostdeutschland; so reflektiert beispielsweise selbstkritisch ein Kreisvorstandsmitglied:

„Jugendliche würden sich bei uns nicht wohlfühlen. Wir sind diszipliniert. wir geben uns eine Tagesordnung. Da wird entsprechend der Tagesordnung verfahren, rigide die Diskus-

sionszeit eingehalten, da gibt es Für- und Gegenrede. Da sind Leute, die geschult sind in der Moderation, da ist man auch selber diszipliniert, weil man was schaffen will, zwei Stunden ist nicht so viel. Da kann nicht so viel palavert werden. Ich glaube nicht ... Und außerdem treffen wir uns ... in einem Milieu, wo sich vielleicht Jugendliche nicht so hinfinden würden, also im Club der Volkssolidarität."

Sind jedoch Interessenten einmal gefunden, stehen sie mit der Abgabe ihres Aufnahmeantrags vor dem Problem der Sozialisation in die Partei hinein. DIE LINKE ist je nach Perspektive eine mehr oder weniger gut funktionierende Organisation – aber sie hat darin auf allen Gliederungsebenen und in allen Strömungszirkeln ihre Routinen ausgebildet. Über diese verfügen Neumitglieder nicht, was zu ungleich verteilten Kompetenzen und unterschiedlichen Erwartungen führt. So kann es zu Unstimmigkeiten bis hin zu emotionalen Verletzungen kommen, wenn zum Beispiel die Regularien der Versammlung inhaltliche Themen beschneiden:

„Ein Reibungspunkt mit einer ganzen Reihe aktiver Mitglieder war die Frage 'Organisiertes Arbeiten'. Ich bin eben so geprägt, dass wenn ich auf eine Versammlung gehe, erwarte, dass a) eingeladen ist, dass mir b) mitgeteilt wird, was auf der Versammlung läuft und das was auf der Versammlung läuft in etwas was mit dem zu tun hat, wofür sie eingeladen ist; und das es auf der Versammlung bestimmte Regularien gibt, an die sich eben alle halten, das heißt: nach welchen Verfahren wird abgestimmt – und es wird dann auch irgendwann mal abgestimmt, weil man auch eine Verabredung treffen will; und die Versammlung ist auch irgendwann mal zu Ende. Das klingt jetzt banal, aber: Es gibt Leute, für die ist keiner dieser Punkte normal gewesen. Für die war das so: sie kommen auf eine Versammlung und das, was sie jetzt gerade spannend finden wollen sie diskutieren, und sie finden es unmöglich, dass die anderen es nicht so spannend finden und es nicht diskutieren wollen, dass sie so etwas Schlimmes sagen wie: 'Das steht nicht auf der Tagesordnung'. Das ist also verletzend, dass jemand nicht akzeptiert, dass ich gerade ein Anliegen habe.“

Solche Unstimmigkeiten waren insbesondere im Fusionsprozess mit seinen Masseneintritten häufig; sie führten auch zu Enttäuschungen und schnellen Austritten. Lernerfahrungen sind aber auch aktuell noch von Relevanz für Sozialisationsprozesse. Die Partei hat dafür Instrumente bereitgestellt, etwa Angebote für Neumitglieder. Deren Durchführung wird aber höchst unterschiedlich angegangen, wenn sie denn überhaupt stattfindet:

"Ich glaube, die gibt es derzeit nicht mehr- weiß ich nicht, ob die in letzter Zeit mal gelaufen sind. Das sind ja auch keine Seminare, also ich meine, wo ich im Kreisvorstand war, 2009, da hatten wir das auch schon gemacht, da war das eigentlich so ein Treffen, machte man so Kennenlern-Runden, wo man immer die Hoffnung hatte, dass irgendetwas daraus entsteht, dass man sagt: 'Macht halt eine Basisgruppe auf'."

Eine hinreichende Einführung in die Gepflogenheiten der Partei dürfte anders aussehen und müsste zumindest an den Bedarfen der Neumitglieder (und nicht, wie im obigen Beispiel, am Bedarf der Partei) ansetzen – zudem ist sie mit einem einmaligen Treffen auch nicht vollzogen. Erschwerend kommen insbesondere für Neumitglieder von der Bundespolitik losgetretene Debatten, etwa zur Kommunismusfrage oder zur Solidarität mit Kuba hinzu, die es erschweren, Mitgliedschaft aktiv zu leben, wie ein Aktiver bilanziert:

„Bei Leuten, die noch nicht lang dabei sind, ja, da passiert es oft, dass die wieder ausgestiegen sind. (...) Die Inkubationszeit beträgt ein halbes Jahr. Es gab Leute, die sind nach drei Monaten, nach vier Monaten wieder ausgestiegen. Die für sich ihre eigene politische Meinung – vielleicht haben die auch noch nicht kommuniziert – ich meine du kommunizierst ja nicht nur Deine Meinung, Du überprüfst sie dann ja auch mit anderen und es entwickelt sich was – ja, soweit waren die noch nicht. Die waren noch nicht so gefestigt und wenn Du noch nicht gefestigt bist, dann ist es umso wichtiger, was oben gesagt wird. Sie sind im Prinzip allein gelassen worden. Wahrscheinlich hatten die auch noch Stress mit der Verwandtschaft, so: 'Was willst Du denn bei denen?' – und dann noch so was"

In der Quintessenz ist das Verhältnis von Parteiorganisation und -mitgliedern also als ein gegenseitiges zu begreifen – zu einer professionellen Führungsarbeit würde es demnach gehören, Reaktionen der politischen Öffentlichkeit auf eigene Aktivitäten in ihrer Relevanz für die eigene Mitgliedschaft zu reflektieren und gegebenenfalls interne Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld zu verstärken. In Teilen gilt das selbst für Bundeskampagnen, die nicht immer den Nerv der Basistreffen.

5.1.6 Altersspreizung in der Mitgliedschaft

Der im vorherigen Abschnitt thematisierte Generationenunterschied, den es in der LINKEN gibt, deutet auf gravierende Differenzen im Sprach- und Diskursverhalten zwischen Jung und Alt hin. Es gibt Schwierigkeiten, eine gemeinsame Verständigungsebene zu finden.

Ein hochbetagtes Parteimitglied aus Ostdeutschland bringt das Verständigungsproblem auf den Punkt:

"Die jungen Leute möchten sich nicht mit den alten Knackern zusammensetzen. Zu Recht. Wir verstehen ja schon manchmal die Sprache gar nicht, die die jungen Leute sprechen und umgekehrt, sie verstehen uns nicht mehr."

Geradezu spiegelbildlich äußert ein solid-Mitglied:

„Also da sind wir wieder bei dem Punkt. Wenn man sich vorher mal tiefergehender miteinander befasst hätte äh was wir – wo wir immer sagen ja, keine Ahnung ‚warum könnt ihr unsere Punkte nicht nachvollziehen? Ja, ihr fragt ja auch einfach nie nach.‘ – ‚Nee?‘ Denken wir uns halt ‚na gut‘- geht halt nüscht. Was soll man machen, ne? Mehr als Überzeugungsarbeit leisten könn ma auch nicht tun.“

Die intergenerationellen Verständigungsschwierigkeiten resultieren nicht nur aus der unterschiedlichen Sprache. Vielmehr handelt es sich um eine Gemengelage aus zu einander nicht passenden generationenspezifischen Kommunikationsstilen, Habitusformen, Motivlagen für politisches Engagement, Politikstilen, Themenpräferenzen und Ideologien. Linksaffine Jugendliche, die aus dem libertären Spektrum und der Antifa den Weg in die LINKE suchen, sind in der Regel basisdemokratisch orientiert und zunächst an Aktivitäten interessiert. Sie präferieren die Organisationsform des sozialen Netzwerkes mit möglichst flachen Hierarchien und flexiblen Prozessstrukturen. Dagegen praktizieren sehr alte Genossen Parteiarbeit vor allem als konsumatorische Wissensarbeit in festen Parteigruppen und sehen in Parteidisziplin, politischer Geschlossenheit und demokratischen Zentralismus das A und O der Parteimitgliedschaft.

Dabei ist es nicht die lebensphasenspezifische Lage allein oder an sich, die Trennendes entlang der Präferenzen für bestimmte politische Aktionsformen offenbart. Ebenso wichtig ist der Bezug auf konjunktive Erfahrungsräume, die den unterschiedlichen Altersgruppen nicht unbedingt zugänglich sind und die auch nur bedingt in kommunikativ geteilte Erfahrung übertragen werden können. Der Radikalenerlass der siebziger Jahre in Westdeutschland ist dafür ein Beispiel: Für viele der Linken ist das damit einhergehende potenzielle Berufsverbot bei Betätigung und Ausübung des Wahlrechts für linke Parteien ein Menetekel für die eigenen politische Arbeit gewesen, dass sich tief in das kollektive Bewusstsein der davon besonders betroffenen Generation eingeschrieben hat und habitualisiert worden ist. Der negative Bezug darauf ist auch heute noch für sie gegenwärtig und konturiert ihr politisches Handeln, trifft aber auf jene, die zwar um den Tatbestand wissen, aber die damit verbundene repressive Stimmung nicht wirklich spüren – und auch daraus abgeleitetes politisches Handeln in der Gegenwart eher schwer nachvollziehen können. Für sie ist linkes politisches Handeln anders gerahmt. Das manifestiert sich aber keinesfalls nur an verschiedenen Punkten an einer Zeitachse, sondern kann auch nach regionalen Gegebenheiten (Ost-West wie Nord-Süd-Erfahrungen), nach sozialen Lagen oder früheren Mitgliedschaften in Parteien und den dort habitualisierten Stilen differieren. Insofern ist der Generationenkonflikt ein sicher zentraler, aber nicht der einzige politische Handlungen moderierende Gegensatz innerhalb der Partei.

Der Schulterchluss von Jung und Alt kann aber auch an zunächst trivial erscheinende Diskrepanzen in der alltäglichen Lebensführung scheitern.

So schildert ein älterer Genosse:

"Wir haben gerade auch Jüngere dazubekommen, aber deren ganzer Lebensrhythmus ist natürlich ´n ganz anderer und da Termine zu finden."

Spiegelbildlich thematisiert ein 25jähriges ostdeutsches Parteimitglied die Diskrepanz im alltäglichen Lebensrhythmus anhand der Erfahrung in seiner früheren Basisorganisation:

„Die wollen sich einmal im Monat zum Kaffeetrinken treffen, jemand wie wir stört da.“

Das Gefühl, hier ‚nicht reinzupassen‘ veranlasste ihn, sich stattdessen in der lokalen SDS-Gruppe zu engagieren, auch wenn ihn hochschulpolitische Themen kaum interessieren.

Dort treffe man sich auch mal spontan gemeinsam abends „auf ein Bier“ und entwickelt dabei häufig unvorhergesehen gute Ideen für politische Aktionen.

Im Gegensatz zu den älteren Parteimitgliedern bevorzugen die Jüngeren aufgrund ihrer beruflichen Eingebundenheit bzw. ihrer Lebensführung die Abendstunden für politische Aktivitäten. Zudem unterscheiden sich Alt und Jung hinsichtlich des Aktivitätslevels. Die gesunkene Leistungsfähigkeit der Hochbetagten ist ein Faktor, der bei der alltäglichen Parteiarbeit bedacht werden muss. Dies zeigt sich schon bei langen Diskussionen, aber auch bei Aktivitäten und Beteiligung an Aktionen im Wahlkampf.

Ein Effekt der Überalterung in den ostdeutschen Landesverbänden ist, dass die (hier häufig als kleinste soziale Organisationseinheit vorhandenen) Basisorganisationen für interessierte Jüngere wenig attraktiv sind.

Als junges Parteimitglied – erklärt eine hauptamtliche Genossin — „gehst Du nicht wirklich in Basisorganisationen, das wird eigentlich auch nicht empfohlen. Da hast Du einen Altersdurchschnitt von 70 und da finden sich junge Menschen nicht wieder.“

Gerade für die Partei im Osten wird das multiple Passungsproblem zwischen Jung und Alt zu einem unlösbaren Dilemma: Hochbetagte und jugendliche Parteimitglieder können aufgrund der „feinen Unterschiede“ selbst bei gleicher inhaltlicher Verortung innerhalb des linken politischen Spektrums nicht zusammen kommen. Die unaufhebbare Spaltung ist an der Basis vor allem dort virulent, wo eine Generationslücke bei Mitgliedern zwischen 40 und 60 Jahren klafft und daher integrativ wirkende Persönlichkeiten fehlen. Die Gruppe der Hochbetagten und die der Jüngeren sind per se nicht in der Lage, und können es auch nicht sein, sich auf die Erwartungen der jeweils anderen Gruppe einzustellen, geschweige denn, diese Erwartungen zu erfüllen. Die feststellbaren Suchbewegungen von übergeordneten Parteileitungen auf Kreis- und Landesebene (sowie auch von interessierten jüngeren Parteimitgliedern und Interessierte) nach Möglichkeiten, sich in die Partei jenseits der etablierten Basiseinheiten zu integrieren, scheinen deshalb folgerichtig. Eine ähnliche Tendenz der Separierung gibt es auch bei den Älteren in einigen ostdeutschen Bundesländern, die sich als Seniorengruppen formieren. In den Veranstaltungen geht es um bildungspolitische Themen wie etwa die aktuelle Finanzkrise, aber Schwerpunkt sind die kommunistische Traditionspflege und spezielle Themen wie soziale Sicherung und Gesundheitsversorgung älterer Bürger.

Die Neuformierungen von jungen und alten Parteimitgliedern in spezifischen Gruppen innerhalb der LINKEN befördern die Tendenz einer generationellen Spaltung bzw. Fragmentierung der Partei. Jedoch ist anzumerken ist, dass die intergenerationellen Spannungen nicht zwangsläufig zu manifesten Störungen führen. Unter Umständen werden diese Spannungen von den Akteuren als ein eher randständiges Problem erkannt, das zu bewältigen ist. Die unterschiedlichen Generationen können sich durchaus ‚verstehen‘ und an einem gemeinsamen Strang ziehen – dies bedarf aber einer gegenseitigen Aufmerksamkeit füreinander. Da kann es unter anderem auch darum gehen, jenseits bisheriger Praxen Freiräume zu unterstützen, wie das Beispiel einer Jugendgruppe zeigt:

"In ländlichen Strukturen ist es tatsächlich so (...), wenn sich mehrere Jugendliche treffen, gibt es da was. Wenn Leute allein sind und sich nicht irgendwo engagieren können mit wenig Aufwand, dann gibt es die nicht lange. Entweder sie treten gar nicht ein oder sie treten schnell wieder aus. (...) Und dann kommt es noch darauf an, wie der Kreisverband reagiert – wir haben Kreisverbände, die fallen in Ohnmacht, wenn da fünf Rastabezopfte kommen und sagen, wir finden die Hausbesetzer total schön und unterstützen das und gehen zum Konzert. Es gibt aber auch sehr aktive Jugendgruppen, wo der Kreisverband sehr viel ausgehalten hat."

Gleichwohl sollte das Problem der Altersspreizung in der Partei nicht als Auslöser für quasi naturwüchsige Generationenkonflikte missverstanden werden. Es gibt auch Beispiele von jüngeren GenossInnen, die sich sehr schnell und engagiert in das Procedere der Partei einarbeiten und es als effektive Art und Weise des doing politics verstehen. Vermutlich sind dafür die be-

reits angesprochenen Sozialisationsprozesse leitend – sei es innerhalb der Partei oder in ihrem sonstigen sozialen und politischen Umfeld.

5.1.7 Bedingungen der Themensetzung für die politische Arbeit

Die geringen Personalressourcen vor allem in den westlichen Bundesländern führen zu einem doppelten Verstetigungsproblem bei der Bearbeitung aktueller politischer Themen vor Ort: Zum einen können nicht alle Themenstränge gleichermaßen intensiv bearbeitet werden bzw. ist temporär eine Auswahl zu treffen, zum anderen müssen gegebenenfalls einzelne Themenfelder dauerhaft aufgegeben werden, unter Umständen verbunden mit einem Rückzug aus entsprechenden öffentlichen Diskursen vor Ort. Dies kann von der lokalen Öffentlichkeit schnell als Desinteresse der LINKEN an diesen Themen gedeutet werden, die hier in einer Art Bringpflicht steht, der sie nur bedingt nachkommen. Das kann z.B. durch die Arbeit sogenannter sachkundiger Bürger geschehen, mit der kleine Ratsfraktionen die Präsenz der Partei erhöhen könnten – Voraussetzung dafür ist allerdings eine gewisse Professionalität, die erst erlernt werden will, und Stetigkeit, die geschaffen werden muss.

Die personelle Ausgangslage kann durch örtliche Bundes- und Landtagsabgeordnete und die ihnen zur Verfügung stehenden Ressourcen moderiert werden – in der Tat stellen z.B. durch sie finanzierte Büros das fundamentale Instrument der Partei dar, in der Fläche präsent zu sein. Das wie auch die Präsenz von kommunalen bzw. regionalen Fraktionen verändert die Aufgabenstruktur der Basiseinheiten und Kreisverbände: Neue Strukturen müssen erst aufgebaut, bestehende langfristig gesichert werden. Die unterschiedlichen Interessen von Mandatsträgern und Basis sind zu berücksichtigen. Im Hinblick auf das Alltagsleben stellt sich dies als Gelegenheit wie Zwang zugleich dar. In Wahlkämpfen sind die Basiseinheiten der Partei zusätzlich herausgefordert – naheliegender Weise gilt die erreichte Stimmenanzahl als Ausweis guter Arbeit vor Ort.

Von der Parteizentrale initiierte Kampagnen verschärfen die Probleme an der Basis personell wie inhaltlich: Aktive werden zeitweilig eingebunden und von lokalen Themen abgezogen. Außerdem treffen bundesweite Kampagnenthemen häufig nicht den Nerv spezifischer Regionen bzw. erreichen die dortige Klientel nicht. So wird das zentrale Thema Armut zwar als wichtiges anerkannt; Armut in wirtschaftlich aufstrebenden Regionen müsse jedoch als relative Armut spezifisch thematisiert werden, um Bewusstsein bildend und wahlrelevant zu wirken. Armutslagen in Baden-Württemberg zum Beispiel sehen anders aus als in Mecklenburg-Vorpommern – und das nicht nur auf der materiellen, sondern auch auf der mentalen Ebene, wie die Prekarisierungsforschung belegt. Zentral geplant, so die Kritik, weisen Kampagnen eine erhebliche Invariabilität aus, die die Thematisierung vor Ort erschweren kann. Kampagnen der Parteizentrale haben immer einen *einheitlichen* inhaltlichen Bezug zu Thema; folglich hat die Basis nur geringe Handlungsspielräume, um das Thema auf die konkreten lokalen Gegebenheiten herunterzubrechen. Von den unteren Parteigliederungen werden daher insbesondere *modularisierte Materialien* gewünscht, die eine für die lokale Situation angemessene Auswahl

ermöglichen. Eine weitere zentral zu organisierende Kommunikationsstruktur, die von der Basis gewünscht bzw. gutgeheißen wird, sind Regionalkonferenzen, die Vertreter der Basiseinheiten (sei es auf Orts- oder Kreisebene) zum wechselseitigen Austausch zusammenbringen und somit einen gegenseitigen Lernraum zur Verfügung stellen.

Die Situation vor Ort wird zudem gelegentlich durch bundespolitische Aspekte überlagert, die hausgemacht und/oder aufgezwungen sein können, wie etwa die – für das Image der LINKEN vor Ort durchweg schädliche – Kommunismus-Debatte gezeigt hat. Insgesamt wird eine kommunikative Zwangslage der Partei deutlich, die durch die bisherigen Anstrengungen (insbesondere: Kampagnen) noch nicht strategisch bewältigt ist.

5.2 Perspektiven der Mitglieder auf politische Arbeit

5.2.1 Anreize und Motive für die politische Arbeit

Für die Mitglieder der LINKEN ist eine starke ideologische Wertbindung an die programmatischen Leitlinien ihrer Parteien charakteristisch. Wie die Befunde der "Deutschen Parteimitgliederstudie 2009" zeigen, bilden bei 9 von 10 Mitgliedern die Grundwerte der Partei und die sozialistischen Ideale zentrale Motive für den Parteieintritt und –verbleib (Klein /Spier 2011a). Dementsprechend ist bei den LINKEN der Wunsch ausgeprägt, mit dem Beitritt die Partei als Ganzes zu stärken und sich für die Ziele und Inhalte einzusetzen. Inwiefern lässt sich dieser repräsentative Befund für die Gesamtpartei mit der Datenerhebung der vorliegenden Studie spezifizieren und konkretisieren? Ganz überwiegend findet sich bei den ‚einfachen‘ Mitgliedern der Anspruch, als Aktiver an der Basis tragender Teil der Partei zu sein. Daraus wird auch ein gewisses Selbstbewusstsein gegenüber den übergeordneten Gliederungen abgeleitet, insbesondere gegenüber der Bundespartei und den Parlamentariern und Funktionären. Deren Arbeit wird im Allgemeinen geschätzt und in ihrer Belastung auch anerkannt, und Hauptamtliche und Abgeordnete werden auch als Unterstützung gern gesehen. Man selbst bildet sich aber seine eigene politische Meinung und wirkt als ‚Basis‘ eher im Hintergrund an den nach eigener Ansicht richtigen Stellen. Die dazu notwendige Unterstützung durch die Strukturen der Partei wird dabei durchaus selbstbewusst eingefordert. Das geschieht vor dem Hintergrund einer als gemeinsam erachteten Selbstreferenz: Die LINKE sei als außergewöhnliche Partei im Parteiensystem Avantgarde, Aufklärer und politisches Projekt zur Veränderung der Gesellschaft zugleich – ein hoher Leistungsanspruch, der nur im gemeinsamen Handeln aller Ebenen zu realisieren ist.

Dieses allgemeine Selbstverständnis der LINKEN als ‚besonderer‘ politischer Akteur verbindet sich mit spezifischen Motivationen der Mitglieder, in der Partei aktiv zu sein. Die Partei erweist sich a) als ideologischer Bezugsraum, b) als politischer Aktionsraum, c) als soziales, interpersonales Gefüge, d) als Handlungsressource für persönliche Ziele und e) als Karriereoption.

ad a) Als ideologischer Bezugsraum dient die Partei als Gelegenheit zum Austausch mit politisch ähnlich denkenden Menschen. Interesse besteht am Durchdringen alltagspolitischer

Probleme wie grundlegender politischer Positionen, mit deren Hilfe ein eigener, aber kollektiver Standpunkt in der Welt gefunden wird. Die Zugehörigkeit ist weniger akademische Vergewisserung denn haltgebende Orientierung, allerdings wird ideologische Konsistenz als Basis der Alltagspolitik eingeklagt – und deren Stellenwert zu erhöhen versucht. So gesehen besteht ein sekundäre politische Zielstellung im politischen Alltagshandeln: letzteres entsprechend der ideologischen Logik zu konturieren.

ad b) Dient den Einen die Partei als ideologischer Bezugsraum, definieren Andere die Partei dezidiert als einen politischen Aktionsraum, innerhalb dessen kollektiv Politik betrieben werden kann. Das inkludiert den vergleichsweise pragmatischeren Zugang zur Alltagspolitik: konkrete Probleme zwar nach Maßgabe der politischen Einstellung zu lösen, ohne sich dabei strikt an ideologischen Leitlinien zu orientieren, lautet das Credo. Grundlage dafür ist eine gewisse inhaltliche Kompromissbereitschaft. Die als schwierig herzustellen verstandene Kollektivität ist das grundlegend vereinende Moment, weniger als abstrakt verstandene Ideologie.

ad c) Ein Teil der Mitglieder sieht in der Partei die Gelegenheit zum gemeinsamen politischen Austausch. Entsprechende Anreize, die die Partei bietet, sind etwa der Spaß an politischer Vergemeinschaftung und die Option, mit netten, ähnlich denkenden Leuten zusammenzukommen. Der Besuch von Veranstaltungen der Basisorganisation steht im Vordergrund, Gremienarbeit wird allerdings, wenn überhaupt, als eher notwendiges Übel nur gelegentlich übernommen. Insofern findet nahezu eine Umschreibung des Zweckes der Partei von dezidiert politischen Zielen (seien sie ideologisch oder pragmatisch begründet) zu sozial-integrativen Zwecken statt.

ad d) Wieder Andere sehen in den Parteistrukturen eher eine Handlungsressource, um persönliche politische Ziele effektiv umzusetzen. Ausgangspunkt ist dabei die eigene Welt- und Problemsicht, für deren Bearbeitung Mitstreiter gesucht werden – die allerdings eher funktional in den Dienst der eigenen Sache gestellt werden. Es existiert gegenüber den beiden ersten Typen eine Umkehrung des Verhältnisses von Partei und Individuum: die Partei wird auf die eigene Person bezogen und dient als Extension der eigenen begrenzten Möglichkeiten. Dafür Mehrheiten herzustellen bindet zwar Kräfte (permanentes Agieren in Parteikreisen und -gremien, Aufbau und Erhalt informeller Netzwerke etc.), der Ertrag übersteigt den notwendigen Input in der Bilanz jedoch bei Weitem.

ad e) Anreize für den Parteibeitritt können auch persönlich erhoffte Vorteile sein, wie etwa eine berufliche Karriere in der Korona der parteinahen Institutionen, der Fraktionen bzw. des Parteiapparats oder die Bekleidung eines öffentlichen Mandats. „Karrieristen“, die nur in diesem Sinne handeln, dürften sich allerdings kaum halten können – in der Regel ist Aufstiegswillen in der Partei daher nicht singuläre Motivation. Sie generieren zudem einen nicht unerheblichen Professionalitätsvorsprung, der u. U. der Partei zu Gute kommt.

Alle diese Idealformen unterliegen einer Dynamisierung in die eine oder andere Richtung, je länger ein Mitglied in der Partei verbleibt. Sie verschränken sich zudem in unterschiedlichem Maß bzw. führen bei Nichterfüllung zur Konsequenz des Austritts. Die Partei als Organisation

ist auf alle die Rollen angewiesen, bringen sie doch je spezifische Qualitäten in das Alltagsleben der Partei ein, halten eine gewisse Spannung zwischen den Antipoden aufrecht und dienen so unter anderem der Selbstvergewisserung der Institution.

Geht es um die Motivlagen für das politische Engagement in Parteien, kommt man also an der Frage nicht vorbei, ob sich und –wenn ja – wie sich die Motive im Laufe der Parteimitgliedschaft verändern. Während die Bedeutung der ideologischen Wertbindung als Motivationsquelle für Parteimitgliedschaft im Verlaufe der Zugehörigkeit (mit ca. 90 Prozent) in der Gesamtpartei ziemlich konstant bleibt (Klein /Spier 2011a), erhöht sich der Anteil derer, die den Ortsverband stärken (von ursprünglich 38,5 Prozent bei Parteieintritt auf 56,6 Prozent), die den Kurs der Partei beeinflussen (von 49 auf fast 56,9 Prozent) und die einen Parteiflügel stärken wollen (von 20,1 auf 31,7 Prozent). Die deutliche Erhöhung des Bestrebens nach innerparteilicher Einflussnahme ist ein Indikator dafür, dass Parteimitglieder im Verlaufe ihrer Mitgliedschaft stärker in die Parteistrukturen eingebunden werden und Anreize erhalten, hier tatsächlich etwas zu ‚bewegen‘.

Aufschlussreich für die Analyse der „gelebten“ Parteimitgliedschaft der LINKEN ist es auch, danach zu fragen, warum sich GenossInnen aus der aktiven Parteiarbeit zurückziehen bzw. aus der Partei austreten. Neben den aus der politischen Partizipationsforschung bekannten Ursachen für den Rückzug aus einer Partei (Eingespanntsein durch Beruf und Familie, mangelnde Selbstwirksamkeitserfahrung, inhaltliche Divergenzen, etc.) kommt bei Mitgliedern der LINKEN ein weiterer externer Faktor hinzu: die Stigmatisierung durch die soziale Umwelt. In einigen westdeutschen Regionen ist bereits das (öffentliche) Bekenntnis zu dieser Partei ein Problem.

"Glaubst Du, ich kann auf Arbeit sagen, dass ich in der LINKEN bin? Also, ich mein, am 31. werde ich eh rausgeschmissen, aber ich kann da nicht sagen 'Ich bin LINKE'. Vergiss es. Und ich pass auch auf bei vielen Dingen, dass da nicht was im Internet aufpoppt, weil ich suche ab dem Ersten, da haste wieder Arbeit und wenn dann jemand nach meinem Namen sucht im Internet, dann darf der nicht in Bezug auf die LINKE auftauchen. Ja, das ist auch, wenn da jemand ankommt: 'Magst Du nicht- Sprecherin hier, das und das Gremium und so weiter' – das sagt sich so leicht, also in diesem Land muss ich mich noch ernähren und ich hab die Situation durchgemacht, mit einem Zeugnis der PDS Arbeit zu finden hier."

Aber es sind nicht nur äußere Faktoren, die einen Rückzug aus der Partei bewirken. Immer wieder wird in Gruppendiskussionen auf Austritte auf Grund von internen Strömungskämpfen hingewiesen.

Eine in der politischen Bildungsarbeit sehr aktive westdeutsche Genossin verweist auf gewerkschaftlich orientierte Parteimitglieder mit einem pragmatischen Politikverständnis ihres Stadtverbandes, die von „exzentrisch-radikalisierten“ Genoss/innen "weggebissen" wurden. Sie beschreibt in diesem Zusammenhang eine generalisierbare Erfahrung des kollektiven Rückzugs aus der Partei.

"Du hast einen Punkt plötzlich, ich kenne das auch, wo Du keine Chance mehr siehst, Deine Ideen in der Ortsgruppe, im Bezirk-dass Du da Mehrheiten für bekommst. Und dann fällt Dir der Rückzug viel leichter und dann kommen die radikalen Strömungen aus dem

Quark und dann bleibt auch noch der Letzte weg, der eigentlich eine andere Politik machen will, die sich mehr am Alltagsbewusstsein der Menschen orientiert."

Die Befragte beobachtet, wie einzelne Basisgruppen gezielt von sehr homogenen, ziel- und interessenorientierten und in der politischen Gremienarbeit erfahrenen Gruppen unterwandert werden.

Es sind also endogene wie exogene Gründe, die zu einem Rückzug führen können. Das muss für die Partei kein genereller Verlust sein – wenn etwa stille Mitgliedschaften zumindest finanzielle Mittel für die lokale Organisationseinheit bereitstellen. Über den Verlust aktiver Mitglieder hinaus (sei es in Gremien oder 'auf der Straße') werden mentale Abwanderungen aber spätestens dann prekär, wenn sie in Austritte münden – haben diese doch auch einen öffentlichen Effekt (denn der Erfolg der Partei wird auch an der Mitgliederentwicklung bemessen) und entfalten gegebenenfalls eine Sogwirkung. Insofern ist von einer Hierarchisierung auszugehen: Der erfolgreichen und befriedigenden Mitarbeit folgt im Falle eines individuell rezessiven Engagements in der Partei zunächst eine Phase singulärer Enttäuschungen (ggf. kombiniert mit zunehmender Belastung durch politische Aktivität unterschiedlicher Ebenen der Partei): Die eigene Meinung findet keine Mehrheit, ein bevorzugter Kandidat für ein parteiinternes Amt wird nicht gewählt, die Erwartungen an den persönlichen Einsatz steigen etc. Der sich einstellende (auf Personen und/oder politische Positionen bezogene) Unwillen wird durch politische Erfolge nicht mehr aufgewogen. Zur Sicherung der eigenen Integrität wird mit Rückzug zunächst aus besonders beanspruchten politischen Handlungsräumen innerhalb der Partei begonnen. Unabhängig von der Positionierung in der Parteiarchitektur distanziert man sich von der praktischen Arbeit sei es in einer Basisorganisation, einer Strömung oder in Gremien, ohne die Mitgliedschaft in Frage zu stellen. Solche Rückzüge können jedoch die Problematik begünstigen, sind doch davon u.a. die eigenen Netzwerke, der Erhalt von Informationen und informelles Wissen generell betroffen. Ist mit der Entscheidung für einen partiellen Rückzug das Unbehagen an der Partei bzw. den GenossInnen nicht aufgehoben, besteht die Gefahr einer Verschärfung – was konsequenterweise eine Rejustierung des Verhältnisses zur Partei bzw. den GenossInnen nach sich zieht – bis hin zur Entscheidung zu einer rein passiven Mitgliedschaft oder zum Austritt – die jeweils Folgen für die eigene politische Verankerung haben.

Dieser dynamisch verlaufende Prozess hat eigene Gesetze. Je nach Dauer der Mitgliedschaft scheint er in unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu verlaufen: Neue Mitglieder verfügen noch nicht über belastbare Netzwerke oder politische Routine und neigen so schneller zu Eskalationen. Da sie prinzipiell der Partei bzw. deren Protagonisten vor Ort zunächst 'unbekannte Wesen' sind, ist eine Verhaltensänderung weniger auffällig als bei älteren GenossInnen – das Reaktionsvermögen der Partei ist dadurch eingeschränkt. Schließlich ist bei prinzipiell gegebener Überlastung insbesondere von Amtsträgern der Partei eine Einzelfallhilfe schnell überfordernd – im Zweifelsfalle bleiben also strukturelle Probleme der Parteiarbeit unerkannt und werden den ausgetretenen Parteimitgliedern selbst zugeschrieben – eine immunisierende Reaktion in Form der Individualisierung misslingender Integration.

5.2.2 Parteiverständnis

Generell findet sich in der LINKEN ein breit gestreutes Parteiverständnis, das zwischen konventioneller Partei und sozialer Bewegung bzw. linker Sammlungsbewegung changiert. Das korrespondiert zwar auch in etwa mit der Ausrichtung der Quellparteien; allerdings scheinen die Vorstellungen nicht linear auf unterschiedliche vorgängige Erfahrungen in Ost- und Westdeutschland zurückführbar. Vielmehr haben hier auch Faktoren wie Generations- und Milieuzugehörigkeit oder unterschiedliche politische Sozialisationsweisen einen Einfluss.

Drei idealtypische Ausrichtungen zur politischen Alltagsarbeit lassen sich unter den Mitgliedern an der Basis unterscheiden: Den Einen geht es primär um praktisches und konkretes politische Eintreten für bedürftige und benachteiligte Bevölkerungsgruppen; Andere wollen die Partei als eine linke Gelegenheitsstruktur der politischen Arbeit für Mitglieder und Nicht-Mitglieder gleichermaßen etablieren, um durch die Sammlung möglichst breiter Kräfte politischen Druck für gesellschaftliche Veränderungen zu erzeugen; die Dritten wiederum setzen auf die Arbeit im politischen System, um gesellschaftliche Veränderungen zu erreichen, und sehen dort Expertise verlangt, die nur durch einen organisierten Parteiapparat und parlamentarische Vertreter zu mobilisieren ist. Diese Dreiteilung hat ebenso praktische Folgen für die politische Arbeit wie für die Parteiidentität.

Mit diesen Grundorientierungen korrespondieren unterschiedliche Perspektiven auf reformistische Politik vs. Opposition vs. außerparlamentarische Mobilisierung. Aus ihnen resultieren divergierende Bewertungen des Stellenwerts von Sach- und Aufklärungsarbeit, der Eroberung von Machtpositionen in den Parlamenten und der Mobilisierung von Gegenmacht jenseits der Parlamente. Auch innerhalb von Basiseinheiten bleibt zum Teil umstritten, inwieweit man sich auf parlamentarische Arbeit einlassen sollte oder nicht vielmehr der Vermittlung von Einsichten über die kapitalistisch verfasste Gesellschaft und deren negativen Folgen für den Großteil der Menschen verpflichtet sei.

Schließlich berührt das auch die Perspektive auf die Stellung der Partei in der Gesellschaft. Darauf bezogen sind in der Partei unterschiedliche Wahrnehmungen verbreitet, die mit der gesellschaftlichen Relevanz der LINKEN auf den verschiedenen politischen Bühnen korrespondieren und sich mit diesen bzw. daraus erwachsenen medialen Bestätigungen bzw. Irritationen entwickeln (z.B. positiv die Wahlerfolge oder erfolgreiche lokale Initiativen, negativ die Kommunismusdebatte auf Bundesebene). Insbesondere in Westdeutschland und dort verbreiteter in Regionen ohne gesicherte parlamentarische Repräsentanz ist die Wahrnehmung vorhanden, als Linke stigmatisiert zu sein – oft untermauert durch manifeste Erfahrungen der Ausgrenzung.

"Ich hab mit der Muttermilch gelernt 'Geh nie in die Partei, da kommst Du ins KZ'. Also das war, was mir so eingetrichtert wurde schon ganz früh. Ich hab dann für die PDS mal sechs Wochen gearbeitet als Praktikantin und hab nie mehr Arbeit bekommen hier im Land, insofern, war es bei mir: Ich wollte immer in die Partei, hatte aber so emotionale Hemmschuhe und da war es dann wirklich, also der Abend der Bundestagswahl wir sind als

Nichtparteimitglieder eben zur Wahlparty gegangen und das [= der Parteieintritt] war einfach so in der Luft":

Von solchen Stigmatisierungen wird häufig berichtet; sie definieren Mitglieder der LINKEN als Fremde im eigenen Land und erschweren für die Aktiven eine demokratische Auseinandersetzung um Konzepte – letztlich sind es personale Zuschreibungen, die über politische Auseinandersetzung gestellt werden. Dem ist offensiv allerdings nur mit erheblichem Aufwand zu begegnen, geht es doch darum, die vermeintliche Andersartigkeit der LINKEN durch entsprechendes Auftreten als Fehldeutung zu entlarven, wie es ein westlicher Kreisverband versucht:

"Wenn jetzt in den Köpfen so Bilder sind, das sind so verschrobene Kommunisten, Spinner und sonst was – nur die Tatsache, dass wir in einem etwas abgewrackten Restaurant im Saal unsere monatlichen Treffen, unsere Versammlungen machen, nur dass die Bedienung sieht, das sind bürgerlich gekleidete Leute, das sind nicht versoffene Arschlöcher,... Hans hatte einen Euro mehr gegeben und ich hab einen Euro mehr gegeben als wir zu bezahlen hatten, das überhaupt in der Stadt das Bewusstsein durch einzelne Personen transformiert entsteht, das sind ganz bürgerliche Leute"

Ob das Ziel, als normaler Bestandteil des politischen Spektrums anerkannt zu werden, erreicht werden kann, bleibt jedoch in Regionen mit stark antisozialistischen Ressentiments ungewiss. Das ist unter Umständen geeignet, einen Rückbezug auf sich selbst zu unternehmen, der die gemachten Erfahrungen verstärken kann und zugleich wenig Reputation nach innen verspricht. Vor dem Hintergrund solcher Einschätzungen bilden sich unterschiedliche Positionen zum Verhältnis der Partei und der GenossInnen zur Gesellschaft insgesamt wie zu deren Mitgliedern aus. Während die LINKE im Osten durch ihre Geschichte als „Volkspartei“ in breiten Bevölkerungsschichten akzeptiert und als feste Kraft im politischen System etabliert ist, wirkt sie im Westen primär als linke, noch im Aufbau befindliche Oppositionspartei, die als „Interessenpartei“ (so Gregor Gysi auf dem Göttinger Parteitag) Perspektiven auf gesellschaftliche Veränderung propagiert und bündeln will.

Der Anspruch, Alternativen zum Bestehenden formulieren zu können, eint die Mitglieder der LINKEN, ohne dass über die Wege Einigkeit bestünde. Demzufolge etablieren sich sowohl Konzepte mittlerer Reichweite als auch ‚prinzipielle‘ Positionen im Selbstverständnis der Partei. Dabei sind abgrenzende Positionierungen zwar durchaus vorhanden, scheinen aber in der Alltagspraxis eher miteinander zu verschmelzen, wenn etwa visionäre politische Ziele dem konkreten Unterstützungsverlangen von Initiativen oder Einzelpersonen ausgesetzt sind oder Finanzentscheidungen vor dem Hintergrund leerer Kommunalkassen zu treffen sind – realpolitische Abweichungen von Grundsätzen sind dann häufig opportunes wie notwendiges Verhalten, um Schlimmeres zu verhindern. Ein Teil der Mitglieder sieht die Partei als „Kümmererpartei“, die auf soziale Verwerfungen orientiert, hier konkret gefragt sei und Angebote bereitstellen muss, um die Selbstbefähigung der Klienten zu erhöhen:

„Paul: Wir müssen Plattformen- müssen geeignete Formen finden den Menschen- (.) also dass unsere Basis und auch unsere Sympathisanten sich da einbringen können. Man muss sich aber vor Augen führen: die Partei existiert seit vier Jahren, wir können da nicht kon-

kurrieren mit denen, die eine hundert- oder achtzigjährige Geschichte haben. Das geht nicht. Wir müssen da andere Ansätze finden, Bedürfnisse berücksichtigen, die da mitspielen, auch verschiedene Generationen integrieren: das auch zusammenzuführen, da auch eine Klammer zu finden, dass niemand marginalisiert wird, ausgegrenzt wird, an den Rand gedrängt wird auch auf Grund der Nichtbefähigung sich mit verschiedenen Dingen zu befassen, oder auf Grund des persönlichen Schicksals. Das ist eine wichtige Aufgabe, die sich uns stellt.

Heike: Ein großer Teil des Klientels der Partei ist Hartz-IV-Empfänger oder arbeitslos, und dies Leute zu aktivieren ist viel schwieriger als zum Beispiel einen Menschen zu aktivieren, der sowieso schon Arbeit hat. Das hat damit zu tun, wie der Mensch das Leben wahrnimmt, so wie er sich in dem Leben wahrnimmt; und da unser Klientel sich quasi als Verlierer wahrnimmt, zum größten Teil, sind die auch weniger taff, sich was zu nehmen, zu uns zu kommen und zu sagen: 'Jetzt will ich was mitmachen'."

Wichtiger als die programmatische Ausrichtung erscheinen in dieser Perspektive oftmals das Engagement vor Ort und die Persönlichkeit der Mandatsträger. Die Perspektive gerät allerdings schon durch die schiere Masse an Problemlagen unter Druck, die von einer personell zum Teil geschwächten Partei auch kaum zu lösen sind. An den eigenen Handlungen aber prinzipiell die Frage nach Systemstabilisierung zu stellen, unterscheidet diese Haltung von einem rein sozial orientierten Verhalten.

Die Wahrnehmung der LINKEN als „*Kampfpartei*“, die Klaus Ernst in Ergänzung zur eben dargestellten Position einforderte, steht für eine deutlicher politische Auseinandersetzung mit Problemlagen erzeugenden gesellschaftlichen Verhältnissen, die es zu verändern gilt. Darin trifft sich die Position mit der Perspektive auf die LINKE als *Protestpartei* und radikalisiert Letztere gewissermaßen. Beiden Positionen ist auch eine Nähe zu Entwürfen der LINKEN als Partei der sozialer Bewegungen eigen – hier wie dort wird politische Auseinandersetzungen auch mit anderen Mitteln als denen des Parlamentarismus gesucht. Protestler wie Angehörige sozialer Bewegungen erscheinen als die natürlichen Verbündeten einer Partei, die erklärtermaßen gegen die Herrschenden wie gegen herrschende Positionen agiert. Die Leitbilder der Kampfpartei sowie der Protest- bzw. Bewegungspartei streuen in die unterschiedlichen Alterscluster der Partei hinein – sie sind also nur bedingt Ausdruck einer politischen Lebensphase. Sie sind aber auch nicht unbedingt Sinnbild für eine doppelte Verankerung in und jenseits der Parteienpolitik. Auch dazu gibt es letztlich divergierende Perspektiven, ob man Teil einer Bewegung sein will oder den Anspruch hat sie anzuführen. In der ersten Sichtweise spiegelt sich der Wunsch nach bzw. die Einsicht in die Notwendigkeit einer breiteren gesellschaftlichen Basis; im letzteren Fall wird Parteipolitik auch in der Hinwendung zu sozialen Bewegungen doch prioritär gesetzt.

Den bisher referierten eher exogen orientierten Perspektiven auf die gesellschaftliche Verankerung der LINKEN stehen eher endogene Sichtweisen auf die Partei als solche zur Seite bzw. gegenüber. So versteht ein – durchaus nicht nur ‚ostalgotischer‘ – Teil der Mitgliedschaft die LINKE als Gesinnungsgemeinschaft, deren sozialistische und kommunistische Traditionen den Kernbestandteil der Identität ausmachen. Realpolitische Abweichungen können das in unter-

schiedlichem Maße beschädigen. Die Vergewisserung in der Tradition stellt jedoch Maßstäbe dafür bereit, welches Handeln als opportun angesehen werden kann. Die bewusste historische Positionierung verschafft zudem eine feste Identität, die insbesondere bei geringen Wahlerfolgen wichtig ist.

Endogene Perspektiven auf die LINKE beziehen sich auch auf die Frage, wessen Partei die Partei ist: Die aller Genossen und Genossinnen, die als Mitglieder die Entwicklung der Partei wesentlich tragen und daraus auch ein Recht auf politische Teilhabe an diesem Prozess herleiten – oder aber jener Teilmenge der Mitgliedschaft, die in Strömungen oder als Funktionäre bestimmte Schaltstellen besetzen und sich als Avantgarde verstehen. Im Kern ist die Auseinandersetzung um das Konzept Mitgliederpartei auch eines der innerparteilichen Demokratie – es wirkt aber in der Konzentration auf die GenossInnen selbst auch als Abgrenzung zum Konzept der Wählerpartei. Auf den ersten Blick erscheint paradox, dass das Bild der Wählerpartei ein endogenes ist, zielt es doch vermeintlich auf zumeist außerhalb der Linken stehende Personen. Diese qua Wahlstimme zu inkorporieren, schaffe allerdings einen nach innen wirkenden Impuls, der als Leitlinie der Parteientwicklung dienen sollte. Die Partei öffne sich damit nach außen und nehme Impulse der Bevölkerung auf, ohne gleich Bewegungspartei sein zu müssen.

In mehr oder weniger deutlicher Betonung werden solche Konzepte der Dienstleistungspartei oder der Netzwerkpartei thematisiert. Die Vielfalt steht aber eher für das Ringen um einen zeitgemäßen Weg, das die Partei in ihren unterschiedlichen situativen Bedingungen reflektiert. Jedes dieser Konzepte fokussiert spezifisches Klientel und Wähler; in der Realität verschränken sie sich – als kümmernde und zumindest gelegentlich auch kämpfende Interessenvertreter (mit dem Ziel parlamentarischer Relevanz durch Wahlerfolge).

Die Basiseinheiten finden in der geschilderten Gemengelage in aller Regel jeweils einen gemeinsamen Standpunkt und sichern so die Integrität der Gruppe bzw. des Verbandes. Es gibt aber auch Berichte über Austritte, Spaltungen oder die Auflösung von Basisgruppen sowie über den Bruch mit Kommunalabgeordneten bzw. deren Übertritt zu anderen Parteien. Solche Dynamiken werden durch unterschiedliche Grundverständnisse davon moderiert, wie man sich als Basisgruppe innerhalb der Partei aufgestellt sieht. Diesbezüglich sind folgende idealtypische Orientierungen identifizierbar, die in der Alltagspraxis allerdings nur selten in reiner Form existieren:

- *„Einheit durch Geschlossenheit“*: Gegenüber einer als feindselig erfahrenen Umwelt gelten hier geschlossene Reihen als probates Mittel, die eigenen Politikvorstellungen zu pflegen und zu verbreiten. Abweichende Meinungen werden nur temporär toleriert, deren Protagonisten mehr oder weniger aktiv an den Rand oder zum Verlassen der Gruppe resp. der Partei gedrängt. Teils geht damit die Selbsteinschätzung als Avantgarde einher – auch innerhalb der Partei. Das kann zur Marginalisierung führen und verstärkt damit die zugrundeliegenden Schließungstendenzen.
- *„Geschlossenheit und Einheit“*: Ebenfalls einer gegnerischen Umwelt ausgesetzt, besteht das Mittel der Gruppe im kollektiven Aufbau einer inhaltlichen Geschlossenheit, die aller-

dings offener für gemeinsame Modifikationen ist – die Einheit der Gruppe wird auch über die Integration (relativ) Andersdenkender erreicht, was zur Stärkung der Basiseinheit führt. Diese Perspektive verzichtet auf den Gedanken einer avantgardistischen Position, orientiert sich im Handeln stark an konventionellen Praktiken und folgt den Beschlüssen von Landes- und Bundespartei.

- *„Teil des Ganzen“*: Auch hier herrscht eine Orientierung an höheren Parteiebenen vor – wie auch ein starker Bezug auf den Erfolg der LINKE als Partei, ausgedrückt in Wahlerfolgen und Parlamentspräsenz. Daraus sich ergebende Aufgaben und Pflichten werden neben der inhaltlichen Debatte zum eigentlichen Kern der Aktivitäten der Basiseinheit. Die nächsthöheren Gliederungsebenen werden nachhaltig durch Anwesenheit und Mitarbeit unterstützt, vor Ort wird die Präsenz der Partei in der Öffentlichkeit gesichert.
- *„Knoten im Netz“*: Die Arbeit der Basiseinheit wird auf die Partei insgesamt bezogen – nicht die nächsthöheren oder öffentlichkeitswirksamen Gliederungsebenen sind prioritärer Bezugspunkt, sondern die Mitgliedschaft insgesamt, vermittelt über andere Basiseinheiten und den Delegiertenversammlungen der Partei. Das Netz stellt sich als Verbindung unterschiedlicher Basiseinheiten und Knoten dar; der Kontakt insbesondere zu den umliegend Kontenpunkten stärkt die regionale Präsenz der Partei, weitgehend unabhängig von inhaltlichen Differenzen bzw. unter deren bewusster Ausgrenzung.
- *„Einheit der Vielheit“*: Im Vordergrund steht der Aufbau einer konsistenten Perspektive, die sich aus unterschiedlichen linken Ansätzen speist und sowohl bezüglich der grundlegenden Positionen wie den alltagspolitischen Sachentscheidungen auf eine Art Schwarmintelligenz setzt, aus der heraus inhaltliche Beschlüsse gefasst werden. Kennzeichnend sind Offenheit für neue Entwicklungen und Personen sowie ein breites Spektrum 'zugelassener' politischer Perspektiven und Handlungsentwürfe. Dadurch soll der innerparteiliche Prozess der Bewusstseinsbildung und Positionierung gestärkt werden. Links-pragmatische Politik hat einen höheren Stellenwert als ideologische Auseinandersetzung und es besteht eine hohe Affinität zu Inhalten und Aktionsformen der sozialen Bewegungen.
- *„Partei als Bewegung“*: Die sozialen Bewegungen sind auch hier Bezugspunkt des eigenen Denkens und Handelns – bis hin zum Erobern politischer Aktionsräume jenseits der Partei. Deren Regularien und Formalismen werden als teilweise zu starr empfunden, zugleich ist die parlamentarische Verankerung eher notwendiges Übel denn präferierte Aktivität – insbesondere jüngeren Mitgliedern fehlt die Lebendigkeit in der politischen Auseinandersetzung. Die internationalen Beispiele erfolgreicher NGOs und Neuer Sozialer Bewegungen werden auf die politische Realität hierzulande übertragen; die Teilnahme an (bundesweiten) Aktivitäten gilt als Highlight der eigenen Agenda.
- *„aktionistische Peripherie“*: Mehr oder weniger jenseits der Kärnerarbeit regelmäßiger Treffen in Basiseinheiten werden punktuell Aktivitäten der Partei unterstützt – insbesondere dann, wenn sie über die parteiinterne Öffentlichkeit hinaus Aufsehen erregen könnten. In gewisser Weise sind die zumeist jüngeren GenossInnen mit dieser Orientierung

"feste freie Mitglieder" ohne starke Verankerung in den konventionellen Strukturen der Partei– in die sie aber durchaus hineinwachsen können.

5.2.3 Programmatische vs. pragmatisch-prozessuale Ausrichtung von politischer Arbeit

Die jeweiligen Orientierungen der Mitglieder, wie die politische Arbeit vor Ort ausgerichtet sein sollte, lassen sich auf einem Kontinuum abbilden, dessen Extrempole zwei idealtypische Vorstellungen bilden: Der erste Pol, das *programmatische* Verständnis, setzt Grundsatzfragen zentral. Grundlegende Positionen der Partei werden als verpflichtende Richtlinien zum Maßstab der politischen Arbeit vor Ort gemacht. Antworten auf konkrete Fragen vor Ort werden entlang dieser Grundsätze entwickelt. Dagegen setzt das *pragmatisch-prozessuale* Verständnis darauf, konkrete Positionen der Partei vor Ort vor dem Hintergrund der aktuellen Sachfragen gemeinsam zu reflektieren und immer wieder neu zu bestimmen. Die Hintergrundfolie dafür bildet ein diffuses, von den Gruppenmitgliedern kollektiv geteiltes politisches Grundverständnis von „linker Politik“. Dementsprechend werden Programme und weitere Beschlusslagen der Partei eher als Orientierung verstanden und begrüßt, aber nicht eins zu eins auf die konkrete Gegebenheiten herunter gebrochen.

Die Orientierungen auf programmatische versus pragmatische Politikstile variieren unter den Mitgliedern stark, und die Integrationskraft der Basiseinheiten ist in dieser Hinsicht begrenzt. Im politischen Alltag vor Ort können Konflikte bis hin zum Grundsatzstreit entstehen, wenn verschiedene Teilgruppen der Aktiven einer Basiseinheit unterschiedliche Balancen zwischen diesen beiden Basismotivationen aufweisen. Einzelne Basiseinheiten sind nur in begrenztem Maße in der Lage, Mitglieder mit sehr unterschiedlichen Positionierungen zu integrieren. Daraus resultiert im Zeitverlauf entweder, dass sich ein relativer Konsens in der Gruppe herausbildet, durch den Personen mit anderen, mehr zum einen oder anderen Extrempol tendierenden Vorstellungen von politischer Arbeit von der aktiven Arbeit Abstand nehmen bzw. aus der Gruppe herausgedrängt werden.

In einem westdeutschen Stadtverband verlief eine Trennlinie zwischen zwei Fraktionen zum Zeitpunkt der Fusion nicht zwischen PDS und WASG, sondern zwischen den parteipolitisch sozialisierten und gremienerfahrenen Akteuren und einer Vielzahl von Neumitgliedern von WASG bzw. LINKER, die ihre politischen Anliegen ad hoc und jenseits von formalen Verfahrensweisen und innerparteilicher Disziplin durchsetzen wollten. Zentraler Reibungspunkt zwischen den Newcomern und den politisch etablierten Akteuren war die Organisation des gemeinsamen Arbeitens: Während die Erfahrenen auf Tages- und Geschäftsordnung, also auf formaldemokratisch geregelte Verfahrensweisen pochten, wurde dies von den Novizen, die ihnen akut wichtig erscheinende Fragen „spontan“ behandeln wollten und emotionalisiert diskutierten, als unnötige Behinderung ihrer politischen Aktivität wahrgenommen. Die auf formalen Regularien und Strukturen der Zusammenarbeit beharrenden parteipolitisch etablierten Akteure setzten sich mit ihrer Linie durch. Sie begründen ihre heute immer noch dominante Linie damit, dass Regularien für die Parteiarbeit auch dem Schutz von Minderheitenpositionen dienen, indem im Vorfeld Transparenz

über Entscheidungen hergestellt wird. Viele emotionalisierte Novizen traten daraufhin sukzessive wieder aus, obwohl sie eigentlich ein hohes politisches Aktivitätspotenzial hatten. Andere „Neue“ passten sich dem durchgesetzten formalisierten Politikstil an und integrierten sich in die Parteiarbeit.

Die andere Entwicklungsmöglichkeit ist, dass innerhalb einer Gruppe eine Polarisierung zwischen unterschiedlichen Teilgruppen erfolgt, die kontinuierlich um den Stellenwert program-matischer bzw. pragmatischer Orientierungen streiten. Konsensuelle Gruppen arbeiten effizienter, können aber nur Mitglieder mit einer begrenzten Bandbreite von Orientierungen zur politischen Arbeit integrieren; polarisierte Gruppen geben unterschiedlich orientierten Mitgliedern Raum um den Preis eines die konkrete Arbeit möglicherweise lähmenden latenten Dauerkonflikts um den Stil der politischen Arbeit.

5.2.4 Subjektive Bedeutung der eigenen Aktivität in der Partei

Im alltäglichen Engagement zeigen sich unterschiedliche Orientierungen auf die subjektive Bedeutung politischer Aktivität für die Mitglieder. Das *pflichtethische* Verständnis sieht die regelmäßige politische Arbeit für die Partei im idealtypischen Sinne als eine Notwendigkeit, der „um der Sache willen“ nachzugehen ist – also um bestimmte für wichtig erachtete Werte in der Gesellschaft verwirklichen zu helfen, die durch die Partei vertreten werden. Die andere, *assoziative* Grundhaltung sieht die Mitarbeit in der Partei idealtypisch als eine Gelegenheit zur Artikulation eigener politischer Interessen (und nicht als „Dienst an der Partei“). Die Partei ist dafür *ein* Gelegenheitsraum, aber nicht der einzige mögliche, um gemeinsam mit anderen daran zu arbeiten. Empirisch gesehen markieren beide Idealtypen auch hier die Extreme eines Kontinuums, auf dem sich die Orientierungen der Mitglieder verorten lassen.

Parteienmitgliedschaft ist beim ersten Extrempol eine auf (Lebens-)Dauer angelegte Selbstverständlichkeit, bei den anderen eine keinesfalls zwingende Option, die von der Passfähigkeit zur politischen Aktivität abhängig gemacht werden kann. Allerdings wäre es voreilig, daraus die Schlussfolgerung zu ziehen, dass für die Partei vor allem solche neuen Mitglieder funktional wären, die in Richtung der pflichtethischen Orientierung tendieren. Die Analyse der Daten verweist darauf, dass von Personen, die eher dem assoziativen Typus entsprechen, häufig wichtige neue Impulse für die Arbeit vor Ort und Vernetzungen zu anderen politischen Akteuren eingebracht werden. Außerdem ist ein pflichtethisches Verständnis von Parteiarbeit eher selten bereits bei Parteieintritt ausgeprägt, sondern es entwickelt sich aus einer verstetigten Partizipation dieser Personen mit der Zeit auch eine innere Bindung an die Partei und ihre Grundsätze. Plurale Mischungsverhältnisse zwischen Personen mit pflichtethischer und assoziativer Bezugnahme auf die Partei können funktional für die Arbeit vor Ort sein. Ein Mindestmaß an Parteibindung der Aktiven ist erforderlich, es führt aber nicht automatisch zu produktiver politischer Arbeit.

In die Partei einzutreten, erfolgt aus unterschiedlicher Motivation – sieht man einmal von der historisch besonderen Situation der Fusion zur LINKEN ab, die auf Grund einer breiten Euphorie innerhalb linksaffin eingestellter politischer Akteure einen Schub an Eintritten provozierte:

Den Einen gilt die Partei als Hüter fundamentaler politischer Prinzipien und sie beziehen daraus ihre Motivation zur Mitarbeit gerade in dieser Partei und können sich eine andere politische Basis kaum vorstellen. Eine diesbezüglich bezeichnende Position, die über alltagspolitische Zwänge hinausgeht, verdeutlicht das folgende Zitat:

"Letztendlich sagen wir, wir wollen den Kapitalismus überwinden, was immer das auch bedeutet, anscheinend ist das Überwinden das Wort, worauf wir uns alle einigen können. Das bedeutet aber natürlich schon, dass man sich das immer wieder bewusst machen muss, das man genauso gut auch Teil dieses Systems sein kann (...) Ich würde mir da mehr Geschlossenheit wünschen, was diese Prinzipien angeht"

Im Allgemeinen entspringt die Motivation zum Eintritt einer Positionierung hinsichtlich der grundlegenden gesellschaftlichen Konfliktlinien. Politische Arbeit wie auch die Mitwirkung in der Partei gilt als Beitrag zur Veränderung der Gesellschaft insgesamt und inkludiert damit politische Alltagsarbeit in eine transformatorische Perspektive, die auf Alternativen um Bestehenden setzt.

Anderen ist es wichtig, in der Partei einen Fürsprecher für eigene politische Forderungen zu finden, auf deren praktische Umsetzung man hinarbeitet. Gegenüber den an grundlegenden Prinzipien orientierten Mitgliedern ist die Reichweite der in Deckung zu bringenden Ziele geringer, wenn auch unter Umständen sehr hoch: etwa ein neues bundesweites Drogengesetz zu etablieren dürfte den Aktiven einen langen Atem abverlangen. Dennoch ist die gemeinsame Vorstellung von einem solchen Ziel der eigentliche Impuls zum Engagement in der Partei – in gewissen Sinne wird damit eine Komplementärverhältnis etabliert: alleine können weder Einzelne noch eine mitgliederschwache Partei viel bewegen.

Eine in der Fusionsphase für einige Neumitglieder wichtige Motivation war die einer Karriere im politischen Raum – sei es als Parlamentarier oder als hauptamtliche(r) FunktionärIn:

"Es gab meines Erachtens auch schon so Eintritte in der Richtung, diese Partei hat jetzt auf einmal etwas zu verteilen, vor Wahlen, in der Kandidatenaufstellungsphase oder so tauchten auf einmal Leute auf, die aus dem Nichts für alle möglichen Positionen kandidieren wollten, oder sich für Wahlen aufstellen lassen wollten auf ganz ganz vorderen Plätzen"

In aller Regel erschienen die Kosten für eine wie auch immer geartete (berufliche) Laufbahn jedoch zu hoch, so dass viele der Karrieristen schnell wieder ausstiegen. Dennoch ist das Motiv unterschwellig auch gegenwärtig relevant, bietet die Partei doch in bescheidenem Rahmen entsprechende Möglichkeiten, etwa als Referent in der Parlamentsarbeit, in den Landesgeschäftsführungen oder auf Bundesebene. Dabei scheint eine solche Motivation jedoch eine zweiter Ebene zu sein: sie stellt sich erst ein, wenn die erste Erfahrung im politischen Handeln innerhalb der Partei vollzogen sind und stellt eine Professionalisierung dar, die in Formen gegossen wird und den Bedarf der Partei deckt. Dabei ist die berufliche Absicherung als prekär einzuschätzen: nicht nur bestehen die zeitlichen Restriktionen einer Legislaturperiode, sondern sind Stellen auch vom Wahlerfolg an sich abhängig; zudem besteht die Gefahr einer Stigmatisierung mit negativen Folgen für die Aufnahme anderer Tätigkeiten. Insgesamt ist daher davon auszugehen, dass die Karrieremotivation keine große Rolle spielt, im Einzelfall aber sicher

greift. Dafür sind die Parteimitglieder allerdings hinreichend sensibilisiert, so dass zu fragen ist, ob der häufiger geäußerte Vorwurf der Karrieremotivation nicht unterstellende Verdächtigung im personalpolitischen Poker ist.

Eine eher harmonistische Motivation zum Parteieintritt und darauf folgende Aktivität in der Partei ist im Gemeinschaftsaspekt zu sehen, der für viele Mitglieder zentral ist. Sich mit Gleichgesinnten treffen zu können, ist bereits wichtiger Effekt eines Eintritts. Ganz ohne Frage ist vor diesem Hintergrund die gemeinsame politische Arbeit ein ebenso wichtiger Impuls. Zum einen kann man sich aufgehoben fühlen und vergewissert sich einer von Mehreren geteilten politischen Zugehörigkeit. Zum Anderen lassen sich durch einen Beitritt Isolierungen, die aus einer linken politischen Orientierung entstehen können, überwinden. Faktisch scheinen sich einige Mitglieder mit temporärer Ko-Präsenz politisch Gleichgesinnter zu begnügen und keinerlei weitere Ambitionen in Richtung eigener Aktivitäten zu entwickeln; die regelmäßigen Sitzungen der Basiseinheit befriedigen für sie einen Bedarf nach Sozialität.

Eine letzte wichtige Motivation für einen Parteibeitritt ist das kommunalpolitische Engagement. Vor Ort konkrete Anliegen mit Mitstreitenden zu bearbeiten und damit etwas für die lokale Gemeinschaft zu tun, ist für viele Einsteiger primäre Vorstellung von gelungener politischer Arbeit in der Partei. Von weiten Teilen wird sie auch über lange Zeit gepflegt. Nur zum Teil bestehen dann Ambitionen, etwa als Delegierte die nächsthöhere Parteiebene zu betreten. In dieser Genügsamkeit steckt auch ein Teil des Haushaltens mit der eigenen Kraft, die zu verausgaben nicht alle bereit sind – neben macht- und interessenpolitischen Aspekten ein natürlicher Filter für die politische Karriere in Partei und/oder Parlament.

5.3 Die Praxis der Parteilarbeit an der Basis

5.3.1 Arbeits- und Organisationsstile und Entscheidungsprozesse in der Gruppe

Im Parteilalltag der Basiseinheiten bilden sich unterschiedliche Praxen des gemeinsamen politischen Arbeitens heraus. Eine Arbeitsweise orientiert sich am Idealtypus der *Basisdemokratie*. Hier sind Mitglieder stärker beteiligt, aber die Prozesse sind u.U. aufreibender und zeitraubender, da in der Regel ein Konsens angestrebt wird. Die Umsetzung des basisdemokratischen Prinzips der gemeinsamen Konsensfindung in der alltagspraktischen Parteilarbeit hat ihre Grenzen.

KV-Mitglieder einer westdeutschen Kleinstadt thematisieren während der Gruppendiskussion mehrfach, dass die angestrebte Konsensorientierung nicht immer aufrecht zu erhalten ist und in solchen Fällen auf das Prinzip der Mehrheitsfindung umgestellt wird. „Wir diskutieren Sachen und versuchen einen Konsens hinzukriegen und es gibt einfach Punkte, wo es keinen Konsens gibt, das ist einfach so, oder wo wir einfach keinen Bock mehr haben zu diskutieren und dann wird abgestimmt.“

Demgegenüber vollziehen sich beim *formalisiert-arbeitsteiligen* Organisationsstil Austausch- und Aushandlungsprozesse nach dem Top-Down-Prinzip: Die von der Basis demokratisch ge-

wählten Funktionsträger distribuieren Informationen und organisieren Dispute und Entscheidungen. Initiativen der ‚einfachen‘ Mitglieder werden über die Funktionsträger vermittelt eingebracht. Dies führt zu höherer Effizienz der Organisation. Funktional ist diese Arbeitsweise vor allem dann, wenn die ‚einfachen‘ Mitglieder mit einer eher ausführenden Rolle zufrieden sind. Hierzu ein aussagekräftiges Beispiel:

In einem größeren Ortsverband wird die Arbeit in hohem Maße vom Vorstand strukturiert, der festlegt, welche Aktionen bzw. Veranstaltungen man in welcher Form durchführt und welcher ‚Personalbedarf‘ dafür besteht. Auf dieser Grundlage werden dann punktuell weitere Aktive von den Vorstandsmitgliedern mobilisiert. Im Vorstand wird nach vorgängiger ausführlicher Diskussion der verschiedenen Positionen durch Abstimmung entschieden, wenn sich kein Konsens erzielen lässt. Über diesen Modus herrscht Konsens. Allerdings übt der Vorstand bewusste Selbstbeschränkung bei grundsätzlichen Fragen. Hierzu beruft er jeweils eine außerordentliche Mitgliederversammlung ein (ca. 2-3 Mal im Jahr). So wurde bspw. anlässlich der letzten OB-Wahl lange und heftig darüber diskutiert, ob man einen eigenen Kandidaten aufstellen solle. Letztendlich wurde auf einer Mitgliederversammlung darüber abgestimmt.

Insbesondere der formalisiert-arbeitsteilige (aber auch der basisdemokratische) Modus kann zu einem *charismatischen* Organisationsstil als drittem Idealtypus mutieren, wenn sich die Basisgruppe von einer fokalen Person beherrscht wird. Effizient für die Arbeitsweise der Gruppe ist dieser Modus dann, wenn die Führungsperson vergemeinschaftend wirkt und die Mitglieder nur indirekt lenkt, also nicht patriarchal-hierarchisch agiert. Er wirkt aber auch einengend für eine aktive inhaltliche Beteiligung der übrigen Mitglieder, und langfristig schottet sich eine um die charismatische Person zentrierte und stark vergemeinschaftete In-Group gegenüber potenziellen neuen Mitgliedern ab.

Den drei idealtypischen Modellen wohnen je unterschiedliche angestrebte Formen der Transparenz inne – hier allumfassende Einbringungs- und Mitsprachemöglichkeiten für Alle, dort Klarheit über das Procedere und die Grundposition(en) und klare Machtverteilung. Formale Verfahren mit Mehrheitsentscheiden müssen nicht notwendig zur Ausgrenzung eines Teils der Beteiligten führen; entscheidend ist einerseits, ob der Entscheid im starken Sinne konflikthaft erfolgt („Kampfabstimmung“), und andererseits, ob die Entscheidung von allen Beteiligten, also auch von den Unterlegenen, akzeptiert und letztlich mitgetragen wird. Dies ist abhängig vom sozialen Klima innerhalb der Gruppe und von der Frage, ob es sich um ‚Lager‘- oder um Sachentscheidungen handelt. Die drei unterscheidbaren Praxisstile in den Parteigruppen werden in ihren Voraussetzungen und positiven wie negativen Effekten schematisch in Tabelle 3 zusammengefasst:

Tabelle 3: Idealtypische Arbeits- und Organisationsstile und Modi der Entscheidungsfindung

	<i>basisdemokratisch-deliberativ</i>	<i>zentralistisch-formalisiert</i>	<i>charismatisch-personenfixiert</i>
<i>Voraussetzungen</i>	Konsensbereitschaft; Deliberative, verständigungsorientierte Diskussionskultur innerhalb der Gruppe	Klare Funktionsaufteilung, insbesondere Führungspositionen	Einzelmitglied(er) mit Führungsanspruch und Gestaltungswille Bereitschaft der Basis zur Gefolgschaft
<i>Positive Effekte</i>	Umfassendes Ausloten verschiedener und ggf. konfligierender Positionen Einbringungs- und Mitsprachemöglichkeiten für Alle Ergebnisse, die von allen mitgetragen werden	Vorgängige Klärung der Entscheidungsgrundlagen Strukturierter Verfahrensablauf Klare Positionsbestimmung auch bei Dissens innerhalb der Gruppe Transparenz nach außen	Klarheit über Machtverteilung in der Gruppe Kurzer Entscheidungsprozess
<i>Negative Effekte</i>	Hoher Zeitaufwand Blockieren von zielführenden Entscheidungen	Vorschnelle Entscheidungen Gefahr der Ausgrenzung von Minderheiten „Deckeln“ von internen Konflikten, Interessensgegensätzen der Gruppe	unausgewogene Entscheidungen und autokratischer Führungsstil Clan-Bildung und Kumpanei Gefahr der Ausgrenzung von Minderheiten und Nichtberücksichtigung von Mehrheitspositionen Arbeitsüberlastung der Führungsperson

Die reale Praxis der Parteiarbeit stellt sich in den von uns untersuchten Fällen jeweils als Mischform der drei Idealtypen dar. So sind etwa bei formalisiert-arbeitsteilig oder charismatisch organisierten Gruppen häufig basisdemokratische Elemente vorfindlich – wenn diese auch „im Fall des Falles“ nicht als Generalmodell dienen. Das Beharren auf formalisierten Verfahren und Prozeduren dient aber ebenfalls der Strukturierung der Entscheidungsfindung, indem im Vorfeld durch Beschlussvorlagen Transparenz geschaffen und Allen eine vorherige Auseinandersetzung mit der Vorlage ermöglicht wird, und indem auf der Grundlage eines Mehrheitsentscheids eine klare Position bestimmt wird.

Empirisch betrachtet, stellen sich an der Basistendenziell am ehesten Mischungsverhältnisse aus den beiden ersten Organisationsstilen ein. Soweit charismatische Führungspersonen vorhanden sind, konzentrieren sie sich überwiegend nicht dauerhaft auf die Leitung der Basisgruppe, sondern werden in höheren Gliederungsebenen der Partei aktiv und erfüllen eine Brückenfunktion zur Basis. Zum Teil behalten sie aber – insbesondere in „schwachen“ Basisgruppen, in denen personelle Alternativen fehlen – auch ihre inhaltliche Dominanz in der Basisgruppe aufrecht. Aus diesem Grund sollten verbindliche parteiinterne Regelungen für eine Ämterteilung mit Vorsicht diskutiert werden: in Aufbau- bzw. Stabilisierungsphasen mag Ämterhäufung funktional erscheinen und dürfte in nicht wenigen Fällen der numerischen Stärke neuer Basiseinheiten geschuldet sein, sie führt aber auch zu Überforderung und trägt in sich die Gefahr der Verkrustung von Machtstrukturen.

Quer zu den idealtypischen Formen wie zu ihren Mischtypen ist ein *weiterer Modus des praktischen Arbeitens* empirisch häufig anzutreffen, der auf einem Mangel an aktiven Mitgliedern beruht. Daraus resultieren Konstellationen wie die im folgenden Fallbeispiel aus einem Ortsverband in einer westdeutschen Großstadt:

„I: Und wie kommt ihr beispielsweise zu Beschlüssen? (.4.) S1: Im Zweifelsfall durch Abstimmung aber das kommt selten vor. /S2: Ja. / S1: Gell? /S3: Mhm. /S1: Meistens (..) gibt's einfach so ne Form von Konsens. /S4: Nee also ich mein, Vorschläge werden angenommen wenn sie durchführbar sind, und durchführbar hängt im Wesentlichen davon ab ob jemand das auch bereit ist /S1: bereit is, ja. /S4: zu machen. /S1: Klar. Das ist ähm die Machtfrage. /S4: Also das is- das is die Machtfrage; genau. /S1: Also bei uns bestimmen die Arbeiter. (*allgemeines Lachen*)“

Primäres Kriterium dafür, ob eine Aktion auch tatsächlich durchgeführt wird, ist ihre „Durchführbarkeit“, also das Vorhandensein von Ressourcen und Arbeitskapazitäten Aktiver. Beschlüsse werden daher meist konsensuell gefasst, regelrechte Abstimmungen sind eher selten. Leitbild ist ein „konstruktives Zusammenarbeiten“. Eine weitere Ursache für die „familiäre“ Atmosphäre – im konkreten Vergleich mit anderen Ortsverbänden in der Stadt – wird von den Befragten in der Abwesenheit von Aktiven mit elaborierten ideologischen Positionen gesehen, die mit Anderen kontroverse Grundsatzdiskussionen ausfechten bzw. versuchen, ideologische Positionen der konkreten Sacharbeit vor Ort überzustülpen, die für die Befragten im Vordergrund steht.

Für die Parteiarbeit an der Basis können unterschiedliche Balancen zwischen Basisdemokratie, formal-arbeitsteiliger Funktionsübernahme und der personenfixierten Organisation funktional sein. Dies ist jeweils abhängig von der konkreten Konstellation vor Ort. Organisationsstile und Modi der Entscheidungsfindung in den unteren Parteigliederungen sind keineswegs nur machttheoretisch zu denken, sondern als Orientierungen bezüglich der politischen Kultur bei den Einzelnen und als gewachsene kulturelle Praxis der jeweiligen Gruppe.

Ersichtlich wird dies insbesondere in Darstellungen des Fusionsprozesses von PDS und WASG in den westlichen Bundesländern. Hier trafen in den Basiseinheiten häufig sehr unterschiedliche Vorstellungen von politischer Kultur und Praxis aufeinander, die sich in beiden Quellparteien in gemeinsamer Interaktion herausgebildet hatten. Zum Teil führte dies zu grundlegenden Konflikten in der gemeinsamen politischen Arbeit.

Als Beispiel sei ein Stadtverband einer westdeutschen Großstadt angeführt, in dem die lokale PDS eine Praxis der intellektuell-abstrahierenden Auseinandersetzung mit politischen Themen in verständigungsorientiert und abwägend geführten internen Debatten und öffentlichen Veranstaltungen in den Fusionsprozess vor Ort einbrachte, während in der lokalen WASG eine Orientierung auf direkte politische Aktionen mit konkretem Themenbezug vorherrschte und es bei inhaltlichen Debatten „auch schonmal laut zuring“, weil es primär um schnelle Entscheidungsfindung in die eine oder andere Richtung ging, um „aktiv werden“ zu können. Entsprechend entspann sich nach der Fusion ein mühevoller Verständigungsprozess über die Debattenkultur und den internen Umgang miteinander, der in der Setzung von Grundregeln im Umgang miteinander mündete. Die unterschiedlichen kulturellen Praxen der politischen Arbeit der Quellparteien sind aber in der gemeinsamen Arbeit vor Ort heute immer noch erkennbar.

Mit den jeweiligen Orientierungen gehen unterschiedliche Politikstile einher, die den Charakter der jeweiligen Basiseinheit prägen. Anzuraten ist eine regelmäßige Verständigung und Selbstreflexion der Gruppe über ihre Arbeitsweise – insbesondere wenn es sich um volatile

Gruppen handelt, deren hohe Fluktuation den andauernden Import neuer Erwartungen beinhaltet.

5.3.2 Der Umgang mit strömungspolitischen Differenzen

Die in der Öffentlichkeit stark beachteten innerparteilichen „Strömungen“ sind eine Binnenstruktur der LINKEN, die insofern funktional ist, als sie unterschiedliche politische Perspektiven bündelt und organisiert sowie innerparteiliche Kräfteverhältnisse sichtbar macht (und Karrierepfade eröffnet). Zugleich droht sie aber innerparteiliche Macht- und Deutungskämpfe sowie eine Fragmentierung der Mitgliedschaft voranzutreiben, die dem Projekt einer vereinigten Linken entgegenwirken. Diese Problemsicht findet sich bei vielen Befragten.

Die beiden folgenden Statements bringen diese Problemsicht auf den Punkt:

„Das ist der Virus bei den Linken: treffen sich drei Linke und es gibt vier Strömungen.“

„Da ist der innerparteiliche Feind schlimmer als der gesellschaftliche Feind außen.“

Als Sammlungsbewegungen politischer Kräfte, die um Einfluss in der Partei ringen, haben die Strömungen auf den unteren Gliederungsebenen allerdings keine durchschlagende, sondern eher eine latente machtpolitische Bedeutung. Die eigene Verortung zu einer Strömung und die damit oft einhergehende die Abgrenzung gegenüber anderen Strömungen dienen häufig zur Selbstvergewisserung der Mitglieder untereinander.

Konfliktträchtig sind insbesondere ideologische Auseinandersetzungen und Personalentscheidungen. Für ein im starken Sinne *gemeinsames* Arbeiten förderlich sind daher generell die Abwesenheit von Karriere- oder Durchsetzungsambitionen einzelner Strömungsmitglieder sowie die Abwesenheit widerstreitender politischer Grundausrichtungen in der Gruppe. Die Relevanz von Strömungszugehörigkeiten kommt vor allem in jenen Basisgruppen nicht zur Geltung, in denen eine pragmatische Grundhaltung der Aktiven ausgeprägt ist. Ideologisch-politische Differenzen können durch die sach- und aktionsorientierte Arbeit überbrückt werden.

In der Regel müssen in den Basisgruppen oder Kreisverbänden spezielle Arrangements gefunden werden, um trotz vorhandener unterschiedlicher Grundorientierungen zusammenkommen, bzw. um Sympathisanten einer bestimmten Strömung aus der aktiven Arbeit vor Ort nicht hinauszudrängen. Eine erfolgreich praktizierte Strategie besteht etwa darin, durch eine proportionale Beteiligung bei der Ämter- und Mandatsvergabe – auch bei Dominanz einer Strömung – alle vertretenen Richtungen zu berücksichtigen *und* darauf zu achten, dass ein Teil der Plätze durch relativ „strömungsunabhängige“ Mitglieder besetzt wird, die im Zweifelsfall moderierend wirken können.

Ein Beispiel für eine institutionalisierte Form der Überbrückung von Differenzen liefert ein größerer West-Kreisverband, in dem die Aktiven nach politischer Grundorientierung verschiedenen „Fraktionen“ angehören. Um eine schleichende faktische Ausgrenzung einzelner Fraktionen zu vermeiden, wurde – getragen auch und gerade von der in diesem KV mehrheitlich vertretenen Fraktion, die dies auch hätte verhindern können – eine Grundsatzentscheidung getroffen, jenseits des realen Strömungsproporz Delegationenplätze für

Kreis- oder Landesparteitage sowie kommunale Wahllisten nach einem Verteilungsschlüssel zu besetzen, der allen Gruppierungen die Teilhabe sichert. So wird zur Einfriedung potenzieller Konflikte beigetragen.

Im Datenmaterial gibt es vielfach Hinweise, dass hinter den strömungsbedingten Distinktionsversuchen interne Konkurrenzverhältnisse und Machtkämpfe (etwa zwischen AGs) stehen. selbst wenn es sich nur um subtile Abgrenzungsrhetoriken und Ausgrenzungen durch Terminsetzungen handelt, die im Rahmen des Alltagsgeschäfts der politischen Arbeit praktiziert werden.

Eine Passage aus einer Gruppendiskussion in einer regionalen AG Betrieb und Gewerkschaften ist hierfür exemplarisch. Hintergrund ist hier das Reibungsverhältnis zwischen Gewerkschaftern und Antikapitalistischer Linker, das sich im mangelnden Respekt füreinander manifestiert, wenn etwa, wie berichtet, auf Landestreffen Vertreter bestimmter Kreisverbände allein durch Mimik Äußerungen anders orientierter Kreisverbände disqualifizieren oder verbal Verachtung durchscheinen lassen, wenn bestimmte Personen genannt werden. Das setzt sich auf administrativer Ebene fort:

„Auf Landesebene [haben wir eine] Strömungsproblematik, es geht um die Aufarbeitung eines alten Konflikts. Da wurden und werden immer noch Machtspiele bei Besetzungen Landes- und Bundesdelegierter betrieben, etwa dass von bestimmten Regionen niemand zu den LMVs gehen kann, weil zeitgleich gewerkschaftliche Delegiertenkonferenz war. Man versucht, bestimmte Leute rauszuhalten“

Im weiteren Verlauf des Interviews werden daraus entstehende Konsequenzen resümiert: „Das ist das Problem, wenn interessierte Gewerkschafter und Sympathisanten das mitkriegen: 80Prozent werden sich abwenden ob dieser Spielchen. Es gibt auch konkrete Beispiele von Betriebsräten großer Betriebe, die sich abwenden.“

Nicht nur personelle Abgänge resultieren aus den Strömungskämpfen. Auch die inhaltliche Auseinandersetzung leidet unter den emotional aufgeladenen und mit persönlichen Angriffen gespickten Auseinandersetzungen. Zudem geraten konkrete Projekte der Parteiarbeit vor Ort ins Hintertreffen.

So schildert eine Aktive aus einer westdeutschen Großstadt, dass ihre Basisorganisation strömungsbedingt über große Probleme wie Israel-Palästina diskutiere, es aber nicht auf die Reihe bekomme, eine Pressemitteilung für „Mietspiegel veröffentlichen“ zu schreiben. Es wird resümiert: „Wir schaffen es nicht, für die Probleme vor Ort was zu tun, oder zu spät“

Die mögliche Tiefe solcher Differenzen wird am folgenden Beispiel deutlich, in dem es um zwei Perspektiven auf die Bedeutung spezifischer Strömungen geht, die die Zweiteilung eines Stadtverbands beförderten.

Eine Genossin gibt ihren Eindruck bezüglich als dominant empfundener Kreise wieder und wird von einer anderen Genossin gekontert:

Petra: „Da war von Anfang an Wurm drin, Gewerkschaftsbosse werden als zu mächtig und starr empfunden, man hat Ausgleich mit anderen Strömungen nicht herstellen können, dadurch Zweiteilung.“

Thea: „Da geht mir die Hutschnur hoch: ohne GewerkschafterInnen in der Partei könnte nicht einmal ein Protokoll erstellt werden! (*gereizt:*) so ganz banale Dinge!“
 Vermachtung vs. funktionierender Parteialltag werden einander als Einzelkriterien gegenübergestellt und absolut gesetzt, ohne sie zu einander in Beziehung zu setzen. So kann Verankerung der Gewerkschaften als spezifisches komplexes Phänomen der Gruppe nicht erfasst werden, was Raum für die Pflege von Konkurrenzen bietet, für deren Ausgang die erfolgreiche Besetzung von Parteiämtern Ausweis ist.

Die großen Wahlerfolge der LINKE auf Landesebene werden in der Regel zu innerparteilichen Zerreißproben. Dies zeigt sich an den Regierungsbeteiligungen in einigen ostdeutschen Bundesländern. Alte Strömungskämpfe zwischen reformorientierten Parteimitgliedern und jenen, die eine strikte antikapitalistische Oppositionspolitik fordern, brechen auf und der Riss zieht sich durch bis in die unteren Gliederungseinheiten. Problematisch wird es, wenn – wie in Berlin – Kreisverbände nicht hinter der Landesregierung stehen und einzelnen Personen mit Misstrauen begegnet wird.

Im Datenmaterial finden sich vielfältige Hinweise für die Persistenz konfligierender Strömungsaktivitäten innerhalb der Partei. Sie führen – wie oben beispielhaft verdeutlicht – zu emotional aufgeladenen Deutungskämpfen und persönlichen Angriffen, gehen aber darüber hinaus. Offenbar taxieren sich Gruppen, die „gegnerischen“ Strömungen zugehören, genau und belauern sich argwöhnisch, wie im folgenden Statement eines Aktiven einer regionalen AG Betrieb und Gewerkschaften deutlich wird:

"Wenn es um Inhalte geht, ist die AKL ein ganzes Stück von B&G entfernt – nach dem Motto: warum haben die jetzt wieder vergessen, die Revolution auszurufen – haben wir wieder eine Chance verpasst".

Zuweilen werden gar strategische Verhaltensweisen praktiziert, um innerparteilichen Machteinfluss zu erlangen. Hierzu ein Beispiel aus dem Kontext der jüngsten Programmdebatte:

Wie Parteimitglieder, die sich der KPF zuordnen, erklärten, sei der Programmentwurf von ihnen nicht primär in Hinblick auf die enthaltenen einzelnen Punkte diskutiert worden. Stattdessen ging es um eine Positionierung zum Entwurf insgesamt. Hintergrund der starken Kontroversen innerhalb der KPF war ein machtpolitisches Taktieren. Es wurde von den AG-Mitgliedern prospektiv das Szenario durchgesprochen, dass reformorientierte Genossen den Entwurf nicht akzeptieren. Sollte die KPF, so die zentrale Frage unter den Mitgliedern, von vornherein eine Kompromisslösung ansteuern oder ihre eigene programmatische Linie als Gegengewicht zum FDS in die Waagschale werfen, so dass eine Kompromissfindung anstünde: "*Setzen wir dann, diese Diskussion hat's gegeben, ganz massiv, auf jede Sache, die von der einen Seite kommt, sozusagen eine Verschärfung von der anderen dagegen, damit die Mitte bleibt*" Die KPF entschied mehrheitlich (im Sinne des Musters „Einheit und Geschlossenheit der Partei“) dafür, dass das Programm insgesamt verteidigt werden sollte. In diesem Zusammenhang äußern sich die KPF-Vertreter freimütig, dass ihr Verhältnis zum FDS durch eine "*ideologische Auseinandersetzung*" geprägt sei. Der FDS hat für die KPF-Mitglieder offenbar weniger den Status eines Mitkonkurrenten um innerparteilichen Einfluss, sondern wird vielmehr als ideologischer und personeller Gegenpart angesehen, an dem man die eigenen Aktionen ausrichtet. Wie an dem Beispiel der Programmde-

batte deutlich wird, kann man hier von einem *agonalen Verhältnis* der AGs untereinander mit Zügen einer *kultivierten Feindschaft* sprechen. Obwohl die Kontroversen mit dem FDS in Form von Papieren und Veranstaltungen hart geführt werden, agiert man bei konkreten Aktionen zusammen, „weil man ja letztendlich in einer Partei ist“.

Insbesondere jüngere, ambitionierte Parteimitglieder distanzieren sich ganz bewusst von den um sie herum wahrgenommenen strömungsbezogenen Querelen. Sie wünschen sich, dass die „Grabenkämpfe“, die nicht Halt machen vor persönlichen Anfeindungen, Diskreditierungen, „Mobbingpraktiken“, „Email-Schlachten“ und „Verschwörungstheorien“ aufhören. Trotz ihrer in mehreren Gruppendiskussionen explizit geäußerten Kritik gibt es eine Reihe von Hinweisen, dass die jüngeren Parteimitglieder selbst in solchen strömungsbedingten Distinktions- und Deutungskämpfen involviert sind und sich ihnen nicht entziehen können. Ein solcher latenter Mechanismus wird exemplarisch an der Antwort auf die Frage danach deutlich, wo man sich in der Partei sieht:

„Das ist eine gute Frage, weil ja sozusagen, von den Kritikern der so genannten Reformer, zu denen wir uns ja zählen, wird oft gesagt, wir sind irgendwie die rechts außen der Partei oder man wolle sich der SPD anbieten und der ganze Quatsch. So, aber wenn man sich mal die Kritik anguckt, also auch die Kritik der Leute, die sich als linksradikal bezeichnen würden, ist das eine diametrale Umkehrung, weil die Linksradikalen oder die AKL-Leute, haben oftmals eine Kritik, die an der Oberfläche kratzt. Und zwar diese personifizierte Kritik. Da wird Kapital mit jemandem konkret verbunden – Ackermann oder so und dann wird gesagt: „Der Ackermann verdient zu viel“, aber es findet gar keine Systemkritik statt. Und was ich sehe, ist, dass bei den Reformern viel mehr eine Systemkritik stattfindet und das ist von daher die viel radikalere Kritik, anstatt eben sozusagen an den Auswüchsen des Systems rumzumeckern. Von daher würd ich mich als sehr links in der Partei bezeichnen, aber ich weiß, dass Leute in der Partei, die nicht meiner Meinung sind, mich als sehr rechts bezeichnen.“

Festzuhalten sind hier vier Aspekte. Erstens macht der Befragte den Grad seiner linken Gesinnung an der Zugehörigkeit zu einer Strömung (der Reformer) fest. Zweitens problematisiert er, dass die Fremdwahrnehmung durch die (linksradikalen) Kritiker dieser Strömung nicht mit seiner eigenen Selbstwahrnehmung übereinstimmt. Der Umstand, dass sich der Befragte selbst (und die Reformer) nicht als Teil des rechten Spektrums innerhalb der LINKEN sieht, als welcher er wahrgenommen wird, steht in einem engen Zusammenhang mit dem dritten Aspekt: die linke und rechte Verortung innerhalb der LINKEN ist *relativ* ist und wird jeweils nur als ein *relationales* Verhältnis (zwischen den Zuschreibungen „links“ oder „rechts“ zu sein) aufrecht erhalten. Die Ausführungen des Befragten laufen darauf hinaus, die linksradikalen Kritiker der Reformer zu diskreditieren, indem er ihnen vorwirft, sie würden lediglich eine oberflächliche und rein personifizierte Kapitalismus-Kritik betreiben und lediglich „an den Auswüchsen des Systems rummeckern“. Dagegen finde „bei den Reformern viel mehr eine Systemkritik statt“. Diese vermeintlich „radikalere Kritik“ bringt der Befragte als Begründung ins Spiel, um sich „als sehr links in der Partei“ zu bezeichnen. Letztlich wähnt er sich – so die mit dem Verweis auf die „diametrale Umkehrung“ vorab schon angedeutete Intention – viel linker als die Linksradikalen. Der Umstand,

dass der Befragte gar nicht erklärt, warum eine systembezogene Kritik radikaler sein soll als die der Linksradikalen, und wodurch genau diese Kritik gekennzeichnet ist, verweist darauf, dass die Strömungszugehörigkeit tatsächlich eine latente Bedeutung für die Selbst- und Fremddefinition als LINKER hat.

Wohl gemerkt, bei der zitierten Person handelt es sich um einen jüngeren Genossen, der die strömungsbedingten Auseinandersetzungen eigentlich ablehnt, aber die dahinter stehende Distinktions- und Diskreditierungskultur selbst – ohne dass ihm das bewusst ist – verinnerlicht hat. Unter den Parteimitgliedern gibt es häufig eine ausgeprägte Mentalität, die sich als den ‚wahren‘ Linken zu positionieren, um mit diesem elitären Bewusstsein Abweichler und Kritiker von der eigenen Position zu bekämpfen. Das Deklarieren der (eigenen und fremden) Strömungszugehörigkeit wird gewissermaßen zu einem Brandsatz, innerparteiliche Distinktions- und Deutungskämpfe zu entzünden. Die Suche nach dem ‚Gegner in den eigenen Reihen‘ ist ein Effekt der Art des innerparteilichen Umgangs mit den strömungspolitischen Differenzen in der LINKEN, aber auch des hohen Grads an Selbstbezüglichkeit der politischen Auseinandersetzung.

5.3.3 Verhältnis zwischen Mandatsträgern und Basis

Entscheidungsprozesse finden nun nicht nur innerhalb der lokalen Parteigliederung statt. Ein wichtiges und häufig nicht konfliktfreies Feld bildet das Verhältnis zwischen der Partei und ihren Vertretern in Lokal- und Regionalparlamenten. Hier lässt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen den parlamentarischen und den außerparlamentarischen Akteuren hinsichtlich ihrer Erwartungen an die parlamentarische Arbeit feststellen. Die Mandatsträger entwickeln andere Problemsichten als die Parteibasis, betonen ihre erworbene Sachkompetenz und beanspruchen häufig Handlungsspielräume bzw. versuchen sich zum Teil von der lokalen Parteigliederung zu entkoppeln, indem sie sich auf die grundgesetzlich definierte Rolle als nur dem eigenen Gewissen verpflichtete Abgeordnete berufen. Im Verständnis der Basis und des lokalen Parteivorstands sind sie dagegen primär Abgeordnete der Partei, die, teils im innerparteilichen Wettstreit mit anderen Kandidat/innen, von der Partei für dieses Amt zur Wahl gestellt und im Wahlkampf unterstützt wurden.

In einem westdeutschen Kreisverband besteht die Kreistagsfraktion der LINKEN aus zwei Mandatsträgern. Der Kreisverband hatte etwa ein Jahr zuvor einen inhaltlichen Dissens, zu dem dann noch persönliche Konflikte zwischen Kreisvorstand und den Kreisräten hinzu kamen. Momentan ist man mit den beiden Mandatsträgern entzweit, die sich völlig aus dem Kreisverband zurückgezogen, aber weiterhin als Kreistagsfraktion der LINKEN agieren. Das hat für den Kreisverband u.a. zur Folge, dass man derzeit auch von Informationen aus Kreisrat und -administration abgeschnitten ist, die für die alltägliche Parteiarbeit wichtig wären. In diesem Sinne wird der Zwist mit der Fraktion von einem der Befragten als „Selbstamputation“ bezeichnet. Aus Sicht des Kreisverbands versuchen sich die beiden Kreisräte illegitimer Weise von der Partei „abzunabeln“ und eine eigene Politik zu machen. In dieser Aussage kommt der klare Anspruch der Basis auf einen Primat der Partei gegenüber den Mandatsträgern zum Ausdruck – dem sich diese im konkreten Fall aber nicht un-

terwerfen. Konsequenz wird sein, dass die beiden derzeitigen Mandatsträger bei der nächsten Wahl vom Kreisverband nicht mehr nominiert werden. Der nicht konstruktiv gelöste Konflikt führt also zu Nachteilen für beide Seiten.

Aber auch eine Personalunion zwischen Mandat und Parteiamt schafft nicht unbedingt Abhilfe.

Auf die Frage nach dem Verhältnis der Akteure in den Basisorganisationen, dem Kreisverband und der Fraktion vor Ort angesprochen, schildert ein Interviewter:

„Wir haben hier den günstigen oder ungünstigen Fall – kann man ja auch sehen, wie man will – dass der Parteivorsitzende auch der Fraktionsvorsitzende ist. In der Hinsicht gibt es schon Verbindungen. Es gibt auch beim Vorstand einige, die auch in der Fraktion was machen, da mitarbeiten, aber von so einem Austausch habe ich noch nicht viel mitbekommen. So weit ich weiß, möchte man auch immer Klausurtagungen machen, Fraktion und Parteivorstand, ist aber auch nie passiert, weil die Leute absagen – keine Ahnung. Also es ist voneinander sehr stark getrennt, muss man wirklich sagen, Basis lebt für sich, Vorstand lebt für sich und dann die Fraktion.“

Diese Situation ist geradezu paradigmatisch für das Verhältnis von Partei und Fraktion. In gewisser Weise existieren Paralleluniversen, die auch von den häufigen Doppelfunktionen nicht miteinander verbunden werden. Zu vermuten ist, dass dies die Komplexität der Aufgaben der Protagonisten nochmals erhöhen würde (bei schon hoher Belastung) und deshalb der vermeintlich leichtere Weg der Abschottung gegangen wird. Das dieser mittel- und langfristige negative Effekte auf das Engagement zeitigen kann, wird ausgeblendet.

Wenn die Mandatsträger ohne Rückkopplung mit der Parteigliederung vor Ort agieren, fühlen sich die Parteimitglieder durch die Mandatsträger ins politische Abseits gedrängt und um ihre Teilhabe am politischen Prozess gebracht. Allein der Kompetenzvorsprung der Mandatsträger, der sich für gewöhnlich aus der fachlichen Arbeit im Rat ergibt, ist noch keine hinreichende Legitimation dafür, dass sie Positionen festlegen. Vielmehr müssen diese in enger Rücksprache mit der Partei interne Legitimation für ihr parlamentarisches Handeln erst herstellen. Nicht selten ist in den Basisgliederungen aber die Praxis, dass die Mandatsträger alle in den Rat eingebrachten Beschlussvorlagen gemeinsam mit der Parteibasis entwickeln – hier werden also Ideen des imperativen Mandats innerhalb des formalen Rahmens einer repräsentativen Demokratie umgesetzt.

Ein großer Stadtverband verkoppelt Parteibasis und Ratsfraktion über die wöchentliche „Montagsrunde“, die auch offen für Nichtmitglieder ist. Alle im Stadtrat anstehenden Entscheidungen werden dort diskutiert und es wird darüber abgestimmt. Die Entscheidungen sind verbindliche Vorgaben für das Abstimmungsverhalten der Ratsfraktion. (Es gibt auch die Möglichkeit zu beschließen, die Mandatsträger nicht auf eine Linie festzulegen, so dass dann auch ein gespaltenes Abstimmungsverhalten der Ratsfraktion möglich wird.) Abstimmungsberechtigt sind Alle (auch Personen, die nicht Parteimitglieder sind), die regelmäßig an den Treffen teilnehmen. Dadurch wird ausgeschlossen, dass eine Interessengruppe gezielt Unterstützer zur Teilnahme an einem Treffen mobilisiert, um einzelne Entscheidungen in ihrem Sinne zu beeinflussen. („Überraschungsmehrheiten“ sind dadurch ausgeschlossen; eine längerfristig konsistente politische ‚Linie‘ wird somit sichergestellt.)

Dieses Fallbeispiel dokumentiert zugleich einen spezifischen Modus der Einbeziehung von Nicht-Mitgliedern in die Parteiarbeit.

5.3.4 Offenheit für Nichtmitglieder und lokale Verankerung der Basisgruppen

Die Einbindung von interessierten Nicht-Mitgliedern ist abhängig von ihren Partizipationsmöglichkeiten vor Ort. Inwieweit sich Basisgruppen für Nichtmitglieder öffnen, variiert. Diese unterschiedlichen Öffnungsgrade sind abhängig von der eigenen Identität der Parteigliederung. Es herrscht generell die Einsicht vor, dass eine komplette „Offenheit“ dysfunktional wäre und eine zumindest partielle Ausgrenzung von Angehörigen bestimmter Gruppierungen (sei es nach politischen Grundpositionen oder nach Politikstilen) angesichts einer großen innerparteilichen Heterogenität nach innen funktional (bzw. notwendig) für die Effizienz der eigenen Arbeit ist.

In einzelnen Basisgruppen haben sich unterschiedliche Praxen etabliert, die eine graduelle Abstufung der Beteiligungsangebote beinhalten: niedrigschwellige Klauseln (z.B. mehrmalige Teilnahme gewährt Abstimmungsrecht) mittlere Hürden (z.B. mehrmalige Teilnahme gewährt Rederecht) oder manifeste Grenzen (z.B. ohne Mitgliedschaft kein Rederecht) verdeutlichen den Spannungsbogen.

So öffnet sich ein Kreisverband thematisch durch das Instrument eines sehr offenen kommunalen ‚Ratschlags‘, bei dem Rederecht und Abstimmung per Bekanntheitsgrad zugewiesen wird, aber nicht von Mitgliedschaft abhängig ist, während die Besetzung von Ämtern und Mandaten den Mitgliedern vorbehalten bleibt.

Die beschriebene „Öffnung“ gegenüber Nicht-Mitgliedern beschränkt sich aber bei nicht wenigen Basisgruppen darauf, Interessierten nach dem Motto „Lasset die Kindlein zu mir kommen“ die Möglichkeit zu bieten, an eigenen Veranstaltungen teilzunehmen. Seltener herrscht die Einsicht vor, dass ein aktives Zugehen auf die Bevölkerung produktiv ist, um das eigene Image vor Ort zu verbessern.

Die Aktiven eines Kreisverbands in einer peripheren, konservativ geprägten westdeutschen Region sehen es, nachdem sich der Kreisverband konsolidiert und seine Arbeitsfähigkeit hergestellt hat, als eine zentrale Aufgabe an, die stark marginalisierte Stellung der LINKEN vor Ort aufzubrechen. Der Weg dazu soll sein, möglichst in den einzelnen Orten des Kreises Präsenz zu zeigen und das Gespräch mit der Bevölkerung zu suchen, um sich als „ganz normale Partei mit ganz normalen Positionen“ zu präsentieren:

„dass wir jetzt eben dabei sind- angefangen haben und das weiterentwickeln wollen dass wir n bisschen weg aus den Hinterzimmern der Gaststätten und bisschen mehr unter die Leute und unter die Menschen wollen. <...> Die Leute kommen nicht zu uns; wir müssen zu den Leuten.“

Um sich als kollektiver Akteur in der Kommune bzw. Region zu etablieren, müssen sich die Basiseinheiten der LINKEN zudem politisch und sozial verankern. Hierbei ist eine vor allem kompetente Kommunal- bzw. Regionalpolitik von Bedeutung. In diesem Kontext gibt es sehr

unterschiedliche Balancen der „Schließung“ und „Öffnung“ der Basisgruppen gegenüber anderen politischen Akteuren vor Ort.

Der Grad der Offenheit gegenüber anderen Parteien variiert zwischen den untersuchten Basisgruppen beträchtlich. Vielerorts wird gar nicht mit diesen geredet bzw. kooperiert – was in Westdeutschland aber häufig darin begründet liegt, dass die anderen Parteien vor Ort die LINKE ausgrenzen bzw. ignorieren. Berichtet wird aber auch von gemeinsamen Aktionen mit Vertretern der SPD und den Grünen bis hin zur ÖDP oder DKP.

Eine wichtige intermediäre Struktur, die (temporäre wie verstetigte) Zusammenarbeit mit anderen politischen Akteuren auch jenseits der Parteien ermöglicht, sind (lokale wie überregionale) Bündnisse und Initiativen. Allerdings bringt dies Herausforderungen und Probleme für die LINKEN. Häufig berichten Befragte, dass sie von anderen lokalen Akteuren aus lokalen Bündnissen ausgegrenzt werden.

Ein westdeutscher Stadtverband mit gut 100 Mitgliedern ist in einer Bürgerinitiative aktiv, die sich gegen ein großes kommerzielles innerstädtisches Bauvorhaben richtet. Der Stadtverband der LINKEN hatte frühzeitig einen Beschluss ihrer Mitgliederversammlung gegen das Bauvorhaben gefasst und war zur Sondierung der Möglichkeiten Gründung einer Bürgerinitiative mit der örtlichen attac-Gruppe in Kontakt getreten. Auch Grüne und SPD zeigten Interesse an einer Beteiligung, wollten aber die LINKE nicht als Initiatorin sehen. Letzten Endes wurde die Bürgerinitiative von attac initiiert. Weil Grüne, SPD und einige weitere Mitglieder keine generell ablehnende Position gegenüber dem Bauprojekt haben, gibt es innerhalb der Bürgerinitiative Uneinigkeit über die generellen Ziele. Der Stadtverband der LINKEN verbindet ihre ablehnende Position zu dem Bauvorhaben mit einer klaren antikapitalistischen Grundhaltung (Verhinderung von privatkapitalistischer Investitionsanlagen im innerstädtischen, öffentlichen Raum). Diese antikapitalistische Grundhaltung wird auch innerhalb der Bürgerinitiative deutlich gemacht und nachdrücklich kommuniziert. Dies führt bei den Bündnispartnern zu Ressentiments. Diese befürchten eine Dominanz der LINKEN. Andererseits wurde die Erfahrung gemacht, dass beim Verschweigen ihrer Parteizugehörigkeit Vorwürfe der „Unterwanderung“ der Bürgerinitiative aufkommen. Als praktikables kurzfristiges Gegenmittel erscheint es den Aktiven der LINKEN, mit den anderen in der Bürgerinitiative Aktiven einen trinken zu gehen, um im persönlichen Kontakt Ressentiments gegen die LINKE abzubauen und zunächst Akzeptanz als Person zu gewinnen.

Symptomatisch zeigt sich hier ein grundsätzliches Problem der Partei bei der lokalen Verankerung in Bürgerinitiativen und ähnlichen Strukturen. Um die Partei als akzeptierten Bündnispartner ‚vor Ort‘ zu etablieren, müssen die Parteimitglieder sachorientiert mit Anderen partnerschaftlich kooperieren und dabei Kompromisse schließen. Zugleich müssen die Mitglieder ihre programmatischen Positionen nach außen nachhaltig vertreten, um die Partei als politischen Akteur zu stärken.

Ursächlich dafür ist zumindest auf der lokalen Ebene die hohe Bedeutung personaler Beziehungen und wechselseitiger persönlicher Wertschätzung in der politischen Arbeit, die den Parteienbezug überlagert. In diesem Sinne ist weitergehend — auch die persönliche Reputati-

on der Protagonisten vor Ort in ihren alltäglichen Lebenszusammenhängen eine wichtige Ressource für die politische Arbeit. Das kann der Betriebsrat eines in der Region wichtigen Unternehmens ebenso sein wie die seit Jahren in der Kommune agierende Politaktivistin oder der Genosse, der einer sozialen Einrichtung angehört und hier eine entsprechende Aufmerksamkeit erhält. Neben der Reputation der Institutionen selbst sind insbesondere das seriöse Auftreten als Vertreter der Linken, konstruktive Mitarbeit und Zuverlässigkeit relevant. Unsteter Aktionismus wie auch Grundsatzerörterungen schaden dagegen eher und verhindern, zentrale Positionen in relevanten Netzwerken besetzen zu können.

Entscheidend ist, wie ein Genosse aus einer ländlichen Region Ostdeutschlands erklärt, das Vertrauen der Dorfbevölkerung gegenüber den Personen im Kommunalparlament. Wichtiger als die Parteiprogramme sei oftmals das Engagement und die Persönlichkeit der Mandatsträger. "Jetzt nehme ich den [Klaus] Ernst mit seiner Kümmererpartei – aufm Dorf ist das absolut nötig und da wird es auch honoriert"

Sowohl eine kontrollierte Öffnung der Partei für interessierte Nichtmitglieder als auch die Kooperation mit anderen politischen Akteuren vor Ort sind funktional dafür, dass die Basisgruppen sich Gehör für ihre eigene Position schaffen. Der soziale Austausch mit anderen politisch Interessierten bzw. Aktiven und das aktive Zugehen auf die lokale Öffentlichkeit sind zugleich wichtige Instrumente, um Akzeptanz für die – nicht selten pauschal angefeindete – Partei zu schaffen.

5.3.5 Partei vor Ort als sozialer Zusammenhang

Für die Herstellung oder das Entstehen eines sozialen Zusammenhangs der mehr oder weniger regelmäßig und unterschiedlich intensiv Aktiven in der Gruppe zeigen sich zwei grundsätzlich verschiedene Orientierungen: Die Einen präferieren eine harte Sachorientierung, der es darum geht, gemeinsam an der politischen Idee zu arbeiten, und glaube nicht an die integrierende bzw. mobilisierende Wirkung „geselliger“ Veranstaltungen. Sozialität innerhalb der Partei erwachse vielmehr aus der gemeinsamen inhaltlichen Arbeit der Aktiven von selbst. Exemplarisch für diese Haltung steht die folgende Einschätzung eines westdeutschen Vorstandsmitglieds eines mitgliederstarken Kreisverbands:

„Gesellig sind die Leute, die nicht nur in der Partei sind, sondern die sich über die Partei auch bereits kennengelernt haben. So, und das sind auch immer noch genug, und für die auch mal ein Fest zu machen, ist auch ne schöne Sache, und dass das Sommerfest nicht geklappt hat, war schade; aber ich glaube nicht, dass das jetzt das Format ist, wo ich nicht aktive Mitglieder hinterm Ofen hervorlocke.“

Die Anderen setzen stärker auf ein verbindliches Gemeinschaftsgefühl, auf dessen Grundlage gemeinsam Politik betrieben wird. Bei jüngeren Parteimitgliedern gibt es teilweise das Bedürfnis, sehr viel miteinander zu machen und zu erleben.

Exemplarisch für diese Ausrichtung ist die folgende Schilderung einer Basisorganisation, deren Mitglieder sich untereinander sehr gut kennen und für die Gruppe eine verlängerte Peer-Group von politisch Gleichgesinnten ist:

Eine Teilnehmerin resümiert das mit der lapidaren Feststellung „Man wächst so zusammen.“ Es wird viel Wert auf social events in und jenseits der politischen Arbeit gelegt. So treffen sich BO-Mitglieder regelmäßig in der Geschäftsstelle zum gemeinsamen "Tatort"-Schauen. Neuerdings wird ein monatliches Wochenendbrunch organisiert, wo es explizit nicht um politische Themen gehen soll, sondern "um Tratsch und Klatsch" und private Gespräche.

Auch bei der politischen Arbeit wird auf das soziale Miteinander viel Wert gelegt. Handlungsleitend ist die Maxime: "man will ja, dass die Leute Lust haben, mitzuarbeiten; und sie müssen sich auch aufgehoben fühlen. Und das geht am Anfang tatsächlich am besten, wenn man zusammen in die Kneipe geht oder sich nach der BO auf ein Bier zusammensetzt".

Im persönlichen Kennenlernen untereinander wird von vielen GenossInnen eine Ressource für die eigentliche Parteiarbeit gesehen. Insbesondere das oben beschriebene Phänomen der persönlichen Anfeindungen untereinander aufgrund sozialisationsbedingter Diskrepanzen kann wirkungsvoll durch interne Veranstaltungen zum gegenseitigen Kennenlernen und zur kollektiven Selbstfindung eingedämmt werden.

Symptomatisch ist die Erfahrung eines ostdeutschen BO-Vorsitzenden:

„Wenn man weiß, was der andere für ein Buch liest oder was für einen Wein trinkt, dann kommt man in politische Auseinandersetzungen auch gar nicht so schnell dazu, den anderen zu verletzen“. Eine Teilnehmerin der Gruppendiskussion verweist auf den positiven gruppenbildenden Effekt, wenn in Arbeitstreffen auch mal Raum zum „Quatschen in netten Atmosphäre“ ist.

Faktisch führt die Existenz beider Orientierungen für die Parteiarbeit – der Fokussierung auf das Abarbeiten von Sachthemen und das persönliche Sich-Kennenlernen – dazu, dass Treffen einen hybriden Charakter zwischen politischer Bühne und Gemeinschaftserleben aufweisen. Je nach Ausrichtung der Gruppe allein auf ‚Sacharbeit‘ oder auf das Soziale variiert auch der Stellenwert gemeinsam organisierter Feste, Fahrten und kultureller Veranstaltungen. Diese stärken insbesondere die Bindung zu den passiven Mitgliedern vor Ort. Allgemein wird von den Aktiven beklagt, dass aufgrund der hohen Belastung durch politische Sacharbeit soziale und kulturelle Aspekte innerhalb der Partei zu kurz kommen. Allerdings ist der Eindruck nicht von der Hand zu weisen, dass es sich bei einem Teil derer, die dies äußern, eher um einen selbst herbeigeführten Zustand denn um ein real wahrgenommenes Defizit handelt. Insgesamt scheint die Orientierung auf „Sacharbeit“ in den meisten Basisgruppen dominant.

Für den sozialen Zusammenhang vor Ort sind fokale Personen – sei es der Vorsitzende oder eine ‚Graue Eminenz‘ – wichtige Impulsgeber: sie geben durch persönliches Beispiel implizit vor, wie der soziale Zusammenhalt in der Partei gelebt wird. Das kann als kooperativer Umgang miteinander ohne autoritäre Muster geschehen oder aber in eher direkter Art erfolgen. In aller Regel hat sich aber ein von den Mitgliedern getragener Stil eingefunden, der in der inhaltlichen Auseinandersetzung mittels Argumenten zwar hart, aber die Integrität der Beteiligten während ist.

Gelegentlich wird dieser Umgang miteinander allerdings dynamisiert: Der Wettbewerb um innerparteiliche oder parlamentarische Ämter setzt Umgangsformen zwar nicht außer Kraft, verlangt den Protagonisten aber ein besonderes Gespür für Verletzungen der unausgesprochenen Regeln ab. In diesen Auseinandersetzungen spielen auch Platzhirsche eine unrühmliche Rolle, wenn sie nachrückenden GenossInnen partout nicht weichen wollen. Wie solche Kämpfe verlaufen können, verrät einiges über den sozialen Zusammenhalt. Im folgenden Beispiel geht es um ein positives Beispiel einer Vorstandwahl, für die zwei Mitglieder kandidierten:

"Das Problem war, das er schon Fraktionsvorsitzender ist, und das das ein Teil der Leute nicht wollte, das ein Kreis- und Fraktionsvorsitz in einer Hand sind, weil das politisch ja ein bisschen schwierig ist und weil er privat eingespannt ist: schafft er wirklich alles gut zu machen? Das man dann gesagt hat, soll der andere antreten, der ist auch schon länger im Kreisvorstand, der erste nicht so lange, er kennt den Laden schon ein bißchen, das ist besser (...) Arbeiten jetzt gut zusammen, früher wurde bei solchen Gelegenheiten aber auch schon mal Porzellan zerschlagen."

6 Resümee: DIE LINKE als kollektiver Akteur

Ziel dieser Studie war die Untersuchung des Parteilebens der LINKEN an der Basis der Parteigliederungen. Analysiert wurden zum einen die kollektiv geteilten, sowohl milieubedingten als auch zugleich milieubildenden Orientierungen und sozialen Praxen der Mitglieder in den Basiseinheiten, zum anderen die organisatorischen Voraussetzungen und institutionalisierten Strukturen dieser Basiseinheiten. Beide Aspekte lassen sich nur analytisch voneinander trennen; in der Praxis sind sie miteinander eng verzahnt. DIE LINKE lässt sich nur dann als „kollektiver Akteur“ begreifen, wenn rekonstruiert wird, wie sich die Parteimitglieder in ihren spezifischen Gruppen- und Milieuzusammenhängen in die Parteiorganisation *einpassen*, und inwieweit komplementär die Organisationsstrukturen zur alltäglichen Parteiarbeit vor Ort *passen*. Gerade das Aufzeigen der empirisch auffindbaren Verzahnungs- bzw. Passungsverhältnisse zwischen den kollektiv agierenden Parteimitgliedern (Akteuren) einerseits und der Parteiorganisation (Struktur) andererseits mit all ihren typischen Ausprägungsformen, Entwicklungspfaden, Problemen und Spannungen lässt eines deutlich hervortreten: DIE LINKE zeichnet sich durch eine vielfältige „gelebte Mitgliedschaft“ an der Basis aus. Die Grundlagen für diese Lebendigkeit der Partei werden nachfolgend resümiert.

6.1 DIE LINKE – ein politisches Milieu der Linken

Die Parteimitglieder der LINKEN bewegen sich (als Akteure) in einem *gemeinsamen Milieu* der politischen Linken. Das Gravitationszentrum dieses Milieus ist ideeller Art: Die kapitalismuskritische politische Grundeinstellung und die Suche nach Alternativen zur bestehenden Gesellschaft (und insbesondere zum Wirtschaftssystem). Tatsächlich führt die kapitalismuskritische politische Orientierung die Mitglieder der LINKEN zusammen, obwohl ihre sozialstrukturellen Milieuhintergründe und die damit verbunden kulturellen, biographischen und politisch-normativen Bezüge sehr heterogen sind. Man könnte hier von „feinen Unterschieden“ (Bourdieu) zwischen den GenossInnen bzw. von innerparteilichen Milieubildungen innerhalb des gemeinsamen Milieus der LINKEN sprechen. Wesentliche Aspekte dieser ausdifferenzierten Milieubildung sind:

1) Unterschiedliche sozialstrukturelle Milieuhintergründe

Bezogen auf den sozialen Status reicht die Bandbreite von gesellschaftlich marginalisierten Hartz IV-Empfängern über Arbeiter und Handwerker, prekär beschäftigte Akademiker, berufsbio-graphisch abgesicherte Angestellte (auch im öffentlichen Dienst) bis hin zu Selbständigen und einem hohen Anteil an Rentnern (insbesondere im Osten). Mithin spiegelt die Mitgliedschaft höchst unterschiedliche Milieuhintergründe – was u.a. differente Erwartungen an die Partei hervorbringt, aber auch unterschiedliche Politikansätze von der Problemlösung bis hin zur Systemüberwindung konturiert. Mit dem sozialen Status einher geht zudem ein spezifi-

scher Bildungshintergrund, der nur zum Teil durch politische Bewusstseinsbildung in der Partei aufgefangen werden kann. Solche Unterschiede kennzeichnen die Mitglieder der LINKEN als zunächst inhomogene Gruppierung, die sich zu gemeinsamen handeln erst verständigen - und dabei sozialstrukturelle Grenzen erst überwinden muss. Dass dies nicht immer gelingt, zeigen die relativ häufig berichteten Beispiele des Rückzugs von Hartz IV-Empfängern.

2) Divergente politische Sozialisationserfahrungen

Ein im Hinblick auf die Milieubildung fundamental wichtiger Aspekt ist die politische Sozialisation. Sie findet als politischer Aktivierungsprozess statt, der auf verschiedenen Pfaden verläuft und unterschiedliche habitualisierte politische Praxisformen hervorbringt. In dieser Sozialisation unterscheiden sich Parteimitglieder nicht von Parteifernen (vgl. Matuschek et al. 2011): Hier wie da sind initiale Anlässe und Verstetigungsformen in Initiativen, Bewegungen und Parteien gleichermaßen zu verzeichnen. Diese Dynamik kann als familiäre Tradition bereits früh eingeübt sein; der Eintritt führt damit gleichsam die Familienhistorie in die Zukunft fort. Sie kann aber auch durch peer-groups in Schule und Studium aktiviert werden oder aus dem beruflichen resp. gewerkschaftlichen Umfeld hergeleitet sein.

Die Sozialisationserfahrungen lassen sich nicht auf eine reine Ost-West-Differenz reduzieren, gleichwohl sind mit den beiden Quellparteien aber spezifische Milieukonstellationen verknüpft: Auf der einen Seite eine demokratisierte ehemalige Kaderpartei (mit einem ungebrochen elitären Selbstbewusstsein vieler alter Mitglieder und einer suchenden Haltung nach Wegen zu einem demokratischen Sozialismus bei den Jüngeren), die als Sprachrohr der sich als marginalisiert fühlenden ostdeutschen Bevölkerung den Status einer Volkspartei hat; auf der anderen Seite ein Konglomerat gesellschaftskritischer Linker, die in unterschiedlichen Konstellationen – sei es in linken Splitterparteien, als interne linke Opposition in SPD oder GRÜNEN, als kritische Gewerkschafter oder in sozialen Bewegungen – Marginalisierungserfahrungen im politischen Feld gesammelt haben.

Die jeweiligen Sozialisationshintergründe münden in spezifische pragmatische bzw. ideologische Positionen. Ob sie innerhalb der einzelnen Landesverbände in eine gemeinsame Performanz *für* die Partei umgemünzt werden können oder aber einen lähmenden Spaltpilz in sich bergen, strukturiert die weitere Entwicklung der Basiseinheiten wie der Landesverbände. In diesem Zusammenhang scheint die Parlamentspräsenz insbesondere auf Landesebene disziplinierend in dem Sinne zu wirken, dass Inklusion unterschiedlicher Ansätze um so eher gelingt, je stabiler die Verankerung in den Parlamenten ist. Das gilt für die östlichen Landesverbände als durchgehende Erfahrung, während die westlichen Landesverbände diesbezüglich volatiler in ihrer Performanz sind.

3) Variation politischer Orientierungen und Praxisformen

Bezüglich der politischen Orientierungen und bevorzugten Praxisformen reichen die innerparteilichen Milieuunterschiede von Jugendlichen bzw. Postadoleszenten mit postmaterialistischen Werthaltungen, die aktionsorientiert sind und alternative Formate politischen Handelns entwickeln, über Mittelalte und Ältere, die die Parteistrukturen primär als Debattierclub nut-

zen, ohne größere politische Aktivität mit Außenwirkung zu entfalten, bis hin zu pflichtethisch motivierten „Parteisoldaten“, die auch unliebsame Ämter in der Partei übernehmen.

Im Hinblick auf die Ambition, innerparteiliche Funktionen zu übernehmen, reicht die Bandbreite von lokal Aktiven, die sich dezidiert als „Basis“ verstehen und allenfalls vereinzelt lokale Ämter und Mandate übernehmen, über basisdemokratisch Orientierte, die gleichwohl temporär Parteiämter und Mandate übernehmen, ohne aber an diesen zu „kleben“, und über ehrenamtliche Multifunktionäre bis hin zu Karriereorientierten, die sich bereits als Jugendliche „in die Partei einbringen“ bzw. „Verantwortung übernehmen“ und, häufig begleitet von einem Studium der Politikwissenschaft o.ä., frühzeitig darauf hinarbeiten, hauptamtliche Funktionen in der Partei zu übernehmen.

Die Unterschiede in den Praxisformen in den einzelnen Basiseinheiten sind nicht zuletzt von externen Kontextbedingungen bestimmt, etwa von der demografischen Struktur in der Region oder dem Anerkennungsgrad der Gesamtpartei in der Bevölkerung. So findet man einerseits mitgliederschwache Einheiten, die Mühe haben, überhaupt funktionale Strukturen und öffentlichkeitswirksame politische Arbeit aufrecht zu erhalten. Hier reduziert sich das Parteileben auf die unbedingt notwendige Arbeit vor Ort (Mitgliederversammlungen, Wahlen, formale Berichte). Am anderen Ende der Skala finden sich professionell aufgestellte Basisgruppen. Hier kann die Last der politischen Arbeit auf viele Schultern verteilt und auf langjährige Erfahrungen der aktiven Parteimitglieder zurückgegriffen werden. Die Besetzung von Positionen in übergeordnete Gremien ist auf Grund der personalen Ressourcen leicht möglich und der damit entstehende Einfluss wird strategisch genutzt.

4) Pluralität politischer Strömungen

In den Strömungen schließlich bündeln sich unterschiedliche politische Grundpositionen innerhalb der Partei. Mit den basalen politischen Orientierungen auf Systemüberwindung, -veränderung oder Reform bzw. Restauration des Sozialstaates korrespondieren spezifische habitualisierte Politikstile, die gleichsam zum eigentlichen Markenzeichen der jeweiligen Strömung werden – gelegentlich unabhängig von Machtressourcen und Hegemoniefähigkeit.

In den Basiseinheiten scheint dagegen die Alltagspraxis eine Dominanz solch strömungspolitischer Positionierung auf Grund der notwendigen Bündelung der Kräfte einzudämmen; die Arbeit vor Ort zeigt sich relativ immunisiert gegenüber landes- und bundespolitisch zentraleren Etikettierungen nach Strömungszugehörigkeit. Die LINKE zeigt sich hier in ihrer Gesamtheit der Strömungen als eher (auf sinkende Zustimmung) reagierende denn gestaltende Kraft, die zu einer wenn nicht stärkeren Einheit, so doch weniger destruktiven innerparteilichen Performanz finden kann. Solche Balancen scheinen 'langlebigen' anderen Parteien besser zu gelingen (ohne das Flügelkämpfe/ -auseinandersetzungen obsolet wären), was auf eine zukünftige Befriedung hindeuten könnte.

Die hier nur in groben Zügen aufgezeigte Vielschichtigkeit und Vielfalt innerhalb *des* Milieus der LINKEN bzw. die unterschiedlichen Milieuhintergründe der Mitglieder konstituieren spezi-

fische Bedarfe und Erwartungen an die Parteiarbeit, die innerhalb konkreter politischer Handlungszusammenhänge an der Basis selten dauerhaft unter einen Hut zu bringen sind. Die Inkludierung divergenter Milieus in der politischen Alltagspraxis wird zu einem alltäglich zu stemmenden Kraftakt.

Während das Gesamtmilieu der LINKEN durch hohe Pluralität und Diversität gekennzeichnet ist, finden sich in den Basiseinheiten überwiegend Mitglieder mit ähnlichen sozialen Milieuhintergründen und Lebenslagen, kompatiblen weltanschaulichen Positionen und politischen Habitusformen sowie ähnlichen Auffassungen über Parteiarbeit dauerhaft zusammen. An der Basis greif also die Regel „Gleich und Gleich gesellt sich gern“. Spiegelbildlich lassen sich dahinter Exklusionsprozesse vermuten – nicht passförmige Personen haben sich entweder verabschiedet oder haben sich auf eine passive Mitgliedschaft zurückgezogen. Jenseits harmonistischer Vorstellungen sollte die Situation dazu leiten, sich der Notwendigkeit frischer Impulse klar zu sein und der Möglichkeiten dazu zu vergewissern – etwa durch Mitgliederwerbung – mit denen einer Einförmigkeit von Basiseinheiten entgegengewirkt werden kann.

In vielen der von uns durchgeführten Gruppendiskussionen wird die Historie der eigenen Basiseinheit rückblickend als kollektiver Selbstfindungsprozess dargestellt, der von zwei historischen Zäsuren geprägt ist: der Wende 1989/90 in Ost- und der Parteifusion 2007 in Westdeutschland. Das gemeinsame Ringen um einen tragfähigen politischen Arbeitsstil innerhalb jeder einzelnen Gruppe sowie die ständige Kommunikation untereinander über politische Zielsetzungen, zu besetzende Ämter, die Außenwirkung der eigenen politischen Arbeit etc. sind wesentliche Aspekte dessen, was die „gelebte Mitgliedschaft an der Basis“ dieser relativ jungen Partei auszeichnet. Geradezu zwangsläufig sind die über diese permanenten Aushandlungsprozeduren vorangetriebenen Selbstfindungsprozesse der Basisgruppen auch immer Selbstreinigungsprozesse. Parteimitglieder, die sich mit ihren Erwartungen und Anschauungen innerhalb der Gruppe nicht durchsetzen konnten (oder wollten), verließen in der Regel die Basiseinheit. Neumitglieder, die „nicht reinpassten“, wurden oftmals nicht in die Gruppe eingebunden. Freilich muss diese Tendenz nicht ausschließen, dass auch widerstrebende Fraktionen zur produktiven Zusammenarbeit gefunden haben.

6.2 DIE LINKE – eine politische Organisation der Linken

Durch das alltägliche Zusammenwirken der Mitglieder in den Basiseinheiten und den Ehren- und Hauptamtlichen in den übergeordneten Gremien konstituiert sich DIE LINKE als eine Pluralität unterschiedlicher Alltagsmilieus. Angesichts der oben beschriebenen Vielfalt und Vielzahl von innerparteilichen Milieu- und Gruppenzusammenhängen erscheint es als allerdings klärungsbedürftig, wie sich diese Pluralität in *einer* Partei zusammenfinden kann. Neben der bereits erwähnten ideologischen Sogwirkung durch die kapitalismuskritische Grundeinstellung existieren Integrationsmechanismen, die auf der organisatorischen Ebene der Partei angesiedelt sind. Wie bei jeder politischen Partei verfügt natürlich auch die LINKE über einen organisatorischen Rahmen, innerhalb dessen sie ihre (je unterschiedlichen) politischen Orientierungen,

Praxisformen und Handlungsziele zu einem gemeinsamen Projekt der politischen Linken bündeln können. Bereits jede Basisgruppe hat eine komplexe Struktur, die über den Modus der Selbstorganisation aufrechterhalten und weiter entwickelt wird. Wie aus den vorherigen Kapiteln ersichtlich wird, reicht die Spannbreite der Selbstorganisation an der Basis vom Durchwursteln, weil die personellen und strukturellen Ressourcen vor Ort erschöpft sind, bis hin zu hoch arbeitsteilig organisierter professioneller Parteiarbeit. So unterschiedlich die konkreten Entwicklungspfade sind, die die untersuchten Basiseinheiten gegangen sind, lassen sich typische, wiederkehrende Aspekte festhalten, die darauf hindeuten, dass es sich um grundlegende Herausforderungen handelt, mit denen jede Basiseinheit früher oder später konfrontiert war bzw. ist. Beim Resümieren dieser generalisierbaren Aspekte der Parteientwicklung an der Basis wird auf Abbildung 1 aus Abschnitt 5.1 (s.o. S. 57) zurückgegriffen.

Mit dem Verweis auf die administrative, parlamentarische und normative Einbindung der Basismitglieder in die Organisation der Gesamtpartei sind *zentripetale* Kraftwirkungen markiert, durch die die Partei als ganze zusammengehalten wird. Es bedarf eben legitimierter Vorstände und Delegierter auf allen Gliederungsebenen, um die Basismitglieder in die übergeordneten Organisationsstrukturen der Partei administrativ einzubinden. Um an der parlamentarischen Außenwirkung der Partei beteiligt zu werden, braucht es wiederum gewählte Abgeordnete in Kommunalparlamenten, Stadt- und Landesparlamenten und auf Bundesebene, die der Basis rechenschaftspflichtig sind. Sowohl die Funktions- als auch die Mandatsträger stehen trotz formal-rechtlicher Unabhängigkeit de facto auch in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Basis – schließlich wollen sie bei der nächsten Wahl wiedergewählt werden. Strömungen, Arbeitsgemeinschaften und Interessengruppen sind wiederum parteiinterne Gelegenheitsstrukturen, Parteimitglieder hinsichtlich ihrer spezifischen linken Wertbindung abzuholen und zu integrieren.

Wie aus den Praxisschilderungen der Befragten deutlich wird, haben diese zentripetal wirkenden Strukturen der administrativen, parlamentarischen und normativen Einbindung der Basismitglieder auch eine Kehrseite: sie entfalten zentrifugale Kräfte, die den Zusammenhalt der Gesamtpartei gefährden (können). Wo zeigen sich die zentrifugalen Kräfte besonders deutlich?

1) Administrative Abkopplung

Geradezu zwangsläufig entwickeln Funktionsträger – beginnend mit den ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern einer Basiseinheit – einen Kommunikations- und Wissensvorsprung gegenüber den Basismitgliedern. Funktionsträger partizipieren viel stärker am Informationsfluss der Partei und müssen Entscheidungen auf der Grundlage von erworbener Sachkompetenz und abgestimmt mit verschiedenen Gremien der Partei treffen. Hier können Basismitglieder nicht mithalten. Zwangsläufig entsteht der Effekt, dass immer mehr Aufgaben an die Funktionsträger delegiert werden, um eine möglichst effiziente Erledigung ohne Reibungsverluste zu gewährleisten. Haben die Basismitglieder dieses Delegationsprinzip an die ‚Spezialisten‘ verinnerlicht, verstetigt sich eine entsprechende Erwartungshaltung innerhalb der Basiseinheit, und das etablierte Kommunikations-, Wissens- und Aktivitätsgefälle kann nicht mehr verringert wer-

den. Im Gegenteil tritt der bekannte Oligarchisierungseffekt (Michels 1989 [1911]) ein. Insbesondere in personalschwachen westdeutschen und in überalterten ostdeutschen Basiseinheiten ist dieser Effekt besonders stark ausgeprägt. Vorprogrammiert ist in diesem Fällen eine Überlastung der Funktionsträger, die tendenziell zu einer ineffizienten Parteiarbeit an der Basis führt. Hauptamtliche Funktionäre der höheren Gliederungseinheiten sind in der Regel nicht mehr in der Lage, sich in der Parteiarbeit vor Ort zu engagieren. Zwangsläufig setzt ein Entfremdungsprozess von der Basiseinheit ein, und die Betroffenen betreiben im extremen Fall ‚Kirchturmpolitik‘. Zu Konflikten in der Basis kann diese Tendenz führen, wenn die Basismitglieder darauf beharren, sich zu anstehenden Problemen eine dezidiert eigene Meinung zu bilden und inhaltliche Diskrepanzen mit Funktionsträgern als Machtkämpfe ausgetragen werden.

2) Parlamentarische Entfremdung

Ein ähnlicher Oligarchisierungseffekt tritt bei Mandatsträgern der Partei auf. Abgeordnete der Parlamente, die in Abstimmungs- und Entscheidungssituationen ‚verstrickt‘ sind, entwickeln Problemsichten, die durchaus von der Sicht der Basis abweichen können. Insbesondere Mandatsträger, die für sich eigene Entscheidungs- und Handlungsräume beanspruchen bzw. nach der Maxime des freien Mandats agieren, geraten zwangsläufig in eine Autarkie-Spirale. In den letzten Jahren häufen sich Partei- und Fraktionsaustritte von LINKEN in westdeutschen Parlamenten. Diese extremen Formen der parlamentarischen Abkopplung von der Basis kann so lange nicht überraschen, wie der dahinterstehende Oligarchisierungseffekt von den Betroffenen nicht kommuniziert und problematisiert wird.

3) Normative Abschottung

Innerparteiliche Zusammenschlüsse und Strömungen bieten den Parteimitgliedern die Möglichkeit, sich hinsichtlich der eigenen Verortung als Linker klarer zu werden und mit Gleichgesinnten jenseits der Basiseinheit zusammenzufinden. So wichtig diese normative Integrationsfunktion auch für den einen oder anderen sein mag, so werden damit zugleich systematisch Räume für Distinktions- und Deutungskämpfe innerhalb der Partei geschaffen. Die parteiinternen Auseinandersetzungen zwischen den Strömungen sind keine bloße Auseinandersetzung um die Reinheit der Ideologie, sondern dahinter stehen auch Interessen und Machtkämpfe um Einfluss in der Gesamtpartei. Die Strömungen fungieren dann als personalpolitische Katalysatoren, um Spitzenpersonal der Landes- und Bundesebene zu gewinnen. Insofern handelt es sich auch um einen vielschichtigen Ausbildungsbetrieb für politischen Nachwuchs. Strömungen sind Ausweis für den Erfolg einzelner Milieus in der Auseinandersetzung um parteiinterne Hegemonie. Dagegen taugen sie nur bedingt zur innerparteilichen Entscheidungsfindung oder Problemlösung. Dies hängt damit zusammen, dass es bei den Auseinandersetzungen zwischen den Strömungen immer um Wertdebatten geht. Liegen divergente Grundauffassungen vor, kann eine konsensorientierte Debatte kaum zu Stande kommen, und selbst Kompromisse lassen sich auf dieser Grundlage nur schwer herstellen. Letztlich wird an der eigenen Auffassung festgehalten und die fremde abgelehnt. Linke scheinen eine besondere Affinität zu solchen

normativ und emotional hoch aufgeladenen ‚Grabenkämpfen‘ zu haben. Zur innerparteilichen Zerreißprobe werden solche Debatten, wenn die involvierten GenossInnen Positionsgewinne auf Kosten der Konfliktgegner anstreben, etwa in Form von ‚durchgeboxten‘ Anträgen oder KandidatInnen. In der Regel werden Gruppen, in denen solche strömungsinduzierten Auseinandersetzungen stattfinden oder auch latent eine Rolle spielen, bereits dadurch geschwächt, dass der Großteil der Gruppenmitglieder sich solchen Prozessen zu entziehen versucht. In diesen internen Prozessen wird viel Energie absorbiert, die eigentlich für die alltagspolitische Parteiarbeit oder gruppenbildende Prozesse notwendig wäre.

Die LINKE bildet weder ein homogenes Milieu (sondern vereint eine Vielzahl von Milieus, s.o. 6.1) noch ist sie – unterhalb der allgemeinen Schwelle der Kapitalismuskritik – im Hinblick auf konkrete Alternativen zum Bestehenden taktisch wie strategisch geeint. Vielmehr inkorporiert sie unterschiedliche politische Gegenentwürfe zum Bestehenden. Zudem ist sie durch die politische Verfasstheit des politischen Systems erzwungenermaßen organisatorisch diversifiziert aufgestellt: Von den Basiseinheiten und nächsthöheren Gremien zur Landes- und Bundesebene, über die Strömungen und Arbeitsgemeinschaften als inhaltliche Bezugsgren jenseits der mehr oder weniger aktiven formalen Mitgliedschaft bis hin zu den unterschiedlich professionalisierten Anbindungen an die parlamentarische Arbeit. Die auf Parlamentsfraktionen bezogene Bilanz von Lösche (2006) lässt sich auch auf Parteien übertragen und gilt auch für DIE LINKE: Sie sind "unübersichtliche fragmentierte, sich ständig verändernde Gebilde. Die Organigramme (...) erscheinen anschaulich und strukturiert, sie spiegeln aber nicht die in der politischen Realität vorhandene Vielfalt, Widersprüchlichkeit und Unübersichtlichkeit."

Die mittels der administrativen, normativen und parlamentarischen Strukturen der Parteiorganisation lose verkoppelten Paralleluniversen überschneiden sich sowohl in den beteiligten Personen als auch in der verteilten kollektiven Aktion: Auf jeder Ebene und an jedem Tag geschieht etwas, was Rückwirkungen auf die anderen Teile der Partei bzw. auf die Partei und ihre Mitglieder insgesamt haben kann. Ob dieses Geschehen intendiert ist oder nicht, ist für die Umwelt der Partei nicht relevant, für die Partei und ihre einzelnen Teile selbst jedoch von möglicherweise fundamentaler Bedeutung. Es berührt die jeweiligen Interessen und Positionen der Einzelnen und Gruppierungen innerhalb der Partei und erfordern daher umsichtige Reaktionen. Die multiplex angelegte Uneinheitlichkeit der Organisation sowie ihre (ungleichgewichtig) verteilte Steuerungsmöglichkeit durch Mitglieder, Amtsträger, Parlamentarier und Hauptamtliche erzeugt ein Spannungsfeld zwischen den zunächst per Zugehörigkeit integrierten Mitgliedern und der Organisation, die funktionale Integration absichert. Während die Mitglieder auf der Ebene der Basiseinheiten durch regelmäßiges gemeinsame Praxis ein politisches Mikromilieu etablieren (und Opponenten ggf. herausdrängen) und basale formalisierte Beziehungen pflegen (Wahlen etc.), sind Mitglieder auf höheren Ebenen in anderen Rollen (als Delegierte, Vertreter der Strömungen etc.) anzutreffen – und sie interagieren dort in zunehmendem Maß mit (semi-)professionalisierten Akteuren wie Parlamentariern oder Hauptamtlichen. Auf allen

Ebenen sind damit handelnde Akteure anzutreffen, die sich mehr oder weniger kooperativ aufeinander beziehen – selbst im Widerstreit unterschiedlicher Ausprägungen eines linken Politikverständnisses (reformistische vs. radikale Politikansätze).

Als sozial heterogenes politisches Milieu wie als Organisation linker politischer Kräfte ist DIE LINKE zugleich Teil der umfassenderen politischen Hemisphäre der Linken, die sich traditionell durch wechselseitige Abgrenzungen und partielle Kooperationen auszeichnet. Das gilt nicht nur für die parteipolitisch orientierten Kräfte vor Ort, sondern auch für die Neuen Sozialen Bewegungen, die in vielen politischen Aktionsfeldern auch als Gegenspieler der Parteien auftreten. Beide Kräftefelder eröffnen der LINKEN wichtige Orientierungspunkte, sich nach außen hin abzugrenzen und sich im Binnenverhältnis als Kollektiv wahrzunehmen sowie gemeinsame Identität auszubilden. In Bezug auf andere Parteien handelt DIE LINKE wie diese auch: sich agiert auch auf der Ebene der Basiseinheiten nach außen gegen politische Gegner rechter, aber auch linker Provenienz, ohne dass gelegentliche gemeinsame Positionierungen ausgeschlossen wären. In Bezug auf soziale Bewegungen wird dagegen eher versucht, Teil zu werden oder Zusammenarbeit zu etablieren – zumindest soweit die eigenen Ziele dabei nicht aufzugeben sind. Solche Formen politischer *Coopetition* definieren ein Außen der Partei wie der Basiseinheit und zugleich Übergänge bzw. Brücken. Soweit dagegen eher die Abgrenzung betont wird (was in Bezug auf SPD oder GRÜNE bei einem guten Teil der Parteimitglieder im Westen ja Impuls zum Eintritt war), sind zwei Richtungen möglich: wie vor allem im Osten praktiziert, im Westen aber bislang nur als zeitweilige Tolerierung (NRW) durchgehalten, können LINKE und SPD Koalitionen bilden. Häufiger ist die eindeutige Konkurrenz Mittel der Wahl (was insbesondere für linke Splittergruppen gilt, die tendenziell um die gleichen Wählerstimmen buhlen). Die angemessene Reaktion ist in der Partei allerdings auch auf Ebene der Basiseinheiten nach wie vor umstritten. An Lösungen für lokale Probleme orientiert, bilden sich eher sachpolitische Koalitionen als solche nach programmatischer Orientierung.

6.3 DIE LINKE – ein dynamisches politisches Arrangement der pluralen Linken

Im Hinblick auf funktionale Integration (der Partei) und soziale Integration (der Mitglieder) lassen sich (inspiriert durch die organisationssoziologische Perspektive von Prott 2001) schließlich unterschiedlich dimensionierte Arrangements in den Blick nehmen, die zum einen extrafunktionale Aufgaben erfüllen, zum anderen Aushandlungs- und Herrschaftsfunktionen transportieren.

1) Jenseits spezifischer Rollen und Aufgaben existieren zunächst *extrafunktionale Bedingungen*, die informelle Zugehörigkeiten konstituieren, wie etwa Übereinstimmung der individuellen politischen Perspektiven, Sym- oder Antipathien oder geteilte Erfahrungen. Sie sind insbesondere in den Basiseinheiten der Kitt, aus dem aus Mosaiksteinen ein facettenreiches, aber stimmiges Bild wird. „Zunächst extrafunktional“ deshalb, weil solche Beziehungen bei ihrer Verdichtung in funktionale Bezüge transformiert werden können (und dabei den ursprüngli-

chen Charakter halten oder auflösen). Die gemeinsame Identität als Parteimitglied, aber auch entstehende soziale Bindungen darüber hinaus, etwa durch gemeinsame Erfahrungen in und jenseits der politischen Aktion bilden ein Fundament für Informalität, 'blindes Verstehen' und Vertrauen.

2) Auf der horizontalen Ebene der funktionalen Integration stellen sich der Partei und ihren Mitgliedern Aufgaben, die nur gemeinsam zu bewältigen sind: Wahlen zu bestreiten, Parteipräsenz auf allen räumlichen Ebenen zu sichern, Themenfelder zu besetzen oder politische Alternativen zu entwickeln ist nur in Zusammenarbeit mit Anderen, ggf. anderen Basiseinheiten möglich. Das konstituiert ein *kooperatives Arrangement* unter Gleichen oder auch: zwischen unterschiedlichen Ebenen und Funktionen der Partei. Diesbezüglich auf Grund inhaltlicher Differenzen nicht zusammenzuarbeiten, würde das Gesamtziel beeinträchtigen und kann daher nicht im Interesse der Mitglieder liegen. Notwendig verschränken sich administrative Konfigurationen der Partei (Bundes- und Landesgeschäftsführungen, Bürgerläden, Landtags- und Bundestagsabgeordnete etc.) mit den Aktivitäten der in Basiseinheiten Tätigen. Vermengt werden dabei unterschiedliche Bedarfe, differente Erwartungen (z.B. auf die Entwicklung einer Landespartei) und die Verfügung über bzw. der Abruf von Ressourcen.

3) In soziologischer Perspektive sind Organisationen zudem durch die vertikale Dimension des *Herrschaftsarrangements* charakterisierbar. Ist etwa in Betrieben das Management für Arbeitsorganisation und -kontrolle zuständig (vgl. Prott 2001), stellt sich die Sachlage in Parteien als komplexer dar: Inhaber bestimmter Positionen sind auf Zeit *durch die Mitgliedschaft* gewählt, es bestehen z.B. im Hinblick auf Strömungen mehr oder weniger ausgelebte Dominanzverhältnisse vor Ort und auf den nächsthöheren Ebenen, das Initiativrecht von Protagonisten ist keineswegs auf den Vorstand beschränkt, die Riege der Hauptamtlichen bildet ein anderes Verhältnis zur Partei aus als die Mitglieder untereinander etc. Dennoch ist davon auszugehen, dass Herrschafts- und Machtgefüge volatile Größen des Parteilebens sind und – häufig vermittelt über Parteiprominenz – bis auf die Basiseinheiten zurückwirken. In Bezug auf die Basiseinheiten ist erkennbar, dass sie einerseits eine relative Freiheit gegenüber den zentralen Strukturen beanspruchen und in diesem Sinne selbstverantwortlich linke Politik vertreten. Sie haben auch generell den Anspruch, bottom up politische Themen und Erwägungen oder praktische Ansätze einzuspeisen – sei es z.B. anlässlich der Programmdebatte relativ direkt oder, was die Regel ist, über den Weg von Delegiertenkonferenzen etc. Andererseits sehen die Basiseinheiten sich in ein großes Ganzes gestellt und tragen insbesondere die bundes- und landespolitischen Impulse mehr oder weniger begeistert mit. Dass sie sich dazu verpflichtet fühlen, ist einem gewissen freiwilligen Subordinationsverhältnis zwischen professionalisierten Vertretern der Geschäftsführungen und Parlamentsfaktionen und zwar erfahrenen, aber mit vergleichsweise weniger Überblickswissen ausgestatteten Mitgliedern der Basiseinheiten geschuldet. Die darin durchscheinende fehlende Transparenz aus Sicht der Basis ist geeignet, Unmut hervorzurufen, sich verlassen zu fühlen oder eine Vorteilsnahme anderer Basiseinheiten zu vermuten.

Das ist unter Umständen mit Schuldzuweisungen an parteiinterne Strömungen bzw. Milieus verbunden, in denen ein Herrschafts- oder Führungsdiskurs virulent ist.

Die Trias aus extrafunktionalen, kooperativen und machtbezogenen Arrangements verdichtet sich im Parteileben selbst zu unterschiedlichen Zentren: So können die ostdeutschen Landesverbände extrafunktional auf eine informelle Übereinstimmung großer Teile der ganz überwiegend in Ostdeutschland sozialisierten Mitglieder bauen; sie vereinen die Mitglieder zudem durch ihren regionalisierten Volkspartei-Charakter und sind machtpolitisch durch professionalisierte Arbeitsstrukturen auf Landesebene einschließlich parlamentarischer Infrastrukturen gut aufgestellt.

Die Trias der Arrangements ist aber auch innerhalb der einzelnen Landesverbände und an der Basis virulent und wird zum Strukturgeber der innerparteilichen Milieubildung vor Ort: Ob Abgeordnete die Basiseinheiten dominieren, ob Funktionen selbstverständlich auf Zeit vergeben werden oder ob die Inhaber an ihnen festhalten, ob die Durchsetzung politischer Ziele als pragmatisches oder ideologisches Lehrstück aufgeführt wird – all dies setzt Bedingungen für die Entwicklung von Basiseinheiten. Moderiert wird dieser Prozess zudem vom eigenen Status in der Öffentlichkeit (als anerkannte politische Kraft vs. als Außenseiter).

Strömungen sind auf der Performanzebene an der Basis weniger wichtig als in den höheren Organisationsebenen, wo sie eigene Diskurse ausbilden. Hier scheint es jenseits der temporären Sondersituation der Wahlen häufig nicht zu gelingen, Trennendes zu überwinden. Grund dafür ist auch eine Abschottung auf der informellen Ebene, die ‚Lagermentalitäten‘ in der extrafunktionalen sozialen Dimension verstärkt. Sie wird bisweilen auch auf Ebene der Basiseinheiten sichtbar, z.B. wenn dortige politische Entscheidungen von Kritikern als strömungsgebunden (ab-)qualifiziert oder debattentaktisches Verhalten als Kennzeichen spezifischer Strömungen gebrandmarkt wird.

Bezüglich des Verhältnisses der drei institutionellen Arrangements zueinander ist festzuhalten, dass direkte Kooperation informellen Austausch begünstigt, was insbesondere in den Basiseinheiten zu einer lokalen Mikromilieu-Bildung führt, die sich im Laufe der Zeit als relativ aufnahmefähiges, flexibles Gefüge darstellt. Basiseinheiten stellen einen kommunikativen Raum dar, der persönlichen Austausch erlaubt. Dabei werden unterschiedliche Politikstile ebenso integriert wie – unter Beibehalt der Kapitalismuskritik – vorstellbare unterschiedliche Alternativen. Es liegt nahe, sich derlei Konstellationen mit Hilfe eines Machtressourcenansatzes zu nähern, wie sie für Staaten und Institutionen vorliegen. Auf die Binnenverhältnisse einer Organisation gewendet spielen bezogen auf die Basiseinheiten die Entwicklungsgeschichte und die aktuelle Prozessdynamik, die Kräfteverhältnisse zwischen den Milieus und die Ressourcenausstattung eine Rolle.

Die einzelnen Basiseinheiten der noch recht jungen Partei haben seit der Fusion der beiden Quellparteien einen Prozess der gegenseitigen Inkorporation durchlaufen – freilich von durchaus unterschiedlichen Ausgangslagen her, was die Anteile ihrer jeweiligen Mitglieder in den einzelnen Basiseinheiten und Landesverbänden betrifft. Dabei lässt sich rein von der Anzahl

her das Aufsaugen insbesondere der schwachen östlichen WASG-Gruppierungen durch relativ mitgliederstarke Linkspartei-Basiseinheiten vom eher gleichgewichtigen Aufgehen unterschiedlicher Zugehörigkeiten in der neuen Partei unterscheiden.

Vom jeweiligen Grundkonsens allzu abweichende politische Positionen oder Performanzvorstellungen – überwiegend solche, die eine radikale Politik jenseits der Parlamente bevorzugen – wurden im Verlaufe dieses Prozesses an den Rand der Basiseinheiten gedrängt. Es dominieren Basiseinheiten, das sich in der lokalen Alltagspraxis sowie parlamentspolitisch-pragmatisch allenfalls lose an den Strömungen orientieren, in ihrem Politikverständnis zuallererst auf lokale Probleme rekurren und erst im Weiteren grundsatzpolitische Parteiarbeit leisten. Soweit die lokalen Mikromilieus strömungspolitisch nicht homogen sind, haben sie angesichts der vor Ort zu leistenden Aufgaben ihre Richtungsauseinandersetzungen miteinander ganz überwiegend ein- bzw. stillgestellt oder auf die Ebene der Kreis- oder Landespartei bzw. der Strömungen selbst verlagert. Dafür wurden zum Teil Regulative für die jeweilige Delegiertenauswahl entwickelt, die streng nach Proporz bzw. unter der Maßgabe eines Minderheitenschutzes die Teilhabe an wichtigen Entwicklungsprozessen der Partei garantieren.

Zwischen den Strömungen (und gelegentlich auch: zwischen damit personell eng verbundenen Basiseinheiten) hat sich eine gegenseitige Aufmerksamkeit etabliert, die zwischen Kooperation und Machtanspruch changiert. Dabei schotten sich die unterschiedlichen politischen Milieus gegeneinander ab und kultivieren dadurch eine gewisse Intransparenz, die wechselseitigen Vorurteilen Vorschub leistet, in jedem Falle aber produktive Auseinandersetzung unterbindet. Zu den Machtspielen zwischen heterogenen Milieugruppen vor Ort gehören auch Versuche, die Spielregeln des Umgangs miteinander zu definieren. Das betrifft statthafte organisationale Techniken (wie z.B. die formalisierte Organisation und Leitung von Debatten, personalpolitische Taktiken oder die Sicherstellung von materiellen Ressourcen) als auch ‚unbotmäßige‘ Verhaltensformen (z.B. emotionalisierte Debatten, persönliche Angriffe oder die Diffamierung ganzer Gruppen).

Insbesondere manifeste Konfliktsituationen führen in den Basiseinheiten zu weitergehenden ‚Bereinigungsprozessen‘, in deren Folge sich homogenisierte, aber politisch-kulturell diverse Basiseinheiten unter Umständen in Richtung eines monolithischen Binnenmilieus mit nur geringen Öffnungschancen entwickeln – was zugleich wenig Attraktivität für diejenigen beinhaltet, die andere Politikansätze präferieren. Insbesondere wenn ideologische Positionen überwiegen, liegt darin die Gefahr einer Selbstisolierung. Zu große Toleranz kann dagegen zur Unkenntlichkeit gegenüber dem eigentlichen politischen Gegner, also anderen Parteien, führen. Milieuarchitektonisch scheint es daher geboten, einen Zustand heterogenisierter Homogenität anzustreben und diesen durch ein entsprechendes konsensuelles Regelwerk der Teilhabe zu sichern.

Zitierte Literatur

- Alemann, Ulrich von 2000: Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bohnsack, Ralf 2008: Rekonstruktive Sozialforschung. Eine Einführung in Qualitative Methoden. 7. Aufl. Opladen/ Farmington Hills: Barbara Budrich.
- Biehl, Heiko (2003): Parteimitglieder im Wandel. Partizipation und Repräsentation. Wiesbaden: VS
- Falter, Jürgen W./ Schoen, Harald (2005): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS
- Glaser, Barney/ Strauss, Anselm 1998: Grounded Theory. Strategien Qualitativer Forschung. Bern: Huber.
- Hartleb, Florian 2008: Das Ende des Dominoeffekts? In: Deutschland Archiv 5/2008. S. 799-805.
- Kelle, Udo 1994: Empirisch begründete Theoriebildung. Zur Logik und Methodologie interpretativer Sozialforschung. Weinheim: Deutscher Studien Verlag
- Kleemann, Frank/ Krähnke, Uwe/ Matuschek, Ingo 2009: Interpretative Sozialforschung. Eine praxisorientierte Einführung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Klein, Markus/ Spier, Tim (2011): Parteibeitritt und Parteimitgliedschaft im Wandel. In: Demokratie und Beteiligung. Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 44-45, S. 33-39
- Klein, Markus /Spier, Tim (2011a): Präsentation Parteistudie - Teilstudie LINKE - bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung-IfG
- Korte, Karl-Rudolf (2009): Neue Qualität des Parteienwettbewerbs im 'Superwahljahr'. In Parlamentarismus. Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 38, S. 3 - 8
- Kreckel, Reinhard 2004: Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt/M.: Campus.
- Lenk, Kurt 1982: Politische Soziologie. Strukturen und Integrationsformen der Gesellschaft. Stuttgart: Kohlhammer.
- Lösche, Peter (2006): Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. Informationen zur politischen Bildung (Heft 292) <http://www.bpb.de/izpb/8602/parteiensystem-der-bundesrepublik-deutschland>
- Matuschek, Ingo/ Krähnke, Uwe/ Kleemann, Frank/ Ernst, Frank (2011): Links sein. Politische Praxen und Orientierungen in linksaffinen Alltagsmilieus. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Meuche-Mäker, Meinhard 2005: Die PDS im Westen 1990-2005. Schlussfolgerungen für die neue Linke. Berlin: Karl Dietz Verlag.
- Michels, Robert 1989 [1911]: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens, 4. Aufl. Stuttgart: Kröner.
- Niedermayer, Oskar 2001: Beweggründe des Engagements in politischen Parteien. In: Ders./ Oscar W. Gabriel / Richard Stöss [Hg.]: Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn. S. 297-311.
- Nohl, Arnd-Michael 2006: Interview und dokumentarische Methode: Anleitungen für die Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Prott, Jürgen (2001): Betriebsorganisation und Arbeitszufriedenheit. Einführung in die Soziologie der Arbeitswelt. Opladen: Leske und Budrich
- Schmid, Josef/ Zolleis, Udo (Hrsg.) 2005: Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Siri, Jasmin (2012): Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form. Wiesbaden: Springer VS

- Stammer, Otto 1965: Politische Soziologie und Demokratieforschung. Berlin: Duncker & Humblot.
- Spier, Tim/ Klein, Markus/ Alemann, Ulrich von/ Hoffmann, Hanna/ Laux, Annika/ Rohrbach, Katharina (Hg.)(2011): Parteimitglieder in Deutschland. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Trotha, Trutz von (2006): Perspektiven der politischen Soziologie. In: Soziologie Heft 3, 283-302
- Trotha, Trutz von (2007): Soziologie der Politik: Akteure, Konflikte, Prozesse. In: Georg Kneer, Markus Schroer (Hg.), Handbuch Spezielle Soziologien, Wiesbaden: VS, S. 389-406
- Wiesendahl, Elmar 1998: Parteien in Perspektive. Theoretische Ansichten der Organisationswirklichkeit politischer Parteien. Opladen: Westdeutscher Verlag.